



CDU BREMEN

NEUES VERTRAUEN IN BREMEN

Wahlprogramm der CDU Bremen
für die 19. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft
beschlossen, am 23. Februar 2015

Vorwort zum Wahlprogramm

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Bremerinnen und Bremer,
liebe Bremerhavenerinnen und Bremerhavener,**

mit diesem Wahlprogramm legt die CDU Bremen/Bremerhaven ihre inhaltliche Visitenkarte vor. Wir sagen, was und vor allem wie wir Dinge besser machen möchten – für Sie, für uns, für unsere Hansestadt. Vieles geht besser in unseren beiden Städten. Man muss es nur wollen und dann auch tun. Dafür benötigt man auch Vertrauen! Vertrauen in uns, in ihre Meinungsvertreter der CDU. Vertrauen in die Politik im Allgemeinen, aber auch in unsere Hansestadt. Vertrauen, welches uns dazu veranlasst, das Beste aus unserem Land herauszuholen. Um dieses Vertrauen möchten wir Sie, die Bremerinnen und Bremer, Bremerhavenerinnen und Bremerhavener, bitten. Denn im Falle einer Regierungsbeteiligung können Sie sich auf die CDU Bremen verlassen.

Veranstaltungen, Kundgebungen, Podiumsdiskussionen oder Plakate bis zum 10. Mai 2015 können jeweils nur einen kleinen Themenausschnitt behandeln. Unser Wahlprogramm „**Neues Vertrauen in Bremen**“ kann mehr! Hier greifen wir jedes einzelne politische Thema auf und beziehen klare Positionen.

Im Fokus stehen vier Kernthemen:

- Bildung
- Wirtschaft/Finanzen
- Innere Sicherheit und
- Armut

In diesen Politikfeldern liegt das Versagen des rot-grünen Senates auf der Hand. Die Missstände in unserem Land werden nur verwaltet. Hier wird aber nicht Bremens Zukunft gestaltet. Die bundesweiten Vergleichsdaten sprechen für sich: Bremen liegt nach wie vor weit abgeschlagen auf den hinteren Plätzen vieler Rankings.

Das bescheinigen auch alle Vergleichsstudien beim Thema **Bildung**: Der Leistungsunterschied zu Schülern anderer Bundesländer wird immer größer anstatt kleiner. Kein Wunder, wenn jedes Jahr über 20.000 Schulstunden ausfallen.

Das **Wirtschaftswachstum** in Bremen fällt geringer aus als im Bundesdurchschnitt. Auch bei den Privatinsolvenzen ist Bremen leider ein Musterbeispiel dafür, wie die Zahlen nicht aussehen sollen. Kein Wunder, wenn die politischen Rahmenbedingungen nicht stimmen, die Investitionsquote in beiden Städten auf ein Rekordtief gefallen ist und notwendige Infrastrukturmaßnahmen (z. B. A 281/Weservertiefung) verzögert werden. Nicht die Unternehmen sind das Problem, sondern der rot-grüne Senat. Dieser will einfach nicht verstehen, dass die Wirtschaft das Rückgrat unseres Zweistädtestaates ist.

Viele verknüpfen unser Bundesland automatisch mit der höchsten **Verschuldung**. Mit über 21 Milliarden Euro Schulden liegen wir auch in diesem Bereich im Bundesländervergleich an der Spitze. Das entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung von knapp 33.000 Euro je Bürger. Damit muss endlich Schluss sein! Die Finanzsituation Bremens und Bremerhavens muss erkennbar verbessert werden – insbesondere im Hinblick auf den bevorstehenden Länder-Finanzausgleich.

Die **Innere Sicherheit** ist ein weiteres Problemfeld der Bremischen Politik. Die hohe Zahl der Wohnungseinbrüche kann und darf einfach nicht mehr so hingenommen werden. Hier liegen wir mit 525 Einbrüchen auf 100.000 Einwohner weit über dem Bundesdurchschnitt. Dieser Bundesdurchschnitt liegt – nur zum Vergleich - bei 185 Eichbrüchen je 100.000 Einwohner.

Neben diesen Schwerpunkten in unserem Wahlprogramm, gibt es ein weiteres Thema, das wirklich besorgniserregend ist: die **Armut** in Bremen und Bremerhaven. Kinder, Alleinerziehende und ältere Menschen sind davon besonders betroffen. Nirgendwo in der Republik ist das Armutsrisiko so hoch wie in unserem Bundesland. Dies zu ändern ist unser – und ganz besonders mein persönliches Ziel. Wir orientieren unser politisches Handeln auf der Grundlage von christlicher Verantwortung. Auch deshalb wollen wir dafür sorgen, dass es keine Verlierer gibt, dass niemand an den Rand der Gesellschaft gedrängt wird, dass niemand zurückbleibt – erst recht nicht unsere Kinder.

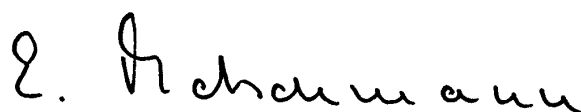
Bremen braucht eine Politik, die Probleme anpackt und nicht aussitzt. Dazu gehören Mut, Entscheidungswille und Verantwortungsbereitschaft. Deshalb braucht der Bürgermeister Richtlinienkompetenz. Das stärkt seine Entscheidungskompetenz. Runde Tische ersetzen keine staatlichen Entscheidungsprozesse, weder für den Bürgermeister noch für das Parlament.

Die CDU steht ohne Wenn und Aber zur parlamentarischen Demokratie und der damit verbundenen Verantwortung jedes einzelnen Abgeordneten in der Bremischen Bürgerschaft sowie der Mitglieder in der Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung und der Beiräte. Dennoch wollen wir Sie – die Bürgerinnen und Bürger – wo immer es sinnvoll und notwendig ist, beteiligen und in die politischen Prozesse mit einbinden. Auch wir haben Vertrauen – und zwar in Sie, unsere Wählerinnen und Wähler. Suchen Sie mit uns das Gespräch, teilen Sie uns Ihre Gedanken und Anregungen mit. Denn nur gemeinsam können wir mit neuem Vertrauen etwas bewegen und den Problemen unserer Hansestadt den Kampf ansagen.

Wie genau wir das im Einzelnen erreichen wollen, entnehmen Sie bitte unserem Wahlprogramm „Neues Vertrauen in Bremen“.

Mit herzlichen Grüßen

Ihre



Elisabeth Motschmann
Spitzenkandidatin

Inhaltsverzeichnis

Bildung verbessern – Zukunftschancen wahren	5
Kampf gegen Unterrichtsausfall.....	5
Qualität des schulischen Unterrichts in Bremen steigern.....	5
Ganztagsschulausbau ausweiten.....	5
Gleiche Startvoraussetzungen schaffen	6
Anschluss verbessern.....	6
Vielfalt der bremischen Bildungslandschaft absichern.....	7
Stärkere Profilierung und Weiterentwicklung des zweigliedrigen Schulsystems.....	7
Bremer Bildungskonsens fortschreiben - Schulstandorte prüfen	8
Zukunft der inklusiven Beschulung.....	8
Schule 2025 – Agenda Digitale Bildung.....	8
Für Wohlstand und Arbeitsplätze	10
Rahmenbedingungen für nachhaltiges Wachstum schaffen.....	10
Bremen zur „Smart City“ entwickeln	10
Industrie in Bremerhaven und Bremen halten.....	10
In Stärken investieren.....	11
Leistungsfähige Infrastruktur erstellen und erhalten	11
Standortbedingungen wettbewerbsfähig halten	11
Tourismus entwickeln.....	12
Bremen und Bremerhaven als Kompetenzzentrum für Windenergie ausbauen	13
Leistungsfähigkeit der Häfen und Zukunft der Schifffahrt sichern.....	13
Innovationen voranbringen, Dienstleistungsangebot ausbauen, Wissenschaft und Wirtschaft vernetzen	15
Mittelstand stärken.....	16
Handwerk fördern	17
Duale Ausbildung stärken, Berufseinstieg erleichtern.....	18
Arbeitsmarktchancen verbessern.....	19
Verbraucher stärken	20
Sicherheit gewährleisten - Null Toleranz für Kriminelle	22
Arbeit der Sicherheitskräfte unterstützen und wertschätzen	22
Kriminalität bekämpfen – Prävention und Zivilcourage fördern	22
Jugendkriminalität in den Griff bekommen.....	22
Ältere Menschen vor Kriminalität schützen.....	23
Präventionsarbeit ausbauen.....	23
Kriminalitätsbrennpunkte und Angsträume entschärfen.....	24
Tatort Internet	24
Extremismus bekämpfen.....	24
Strategie gegen organisierte Kriminalität und Drogenkriminalität.....	25
Opferschutz vor Täterschutz.....	26
Bürgernahe Justizdienstleistungen.....	26
Strafvollzug.....	26
Sexuellen Missbrauch konsequent verfolgen	27
Leistungsfähige Feuerwehren und Rettungsdienste	27
Ehrenamt.....	28
Sport.....	28
Moderne bürgernahe Verwaltung - langfristig denken, solide Haushalte	30
Haushalte konsolidieren und Finanzen in Ordnung bringen	30
Verwaltung modernisieren - Mitarbeiter motivieren.....	31
Politik und Verwaltung nahe am Bürger	32
Bürgerbeteiligung und Beiräte stärken.....	33

Datenschutz und Informationsfreiheit.....	34
Zusammenhalt der Gesellschaft	35
Bremerhaven und Bremen familienfreundlich gestalten.....	35
Armut entschlossen bekämpfen.....	36
Inklusion voran bringen.....	37
Selbstbestimmt im Alter	38
Würdevolle Pflege ermöglichen.....	38
Zuwanderer und Flüchtlinge integrieren.....	39
Gleichberechtigte Teilhabe von Männern und Frauen.....	40
Gesund leben in Bremerhaven und Bremen.....	40
Für eine nachhaltige Stadtentwicklung.....	42
Gute Infrastruktur für alle Verkehrsteilnehmer	42
Sanierungsstau auflösen - Verkehrsprojekte abschließen.....	42
Mobilität erhalten - Verkehrsteilnehmer nicht gegeneinander ausspielen	43
Lärmschutz verbessern.....	45
Neuer Schwung für den Wohnungsbau.....	45
Stadtteile entwickeln	46
Energieversorgung sichern	47
Energie einsparen – CO2-Ziele erreichen.....	47
Umwelt und Klimaschutz voranbringen.....	48
Grünflächen, Parks und Friedhöfe erhalten	49
Müllgebühren stabil halten.....	49
Tierschutz entwickeln.....	49
Regionale Landwirtschaft in Bremerhaven und Bremen ermöglichen.....	50
Wissen schafft Exzellenz	51
Hochschulen profilieren.....	51
Hochschulautonomie gewährleisten – Lehre stärken	51
Forschung ist die Grundlage von Innovation	52
Kultur, Werte und Religion.....	54
Radio Bremen erhalten.....	54
Neue Medien nutzen	54
Öffentliches WLAN ausbauen.....	54
Kulturstadt Bremen stärken	54
Kulturelle Bildung stärken	55
Wertefundament und Religion	56

Unser Bremerhaven-Programm finden Sie auf www.cdu-bremerhaven.de.

Bildung verbessern – Zukunftschancen wahren

Die Bildung unserer Kinder ist die wichtigste Ressource unseres Landes und sowohl Schlüssel für die Bekämpfung von Armut als auch Voraussetzung für eine gelingende Integration von Menschen mit Migrationshintergrund oder mit Behinderungen. Die CDU Bremen steht für gerechte Bildungschancen für alle Kinder und ein leistungsorientiertes und vielfältiges Schulsystem. Unsere Bildungspolitik beschränkt sich dabei nicht auf die Schulzeit, sondern bezieht sowohl frühkindliche Bildung in den Betreuungseinrichtungen als auch das lebenslange Lernen ein.

Kampf gegen Unterrichtsausfall

An den Schulen in Bremerhaven und Bremen fällt nach wie vor zu viel Unterricht aus oder es werden Vertretungsstunden von fachfremden Lehrkräften erteilt. Allein in Bremen sind im Schuljahr 2012/2013 mehr als 23.000 Stunden ausgefallen. Die Bildungsbehörde verweigert zudem die zeitnahe Veröffentlichung aktueller Zahlen zum Unterrichtsausfall. Wir wollen diesen Zustand nicht wie die rot-grüne Regierung ignorieren, kleinreden oder hinnehmen sondern ändern. Wir setzen uns für eine Unterrichtsgarantie für alle Schülerinnen und Schüler in unserem Stadtstaat ein. Dazu werden wir in einem ersten Schritt zusätzlich hundert neue Lehrerinnen und Lehrer einstellen, die Vertretungsreserve aufstocken, eine verlässliche, planbare und transparente Ressourcenzuweisung an den Schulen sicherstellen und über die erzielten Erfolge fortlaufend berichten.

Qualität des schulischen Unterrichts in Bremen steigern

Wir wollen nicht weiter hinnehmen, dass die Schulen in Bremerhaven und Bremen in den diversen Schulvergleichsstudien immer wieder hintere Plätze einnehmen und eine substantielle Verbesserung in den letzten Jahren nicht erreicht werden konnte. Dies sind wir unseren Absolventen und Schülern schuldig, die sich spätestens bei der Bewerbung um einen Ausbildungs- oder Studienplatz dem Wettbewerb mit Absolventen aus anderen Bundesländern stellen müssen. Bremer Schülerinnen und Schüler sind nicht von vornherein schlechter als Schülerinnen und Schüler aus Ländern wie Sachsen oder Bayern, die als Sieger aus den Vergleichsstudien hervorgegangen sind. Sie werden aber in unseren Schulen nicht richtig gefordert und gefördert. Deswegen wollen wir, gemeinsam mit allen Akteuren im Bildungswesen, eine Qualitätsoffensive in den Bremer Schulen starten. Hierzu gehört sowohl die Verbesserung der personellen und materiellen Ausstattung der Schulen als auch eine Neujustierung des innerschulischen Leistungsgedankens. Die Lernanstrengungen von Schülerinnen und Schülern wollen wir auf Grundlage eines individuellen „Forderns und Förderns“ weiterentwickeln. Dieses gilt für Lernschwache genauso wie für überdurchschnittlich begabte Kinder. Weiterhin wollen wir auch die Anzahl der Schülerinnen und Schüler, die die Schule ohne einen Abschluss verlassen, in der kommenden Legislaturperiode mindestens halbieren.

Ganztagschulausbau ausweiten

Die Schulen im Land Bremen verändern sich stetig. Als moderne Lernorte mit Ganztagsangeboten ist ihr Aufgabenspektrum, neben dem Unterricht, deutlich facettenreicher geworden. Die CDU Bremen begrüßt diese Entwicklung, trägt sie doch dem Wunsch der Eltern nach besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf Rechnung und fördert ganz ne-

benbei die Chancengerechtigkeit von sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen. Wir wollen daher den Prozess des Ganztagsausbaus über alle Schulformen hinweg noch ausweiten und beschleunigen. Die CDU Bremen fordert die Harmonisierung der Anmeldung und die verbindliche Abstimmung zwischen Bildung und Soziales für die Aufnahme in Hort-/Ganztagsgrundschulen zum Kindergartenjahr 2016/2017. Wo Hortangebote nicht mehr nachgefragt werden, sind diese abzubauen, und mit Priorität sind Ganztagsangebote zu entwickeln. Als CDU Bremen favorisieren wir hierbei die gebundene Form der Ganztagschule. Hier finden sich sowohl regulärer schulischer Unterricht als auch pädagogische Angebote, Sport und Freizeitbeschäftigungen am Nachmittag wieder und alle Schülerinnen und Schüler nehmen daran teil. Bei dem Ganztagschulausbau müssen örtliche Vereine und Institutionen, wie Sportvereine, Musikschulen oder Jugendfeuerwehren in die Nachmittagsangebote eingebunden werden. Ebenso bedarf die offene Kinder- und Jugendarbeit einer Harmonisierung.

Gleiche Startvoraussetzungen schaffen

Kinder in Bremerhaven und Bremen kommen zurzeit mit viel zu unterschiedlichen Startvoraussetzungen in der Schule an. Eine entscheidende Voraussetzung für den späteren schulischen Erfolg ist die Sprachkompetenz, die einen wesentlichen Teil der Persönlichkeitsentwicklung darstellt. Hier wollen wir ansetzen und bereits in den Kindertageseinrichtungen benachteiligte Kinder gezielt fördern, um gleiche Startvoraussetzungen zu schaffen.

Wir setzen uns daher dafür ein, dass die frühkindliche Phase in den Kitas mehr als bisher unter dem Gesichtspunkt gezielter Bildung genutzt und enger mit dem schulischen Bereich verzahnt wird. Wir sehen hierbei in der gezielten Vermittlung von Sprachfertigkeiten den zentralen Baustein, um besonders Kinder, die beim Erwerben ihrer Sprachkompetenz mehr Unterstützung benötigen, ohne Ansehen ihrer Herkunft, stärker als bisher zu fördern und fordern. Neben dem Spracherwerb sehen wir es als geboten an, Maßnahmen, die den sozialen Zusammenhalt verbessern und Kinder in ihrer Persönlichkeitsentwicklung stärken, mehr noch als bisher zu unterstützen. Nur so kann der Übergang in die Schule besser als bisher gelingen und alle können mit denselben Voraussetzungen starten. Bei Kindern, denen absehbar die Fähigkeit dem Unterricht zu folgen nach Abschluss des dritten Kindergartenjahres fehlen wird, halten wir eine verbindlich wahrzunehmende Förderung für geboten. Wir halten darüber hinaus eine Bündelung der politischen Verantwortung für die Bereiche Bildung, Kinder und Jugend für zwingend geboten und setzen uns für eine entsprechende Neuausrichtung der Ressortzuständigkeiten ein. Im letzten Kindergartenjahr müssen verbindlich festgelegte Vorbereitungen für den Schulbesuch in den Kindergärten erfolgen. Die CDU Bremen fordert in diesem Zusammenhang die flächendeckende und schnelle Umsetzung eines gemeinsamen Rahmenbildungsplans für 1 bis 10-Jährige, der den Akteuren vor Ort bei der Umsetzung klare Handlungsempfehlungen ausspricht.

Anschluss verbessern

Nach wie vor gelangen zu viele junge Schulabsolventinnen und -absolventen nicht auf direktem Weg in die duale oder zumindest in eine vollschulische Ausbildung. Sie finden sich stattdessen in Bildungsangeboten des Übergangssystems wieder und rund 400 pro Jahr verschwinden vorübergehend völlig aus den Statistiken. Zudem beklagen Betriebe und Kammern die teilweise fehlende Ausbildungsreife der Absolventinnen und Absolventen.

Wir setzen uns daher dafür ein, den Berufsorientierungsunterricht zu verbessern: Ziel ist es, dass Schülerinnen und Schüler am Ende ihrer Schullaufbahn eine realistische Berufsauswahl treffen können. Oberschulen sollen zukünftig enger mit beruflichen Schulen sowie mit potentiellen Ausbildungsbetrieben zusammenarbeiten. Praxistage in Betrieben und Berufswahl-Praktika wollen wir ausweiten und den Berufsorientierungsunterricht stärken. Die CDU Bremen setzt sich für eine „zeitgemäße“ Ausstattung der Berufsschulen im Lande Bremen sowie für eine qualitative Verbesserung der dualen Ausbildung ein. Dazu wird die CDU Bremen ihr Augenmerk auf die Verbesserung der Ausbildung der Berufsschullehrer richten. Neben der Ausbildung der Berufsschullehrer streben wir gemeinsam mit den Unternehmen und deren Kooperationspartnern schrittweise eine deutliche Qualitätssteigerung der dualen Ausbildung an. Wir setzen uns weiterhin intensiv für den Erhalt der dualen Ausbildung ein, da diese Ausbildungsform unverzichtbar für den Arbeitsmarkt im Lande Bremen ist.

Vielfalt der bremischen Bildungslandschaft absichern

Wir wollen die Vielfalt der bremischen Bildungslandschaft mit ihren zahlreichen Schulen in freier Trägerschaft erhalten und unterstützen. Mit ihren pädagogischen, didaktischen und schulischen Herangehensweisen beschreiten diese Schulen im Vergleich zu öffentlichen Bildungseinrichtungen vielfach andere, zum Teil auch neue Wege. Sie setzen dadurch Impulse, die der Bildungslandschaft in Gänze zugute kommen. Die CDU Bremen ist daher der festen Überzeugung, dass Schulen in freier Trägerschaft ein fester Platz innerhalb der bremischen Bildungslandschaft zusteht. Damit dies auch in Zukunft der Fall ist, benötigen die Schulen in freier Trägerschaft auskömmliche, transparente und verlässliche finanzielle Rahmenbedingungen, die ihre Existenz sichern und Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen. Das durch die rot-grüne Landesregierung beschlossene so genannte Privatschulgesetz genügt diesen Ansprüchen keinesfalls. Die CDU Bremen will dies ändern.

Stärkere Profilierung und Weiterentwicklung des zweigliedrigen Schulsystems

Nicht jeder kann und muss das Abitur erwerben, und nicht für jeden Beruf ist der höchste Bildungsabschluss erforderlich. Vielmehr treten wir für die gleiche gesellschaftliche Anerkennung von Studium und beruflicher Ausbildung ein. Ein differenziertes und gegliedertes Schulsystem schafft nach unserer Meinung hierfür die Grundvoraussetzung. Auf dieser bereits bestehenden Basis setzen wir uns für eine stärkere Profilierung der beiden Schulformen im Land Bremen, mit einer Rückbesinnung auf die jeweilige zentrale Aufgabe, ein: Die Oberschulen sollen neben dem Abitur nach neun Jahren mit dem Schwerpunkt auf eine verbesserte Berufsfähigkeit ausgerichtet werden, was für die CDU Bremen eine Hinführung zu und Vorbereitung auf die duale Berufsausbildung bedeutet. Nach unserem Dafürhalten muss der schulische Unterricht dazu noch stärker auf wirtschaftliche sowie berufsvorbereitende und -relevante Inhalte ausgerichtet sowie durch frühzeitige und vor allem kontinuierliche Berufsberatung und Orientierung flankiert werden. Der Besuch des Gymnasiums soll stärker als bisher zu einem selbständigen, akademischen Arbeiten befähigen und damit primär ein (Fach-) Hochschulstudium vorbereiten.

Bremer Bildungskonsens fortschreiben - Schulstandorte prüfen

Die CDU Bremen bekennt sich uneingeschränkt zum 2009 ausgehandelten Bildungskonsens und zum zweigliedrigen Schulsystem, bestehend aus Oberschulen und Gymnasien. Unser Ziel ist es, den Bremer Bildungskonsens fortzusetzen und uns verstärkt um die Fragen der Qualität des Unterrichts zu kümmern. Die nun bevorstehende Evaluation, welche mit aller Sorgfalt und Gründlichkeit zu erfolgen hat, muss die Stellschrauben benennen, an welchen innerhalb dieses Systems noch nachjustiert werden muss. Schon jetzt lässt die Schulstruktur unseres Bundeslandes aber Fragen erkennen, die grundlegende Weichenstellungen in naher Zukunft nach sich ziehen müssen. So werden wir über die Anzahl und Mindestgröße der Oberstufen genauso ergebnisoffen diskutieren, wie über die Möglichkeit der qualitativen Weiterentwicklung von Gymnasien. Die Option zur Neugründung von Gymnasialschulstandorten, sofern hierfür erkennbarer Bedarf besteht, darf hierbei nicht ausgeklammert werden. Die in anderen Bundesländern bereits aufkommende Diskussion über das Abitur nach 12 oder 13 Jahren (Gy8/Gy9) wollen wir mit allen Beteiligten aktiv führen. In Bremen gibt es seit dem Bildungskonsens 2009 zwei Wege zum Abitur, nach acht Jahren auf dem Gymnasium oder nach neun Jahren auf der Oberschule. Wir sind deswegen dagegen, voreilig zum Gy9-Modell an Gymnasien zurückzukehren, ohne nicht eingehend die Stärken und Schwächen des jetzigen Systems geprüft zu haben.

Zukunft der inklusiven Beschulung

Wir bekennen uns zu den Zielen der inklusiven Beschulung von Kindern mit und ohne Behinderungen. Die Ausstattung des Projekts muss der enormen bildungspolitischen und gesellschaftlichen Bedeutung aber auch angemessenen Rechnung tragen. Dies gilt sowohl für die allgemeine finanzielle Unterfütterung, als auch in Bezug auf die Anzahl und Qualifikation des lehrenden, betreuenden und pädagogischen Personals. Wir wollen eine erste öffentliche Bestandsaufnahme durchführen. Darin müssen die konzeptionellen Ansätze, Standards und rechtlichen Bedingungen, die Ausbildung und Vorbereitung des Personals sowie der ressourcen- und infrastrukturbezogene Ausstattungsrahmen überprüft werden.

Schule 2025 – Agenda Digitale Bildung

Wir wollen Schulen und Kindergärten inhaltlich so entwickeln, dass sie gesellschaftliche Trends und technische Entwicklungen schneller als bisher in ihre Arbeit integrieren können. So wollen wir in den Schulen und Kindertageseinrichtungen verstärkt über die Themen gesunde und regionale Ernährung, körperliche Fitness und Prävention von Krankheiten informieren. Gesundheitsbewusstes Verhalten wirkt vorbeugend und entlastet damit unsere Gesundheitsversorgungssysteme. Kinder und Jugendliche sollen dabei spielerisch an eine gesunde Lebensführung herangeführt werden. Wir wollen dazu eine Strategie gegen Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen und eine „Fit-Drauf-Strategie“ für Schulen und Kindertageseinrichtungen entwickeln. Darin sollen Bewegung und gesunde Ernährung in den Alltag dieser Einrichtungen integriert werden und über Suchtgefahren und die Folgen von Sucht aufgeklärt werden.

Wir wollen dafür sorgen, dass die Schulen in Bremen und Bremerhaven mit den technologischen und gesellschaftlichen Entwicklungen des 21. Jahrhunderts Schritt halten können. Wir wollen mit einer Agenda für Digitale Bildung die technischen Voraussetzungen schaffen und die Chancen stärker nutzen, die sich durch elektronische Medien und Internet für den Unterricht und das Lernen ergeben. Wir fördern die Aufklärung über die sozialverträg-

liche und altersgerechte Nutzung digitaler Medien. Themen wie zum Beispiel „Cybermobbing“ und „Gewalt und Missbrauch im Netz“ wollen wir verbindlich im Unterricht verankern, um präventiv auf die Gefahren hinzuweisen. Ebenso wollen wir die Einbindung außerschulischer Lernorte (Museen, Theater, Klassenfahrten, Praktika) verbindlicher gestalten. In diesem Zusammenhang werden wir eine Debatte über die Art und Weise von Wissensvermittlung innerhalb einer zukünftigen „Schule 2025“ anstoßen und mit allen beteiligten Akteuren führen. Nach unserer Auffassung sollen die Schulen künftig einen noch stärkeren Stadtteil- und Quartiersbezug entwickeln. Die Schule wird so vom bloßen Lernort zum tatsächlichen lokalen Mittelpunkt der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. In Zukunft werden noch mehr Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund und individuellem Förderbedarf unsere Schulen besuchen. Ihre unterschiedlichen individuellen Voraussetzungen und Bedürfnisse, etwa was bestehende Sprachkenntnisse oder Mobilitätseinschränkungen betrifft, werden dafür sorgen, dass die Aufgabenbandbreite der Schulen noch weiter anwächst. Angesichts dieser Entwicklung gilt es schon heute, die notwendigen Schritte einzuleiten, damit die Lehrerinnen und Lehrer in den Schulen in Bremen und Bremerhaven auch künftig allen unseren Kindern erfolgreich die Freude am Lernen vermitteln können.

Für Wohlstand und Arbeitsplätze

Bremen und Bremerhaven haben eine starke Wirtschaft. Bremen ist nach Hamburg das Bundesland mit der zweithöchsten Wirtschaftskraft (Bruttoinlandsprodukt) pro Einwohner. International erfolgreiche Unternehmen, motivierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ein starker Mittelstand, leistungsfähige Häfen und eine exzellente Forschungslandschaft tragen dazu bei. Wir wollen, dass unser Land wirtschaftlich stark bleibt und seine Potenziale besser nutzt, als dies im Moment der Fall ist. Seit dem Amtsantritt von Rot-Grün liegt das Wirtschaftswachstum im Land Bremen deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Nirgendwo sonst sind so viele Menschen vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen und die Einkommen so ungleich verteilt wie in Bremen und Bremerhaven. Unter Rot-Grün hat die soziale Spaltung in unserem Land zugenommen. Bremen weist von allen Bundesländern die höchste Arbeitslosenquote und den höchsten Anteil an Langzeitarbeitslosen auf. Damit werden wir uns nicht abfinden. Wir werden die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass die Wirtschaft wieder stärker wächst, bestehende Arbeitsplätze gesichert werden, neue, zukunftssichere Arbeitsplätze entstehen und der Wohlstand bei den Menschen in Bremen und Bremerhaven ankommt. Dazu fördern wir ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum, das ökonomische, ökologische und soziale Belange in Einklang bringt. Das bedeutet für uns Soziale Marktwirtschaft.

Rahmenbedingungen für nachhaltiges Wachstum schaffen

Nicht der Staat schafft in der Sozialen Marktwirtschaft die Arbeitsplätze, sondern die Unternehmen. Sie benötigen dafür die richtigen Rahmenbedingungen. Dazu zählen wettbewerbsfähige Standortkosten, gut ausgebildete Fachkräfte, eine leistungsfähige Infrastruktur, eine wirtschaftsfreundliche Verwaltung und eine effiziente Wirtschaftsförderung. Besonderen Aufholbedarf sehen wir in Bremen-Nord, daher werden wir ein Strukturentwicklungskonzept für Bremen-Nord erarbeiten.

Bremen zur „Smart City“ entwickeln

Unser Ziel ist die „Smart City“, d. h. die intelligente Stadt, die sich durch neue Arbeits- und Wohnmodelle sowie neue Mobilitäts- und Energiekonzepte auszeichnet. Durch das Internet sind ganz neue Anwendungen und Dienste möglich, die dabei helfen, Ressourcen zu schonen und Probleme effizienter und schneller zu lösen. Viele Städte, z. B. Berlin, Mannheim, Köln und Nürnberg, haben sich auf den Weg gemacht und eine eigene „Smart City“-Strategie aufgelegt. Der rot-grüne Senat hat diese Entwicklung lange Zeit verschlafen. Wir werden daher gemeinsam mit Interessenvertretern aus Privatwirtschaft, Forschung, Wissenschaft und Gesellschaft ein ganzheitliches „Smart City“-Konzept für Bremen entwickeln und umsetzen. Zur Finanzierbarkeit dieses Querschnittsthemas sollen Fördergelder der EU, des Bundes und des Landes ebenso beitragen wie Partnerschaften mit privaten Unternehmen und Contracting-Modelle.

Industrie in Bremerhaven und Bremen halten

Eine wichtige Antriebsfeder für die hohe Wirtschaftskraft unseres Bundeslandes sind die hier ansässigen Industriebetriebe. Bremen ist der fünftgrößte deutsche Industriestandort und soll es bleiben. In der Industrie und den mit ihr verbundenen Dienstleistungen entste-

hen gut bezahlte und hochqualifizierte Arbeitsplätze. Die industriellen Stärken Bremens und Bremerhavens liegen in den Bereichen Automobilbau, Luft- und Raumfahrt, Spezialschiffbau, Maschinen- und Anlagenbau, Offshore sowie Nahrungs- und Genussmittelproduktion. Wir wollen diese Stärken erhalten und ausbauen. Wir bekennen uns zu allen im Land Bremen ansässigen Industriebetrieben.

In Stärken investieren

Erfolgreiche Großprojekte, wie die Überseestadt, der Technologiepark, die Airportstadt, der CT 4 und 4a, die Erneuerung der Schlachte oder der Bau der Havenwelten haben unsere beiden Städte für Unternehmen, Bewohner und Besucher attraktiver gemacht und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beigetragen. Wir wollen den Strukturwandel in Bremen, Bremen-Nord und Bremerhaven auch in Zukunft aktiv gestalten. Dafür werden wir in den Erhalt und den Ausbau der wirtschaftsnahen und der touristischen Infrastruktur investieren. Den rot-grünen Kahlschlag bei den Investitionsausgaben wollen wir beenden und die Investitionsquote wieder erhöhen. Öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) sind für uns ein erfolgversprechender Weg, um die Investitionsquoten zu erhöhen und größere Investitionen auch in Zeiten knapper Kassen finanzieren zu können.

Leistungsfähige Infrastruktur erstellen und erhalten

Jedes neue Unternehmen, das sich in Bremen ansiedelt, schafft neue Arbeitsplätze und zahlt zusätzliche Steuern. Dafür bedarf es einer ausreichenden Zahl erschlossener und passgenauer Gewerbeflächen. Wir werden die Flächenreserven in Umfang und Qualität weiterentwickeln. Unsinnige Maßnahmen, wie die von Rot-Grün geplante Anlage von „Stadtoasen“ und „Ruheräumen“ in Gewerbegebieten, werden wir stoppen.

Zu einer zeitgemäßen Infrastruktur gehört ein leistungsfähiges Breitbandnetz. Die hohe Netzabdeckung in Bremen und Bremerhaven darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es beim schnellen Internet noch immer „weiße Flecken“ in einigen Stadtteilen, z. B. in der Überseestadt, in Strom oder Borgfeld, gibt. Diese müssen durch die privaten Telekommunikationsunternehmen zügig geschlossen werden. Wo sich dies im Einzelfall privatwirtschaftlich nicht rechnet, muss dies durch öffentliche Fördermittel ermöglicht werden. Unser Ziel ist eine flächendeckende Breitbandversorgung im Land Bremen von 100 MBit pro Sekunde bis zum Jahr 2017 und danach ein weiterer bedarfsgerechter Ausbau. Zukünftige Ausbauschritte müssen bei ohnehin anfallenden Bauarbeiten schon heute berücksichtigt werden, z.B. durch die Verlegung von Leerrohren. Ebenso setzen wir uns für ein flächendeckendes kostenfreies WLAN in Bremen und Bremerhaven ein.

Standortbedingungen wettbewerbsfähig halten

Wir setzen uns für konkurrenzfähige Standortkosten ein. Eine weitere Anhebung der Gewerbesteuer oder die Einführung neuer Gebührentatbestände kommt für uns nicht in Frage. Die Unternehmen in Bremen und Bremerhaven benötigen Planungssicherheit. Bau- und Nutzungsgenehmigungen dürfen nicht willkürlich verwehrt werden. Neue Umweltauflagen, wie die Einführung einer weiteren Abgasplakette für Fahrzeuge oder einer Rußpartikelfilterpflicht für Baumaschinen lassen sich nicht über Nacht und über die Köpfe der Betroffenen durchsetzen. Sämtliche Gesetze und Regulierungen sind darauf zu überprü-

fen, ob sie kleine und mittlere Unternehmen über Gebühr belasten. Wir werden eine entsprechende Mittelstandsklausel für alle neuen Gesetze verankern.

Wir unterstützen den Abschluss des geplanten Transatlantischen Freihandelsabkommens (TTIP) zwischen der EU und den USA als Beitrag zur Mittelstandsförderung. Die Bremische Wirtschaft würde in besonderem Maße vom Abbau von Zöllen und der gegenseitigen Anerkennung von Normen und Zulassungsverfahren profitieren. Die USA sind für Bremische Unternehmen der wichtigste Auslandsmarkt außerhalb Europas. Bremerhaven ist der „Amerika-Hafen“ schlechthin. Dessen wichtigstes Fahrgebiet ist der US-Verkehr mit jährlich rund einer Million Standardcontainern und einem Großteil der deutschen Autoimporte und -exporte. Studien zufolge entstehen durch TTIP bis zu 1,3 Mio. neue Arbeitsplätze in der EU, davon 200.000 in Deutschland. Die Reallöhne können um bis zu 2 Prozent steigen. Bremen und Bremerhaven müssen die Chancen, die sich daraus ergeben, nutzen. Die Einhaltung des bestehenden Schutzniveaus für Verbraucherinnen und Verbraucher bei Lebensmitteln sowie in Umwelt- und Gesundheitsfragen ist dafür eine Grundvoraussetzung, die aber zu keiner Zeit infrage stand.

Die Effizienz und Kundenorientierung der Wirtschaftsförderung im Land Bremen wollen wir erhöhen. Wenn Programme zur Investitions- und Innovationsförderung kaum genutzt werden, so muss deren Ausrichtung überprüft und ihr Bekanntheitsgrad verbessert werden. Ein Schwerpunkt ist auf die Bestandspflege und Betreuung bereits ansässiger Unternehmen zu legen. Die Förderung von Existenzgründern werden wir intensivieren und die Transparenz für Gründungswillige erhöhen. Die Gründung von kleinen Unternehmen mit geringem Startkapital wollen wir mit Mikrokrediten sowie durch unbürokratische und schnelle Genehmigungsverfahren fördern. Die Eintragung ins Handelsregister und die Zuteilung einer Steuernummer muss spätestens innerhalb von zwei Wochen erfolgen.

Tourismus entwickeln

Rund 35.000 Menschen in Bremen und Bremerhaven leben vom Tourismus. Im Jahr 2013 übernachteten über 2 Mio. Menschen im Land Bremen. Auch wenn sich die Entwicklung der Übernachtungszahlen sehen lassen kann, so liegt sie in Bremen über den Gesamtzeitraum von 2007 bis 2013 unter dem Durchschnitt der deutschen Großstädte. Die rot-grüne Umweltzone für Reisebusse sowie die Übernachtungssteuer („City Tax“) sind für den Tourismus nicht förderlich. Wenn die „City Tax“ schon erhoben wird, so müssen die Einnahmen für zusätzliche, attraktivitätssteigernde Maßnahmen verwendet werden und nicht zum Stopfen von Löchern im Kulturhaushalt, wie es Rot-Grün tut. Wir setzen uns für den Erhalt, die Sanierung und den Ausbau der touristischen Infrastruktur ein. Touristische Highlights, wie das Universum[®] Bremen sowie das Klimahaus[®] und das Deutsche Auswandererhaus in Bremerhaven müssen in die Lage versetzt werden, Rücklagen zu bilden, um kontinuierlich in die Weiterentwicklung ihrer Attraktionen investieren zu können. Das Messe-, Kongress- und Tagungswesen wollen wir weiter ausbauen, um noch mehr Geschäftsreisende als Besucher zu gewinnen. Das Standortmarketing muss vereinheitlicht und sichtbarer werden. Wir werden das Tourismuskonzept weiterentwickeln, Ziele und Strategien für 2025 neu definieren und dabei insbesondere den Städte- und Fahrradtourismus und die drei Destinationen Bremerhaven, Bremen-Nord und Bremen Stadt berücksichtigen.

Der Flughafen Bremen ist ein wichtiger Standortfaktor für die Wirtschaft und den Tourismus in Bremen und Bremerhaven. Er nimmt eine wichtige verkehrliche Funktion für die gesamte Region wahr und verbindet Bremen mit anderen europäischen Metropolen. Der

Flughafen kommt ohne öffentliche Zuschüsse aus und hat sich in den letzten Jahren sehr dynamisch entwickelt. Wir wollen den Flughafen im Rahmen eines Entwicklungskonzeptes dahingehend entwickeln, dass insbesondere die Potentiale für flughafennahe Dienstleistungen aufgezeigt und besser genutzt werden können. Wir unterstützen den weiteren Ausbau des Streckennetzes unter Einhaltung der bestehenden Nachtflugbeschränkungen. Bei der Planung und dem Bau für den Anschluss der A281 an den Autobahnzubringer Arsten (Bauabschnitt 2/2) muss sichergestellt werden, dass der Flughafen Bremen in seinen aktuellen und zukünftigen Nutzungsmöglichkeiten nicht eingeschränkt wird.

Bremen und Bremerhaven als Kompetenzzentrum für Windenergie ausbauen

Bremen und Bremerhaven haben sich in der Offshore-Windenergie als Kompetenzzentrum etabliert, in dem viele neue, hochqualifizierte Arbeitsplätze entstanden sind. Durch öffentliche Investitionen von mehr als 100 Mio. Euro wurden alleine in Bremerhaven private Investitionen von rund 200 Mio. Euro ausgelöst. Beide Standorte haben großes Potenzial auch weiterhin von der Energiewende zu profitieren, denn die Gewinnung von Strom aus Windenergie wird einen maßgeblichen Beitrag zur Energiewende leisten. Die natürlichen Bedingungen im Nordwesten Deutschlands bieten die besten Voraussetzungen dafür. Diesen Standortvorteil gilt es zu nutzen, um die Chancen für die Wirtschaft auszuschöpfen und weitere Arbeitsplätze im Land zu schaffen. Uns muss es daher gelingen, weitere Unternehmen der Windenergiebranche in Bremen und Bremerhaven anzusiedeln. Der Bau des Offshore-Terminals in Bremerhaven ist aus Sicht der CDU Bremen eine äußerst wichtige Infrastrukturmaßnahme, die wir in der vor uns liegenden Legislaturperiode weiter voranbringen werden. Die in den letzten Jahren verloren gegangene Zeit wollen wir aufholen. In der Offshore-Windenergie herrscht erhebliche internationale Konkurrenz – eine weitere Zeitverschwendung können wir uns nicht leisten. Die CDU Bremen wird sich außerdem für einen raschen landseitigen Anschluss der Hochseewindparks einsetzen.

Leistungsfähigkeit der Häfen und Zukunft der Schifffahrt sichern

Die bremischen Häfen mit den Hafengruppen Bremen und Bremerhaven bilden das Rückgrat der bremischen Wirtschaft. Als zweitgrößter deutscher Hafen und größter europäischer Umschlagsplatz für Automobile üben sie eine wichtige verkehrliche Drehscheibenfunktion für die exportorientierte deutsche Volkswirtschaft aus. Damit sind sie ein starkes Argument für die Selbstständigkeit Bremens als Bundesland. Jeder fünfte Arbeitsplatz und ein Fünftel des Umsatzes im Land Bremen hängt direkt oder indirekt von den Häfen ab – so viel, wie in keinem anderen Bundesland. Die bremischen Häfen sind ein echter Wachstumsmotor. Zwischen 1995 und 2013 hat sich der Gesamtumschlag mehr als verdoppelt, der Containerverkehr hat sich vervierfacht, der Automobilumschlag fast verdreifacht. Diese Erfolgsgeschichte wollen wir fortschreiben. Wir bekennen uns zum Universalhafenprinzip: In den bremischen Häfen müssen alle rechtlich zulässigen Güter umgeschlagen werden können. Willkürliche politische Eingriffe, wie das von Rot-Grün eingeführte Umschlagsverbot für Kernbrennstoffe, lehnen wir ab, weil sie ein Einfallstor für die politische Festlegung von „erwünschten“ und „unerwünschten“ Gütern darstellen.

Über die Notwendigkeit von Investitionen in die Hafeninfrastruktur bestand lange ein breiter politischer Konsens in Bremen. Dafür stehen z. B. Großprojekte wie der Bau der Containerterminals III und IV, der Neubau der Kaiserschleuse und die Beteiligung am neu gebauten JadeWeserPort. Doch dieser Konsens gerät unter Rot-Grün in Gefahr. Notwen-

dige Instandhaltungsarbeiten wurden in den letzten Jahren unterlassen. Zahlreiche Kajen in den bremischen Häfen sind mittlerweile über hundert Jahre alt und dringend sanierungsbedürftig. Die rot-grüne Flickschusterei, die Kajen erst zu sanieren, kurz bevor sie zusammenfallen, ist kurzsichtig. Wir werden ein langfristiges Sanierungs- und Finanzierungskonzept für die Kajen auflegen. Noch vorhandene Engstellen im Bremer Industriehafen müssen beseitigt und die Columbuskaje in Bremerhaven erneuert werden. Wir wollen die Zukunft Bremens und Bremerhavens als Wertstandort sichern. Deswegen unterstützen wir die Pläne Bremerhavener Unternehmen zur Anschaffung eines neuen Schwimmdocks für große Schiffe. Ein Engagement des Landes bei den dafür notwendigen Anpassungen an öffentlicher Infrastruktur werden wir prüfen. Zudem wollen wir die noch vorhandenen Engpässe bei der Bremischen Hafeneisenbahn beseitigen. Wir wollen darüber hinaus die BLG und die private Hafenwirtschaft bei der Entwicklung zukünftiger Geschäftsmodelle unterstützen, um die Arbeitsplätze und die Wertschöpfung in unseren Häfen dauerhaft zu erhalten. Wir wollen die Bremischen Häfen zu einem SmartPort weiterentwickeln, in dem die Potenziale aus der Vernetzung bzw. der Digitalisierung von Logistik, Mobilität, Unterhaltung und Energie zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit genutzt werden.

Die vom Bund finanzierte Fahrrinnenanpassung der Außen- und Unterweser trägt entscheidend dazu bei, die Leistungsfähigkeit der bremischen Häfen sowie die Arbeitsplätze, die an den Häfen hängen, zu sichern, denn die Schiffe werden immer größer und können die Häfen teilweise nur zu bestimmten Zeiten oder nicht voll beladen anlaufen. Gegen den Planfeststellungsbeschluss aus dem Jahr 2011 ist derzeit noch ein Gerichtsverfahren anhängig. Aus Sicht der CDU Bremen lassen sich die festgestellten Mängel im Verfahren heilen. Wir halten dieses Infrastrukturprojekt auch weiterhin für dringend erforderlich und ökologisch vertretbar. Die rot-grüne Regierung in Niedersachsen darf einen neuen Planfeststellungsbeschluss nicht blockieren, falls er notwendig werden sollte. Die Mittelweser muss für Großmotorgüterschiffe wirtschaftlich befahrbar sein. Sollte die Simulationsstudie des Bundesverkehrsministeriums zu den „Einbahnverkehren“ auf der Mittelweser weitere Investitionsbedarfe feststellen, muss das Land Bremen seinen vertragsgemäßen Anteil dazu leisten.

Investitionen in die Häfen und deren Unterhaltung müssen im Haushalt solide finanziert sein. Bremen wendet für seine Häfen jährlich rund 100 Mio. Euro auf, von denen der Bund jährlich 10,7 Mio. Euro erstattet. Im Rahmen der Verhandlungen zur Neuordnung der Bund-Länderfinanzbeziehungen setzen wir uns dafür ein, dass sich der Bund an diesen besonderen Infrastrukturlasten, die der deutschen Volkswirtschaft als Ganzes dienen, auch über das Jahr 2019 hinaus beteiligt. Infrastrukturelle Sonderlasten, die zur Umsetzung der Energiewende nötig sind, sollten dabei ebenfalls berücksichtigt werden. Wir wehren uns gegen Bestrebungen der EU-Kommission, den Bau von Hafeninfrastruktur als Beihilfe zu interpretieren sowie Hafentgelte und Hafendienste, die allen Nutzern offen stehen (z. B. Lotsen- und Baggerdienste), übermäßig zu regulieren. Die deutschen Seehäfen verfügen in diesen Bereichen über äußerst leistungs- und wettbewerbsfähige Strukturen, die erhalten werden müssen.

Die Schifffahrt ist das umweltfreundlichste Verkehrsmittel. Um die Abhängigkeit vom Erdöl zu verringern und die Umweltbelastungen durch den Schiffsverkehr weiter zu reduzieren, unterstützen wir die Pläne der EU-Kommission, zum Aufbau einer Landstromversorgung für Schiffe sowie von LNG-Tankstellen in den Häfen. Insbesondere Flüssigerdgas (LNG) hat als schadstoffarmer Treibstoff ein großes Potenzial. Die reduzierten Schwefelgrenzwerte für Schiffsabgase in Nord- und Ostsee müssen mit Augenmaß eingeführt wer-

den, damit es nicht zu Verlagerungen von Verkehren auf die Straße kommt. Wir setzen uns dafür ein, dass die Reedereien bei der Umrüstung ihrer Schiffe stärker unterstützt werden, z. B. über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW).

Innovationen voranbringen, Dienstleistungsangebot ausbauen, Wissenschaft und Wirtschaft vernetzen

Innovationen sind ein wichtiger Schlüssel für Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze. Neue, innovative Produkte und Verfahren treiben den technologischen Fortschritt voran. Dieser steigert die Produktivität und damit die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen sowie der Wirtschaft insgesamt. Die Grundlagen (Erfindungen) für technische Innovationen werden häufig in Wissenschaft und Forschung gelegt. Bremen und Bremerhaven verfügen über eine exzellente Forschungslandschaft. Dazu zählen die universitären und außeruniversitären Forschungsinstitute ebenso wie die Einrichtungen betrieblicher Forschung und Entwicklung (FuE). Im Land Bremen lagen die gesamtwirtschaftlichen Ausgaben für FuE im Jahr 2012 bei 755 Mio. Euro und damit bei 2,7 Prozent des BIP. Unser Ziel ist es, diesen Anteil bis zum Jahr 2019 auf 3 Prozent zu steigern und damit die Ziele der Lissabonstrategie zu erfüllen. Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir eine Hightech-Strategie für Bremen auflegen.

In der Luft- und Raumfahrt, der maritimen Wirtschaft und der Windenergie hält das Land Bremen bereits eine technologische Spitzenposition inne. Diese Bereiche zeichnen sich durch ein enges Zusammenwirken von innovativen Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen aus. Durch den Aufbau von Zulieferer- und Projektplattformen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) wollen wir die Mittelstandsorientierung dieser Innovationscluster stärken. Auch in anderen Branchen, wie der Ernährungswirtschaft, der Umweltwirtschaft und der Entwicklung neuer Materialien wollen wir den Vernetzungsgrad zwischen Wirtschaft und Wissenschaft durch professionelle Cluster- und Netzwerkmanagements erhöhen. Das Branchennetzwerk Automotive Nordwest wollen wir durch vertiefte Kooperationen in den Bereichen Fahrzeugbau und Elektromobilität zu einem länderübergreifenden Innovationscluster Mobilität weiterentwickeln. Um KMU mit begrenzten Ressourcen bei ihren Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten zu unterstützen, wollen wir eine regionale FuE-Plattform aufbauen, die den Kontaktaufbau zu Großbetrieben und Forschungseinrichtungen erleichtert. Die bremische Technologie- und Innovationsförderung bedarf einer Neuausrichtung. Unser Land braucht eine Vision für die zukünftige Ausrichtung als Wirtschaftsstandort. Hierzu wollen wir in einen Dialog mit Unternehmen, Kammern, Hochschulen, Forschungseinrichtungen und externen Zukunftsforschern einsteigen und ein Leitbild für die Entwicklung unserer Wirtschaft entwickeln.

Eine Zuschussförderung muss wieder leichter möglich sein, ebenso wie die Einstellung von naturwissenschaftlichen Studienabgängern als „Innovationsassistenten“, die die Forschungsaktivitäten von KMU unterstützen. Innovationen sind ohne Kreativität nicht denkbar.

Technologietransfer-Einrichtungen, wie die Transferstelle UniTransfer, der Beauftragte für Innovation und Technologie im Handwerk sowie das ttz Bremerhaven, leisten einen wichtigen Beitrag bei der Anbahnung von Forschungsk Kooperationen und der wirtschaftlichen Verwertung von Forschungsergebnissen. Sie benötigen eine verlässliche Grundfinanzierung. Um die vergleichsweise geringe Zahl von Patentanmeldungen im Land Bremen zu erhöhen, wollen wir einen Fonds auflegen, über den die Verwertung und Vermarktung von Patenten gefördert wird. Die InnoWi GmbH als öffentliche Patentverwertungsgesellschaft

muss Unternehmen bei der Beschaffung von Risikokapital und der Ausarbeitung von Businessmodellen stärker unterstützen. Beteiligungskapital (Private Equity) und Risikokapital ist für die Gründung technologieintensiver Unternehmen und die Markteinführung von Innovationen unerlässlich. Bremen darf bei den Private-Equity-Investitionen nicht weiter zu den Schlusslichtern gehören. Die Bremer Aufbau-Bank muss sich stärker in der Frühphasenfinanzierung engagieren. Darüber hinaus wollen wir eine regionale Crowdfunding-Plattform aufbauen, über die sich eine private Unterstützergemeinschaft an der Finanzierung von Projekten und Unternehmen beteiligen kann („Schwarmfinanzierung“).

Die Digitalisierung unserer Gesellschaft schreitet immer weiter voran. Rund 80 Prozent der Bremerinnen und Bremer nutzen das Internet. Auch in der Industrie spielen intelligent vernetzte Systeme mit einer Vielzahl von beteiligten Menschen, IT-Komponenten und Maschinen eine immer wichtigere Rolle (Industrie 4.0). Software, die vom Smartphone aus bedient werden kann, übernimmt die Steuerung von Maschinen und Anlagen. Die bremische Industrie muss die Chancen dieser vierten industriellen Revolution nutzen. Dafür wollen wir Wirtschaft und Wissenschaft im Bereich Maschinenbau/Robotik durch ein professionelles Clustermanagement stärker vernetzen. Dem Robotics Innovation Center des Deutschen Forschungszentrums für Künstliche Intelligenz kommt dabei eine tragende Rolle zu. Die landesweite Qualifizierungsinitiative Robotik werden wir fortsetzen. Damit die Systeme und Akteure der Fabrik 4.0 in Echtzeit miteinander kommunizieren können, muss das schnelle Breitbandnetz im Land Bremen flächendeckend ausgebaut werden.

Innovationen und Digitalisierung dürfen auch vor der bremischen Verwaltung nicht Halt machen. Wir werden ein landesweites E-Government Programm auflegen, um den bürokratischen Aufwand für Meldevorgänge und Anträge zu reduzieren und eine sichere, medienumbruchfreie, elektronische Kommunikation mit Behörden zu ermöglichen. Unser Ziel ist eine einfache, schnelle und effiziente öffentliche Leistungserbringung.

Mittelstand stärken

Kleine und mittlere Unternehmen bilden das tragende Fundament der bremischen Wirtschaft. 99,2 Prozent der bremischen Betriebe gehören zum Mittelstand. Sie beschäftigen über drei Viertel aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und stellen über 80 Prozent aller Auszubildenden im Land Bremen. Unser Land ist deswegen wirtschaftlich so stark, weil es eine breit aufgestellte mittelständische Wirtschaft mit einer Vielzahl familien- und inhabergeführter Betriebe besitzt, die eine verantwortliche Unternehmenskultur pflegen, Innovationen voranbringen, gesellschaftliche Verantwortung übernehmen und sich dem Standort verbunden fühlen. Niemand repräsentiert besser als sie, was Soziale Marktwirtschaft bedeutet. Deswegen muss sich die bremische Wirtschaftspolitik an den Erfordernissen des Mittelstands ausrichten.

Kleine und mittlere Unternehmen haben häufig keine eigene Personalabteilung und können keinen Angestellten für die Beantragung von Fördermitteln abstellen. Sie sind besonders betroffen von überzogenen administrativen Anforderungen, Kontroll- und Informationspflichten. Es ist daher unser Ziel, bürokratische Belastungen, soweit sie aus Landesgesetzen und -verordnungen herrühren, zu reduzieren und Verwaltungsverfahren zu beschleunigen. Wir wollen Bremen zur Modellregion für eine wirtschaftsfreundliche Verwaltung machen. Gewerbliche Baugenehmigungen, Anträge und Neuanmeldungen von Unternehmen müssen von den zuständigen Behörden zügig bearbeitet werden. Geschieht dies nicht innerhalb einer definierten Frist, soll eine „Genehmigungsfiktion“ greifen. Exis-

tenzgründer wollen wir in den ersten zwei Geschäftsjahren von der Pflicht entbinden, ihre Einkommensteuer im Voraus zahlen zu müssen.

Die öffentlichen Vergabeverfahren im Land Bremen wollen wir einfacher, effizienter und flexibler gestalten, um die Teilnahme kleiner und mittlerer Unternehmen zu erleichtern. So werden wir die Wertgrenzen für beschränkte Ausschreibungen und freihändige Vergaben im Bremischen Tariftreue- und Vergabegesetz wieder auf das bis Anfang 2013 gültige Niveau anheben. Dabei muss sichergestellt sein, dass die Möglichkeiten für das vereinfachte Vergabeverfahren auch tatsächlich genutzt werden. Wir werden im Einklang mit den neuen EU-Regeln die Möglichkeit zur Verhandlung mit den Bietern im Bremischen Tariftreue- und Vergabegesetz verankern. Die geforderten Nachweise müssten auf das wirklich Notwendige reduziert und die Ausschlussmöglichkeiten von Unternehmen einzig aufgrund formaler Fehler verringert werden. In einem frühen Stadium soll eine einfache Erklärung als Eignungsnachweis ausreichen. Umfangreiche Nachweise und Bescheinigungen sollen nur von den Bietern angefordert werden, die für den Zuschlag in Betracht kommen. Damit entlasten wir die Unternehmen und senken die Hemmschwelle zur Teilnahme an öffentlichen Vergabeverfahren.

Die CDU Bremen steht zum gesetzlichen Mindestlohn. Missbräuchen muss nachgegangen werden. Allerdings dürfen überzogene Dokumentationspflichten nicht dazu führen, dass Arbeitnehmer und Betriebe nur noch damit beschäftigt sind, Zettel auszufüllen und nicht mehr zu ihrer eigentlichen Arbeit kommen. Wir wenden uns dagegen, bestimmte Branchen und Arbeitgeber von Minijobs unter einen Generalverdacht zu stellen. Deswegen muss bei der Arbeitszeiterfassung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bis zu einem Monatsbrutto von 2.958 Euro nachgebessert werden. Wir setzen uns auf Bundesebene für eine Gesetzesänderung ein, die den Realitäten in den kleinen und mittelständischen Unternehmen gerecht wird.

Handwerk fördern

Das bremische Handwerk ist mit rund 5.000 Betrieben, 30.000 Beschäftigten und einem Umsatz von rund 3 Mrd. Euro die „Wirtschaftsmacht von nebenan“. Kleine Unternehmen prägen das Bild des bremischen Handwerks: In drei von vier Betrieben sind weniger als zehn Personen tätig. Die Ausbildungsquote ist höher als in anderen Branchen. Rund ein Fünftel aller Auszubildenden in Bremen und Bremerhaven machen ihren Abschluss in einem Handwerksbetrieb. Das bremische Handwerk engagiert sich in hohem Maße für die Gesellschaft, etwa bei der Ausbildung von Jugendlichen mit Startschwierigkeiten sowie der Betreuung und Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen und Flüchtlingen. Dieses Engagement verdient unsere Anerkennung.

Der Meistertitel ist eine gewachsene und bewährte Qualifikation, die Qualität und Ausbildung im Handwerk sichert. Ihn, wie die EU-Kommission, als Berufsbeschränkung zu interpretieren, geht an der Sache vorbei. Die geringe Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland ist vor allem auf das erfolgreiche System der dualen Berufsausbildung zurückzuführen. Dieses kann jedoch nur funktionieren, wenn sich dauerhaft eine ausreichende Zahl von Betrieben daran beteiligt. Die Zahl der Ausbildungsplätze ist in den Gewerken, in denen die Meisterpflicht abgeschafft wurde, jedoch nachweislich gesunken. Von Meistern geführte Betriebe bieten die notwendige Qualifikation, Zuverlässigkeit und Stabilität für eine qualitativ hochwertige Berufsausbildung. Daher lehnen wir eine Herausnahme weiterer Handwerksberufe aus der Meisterpflicht ab.

Duale Ausbildung stärken, Berufseinstieg erleichtern

Nur mit qualifizierten Fachkräften kann die bremische Wirtschaft wettbewerbsfähig bleiben und ihr hohes Wachstums- und Beschäftigungsniveau halten. Wir treten für eine gleiche gesellschaftliche Anerkennung für Studium und berufliche Ausbildung ein. Der dualen Berufsausbildung mit ihrer engen Verbindung von Theorie und Praxis kommt dabei eine tragende Funktion zu. Sie bildet das Fundament für eine erfolgreiche Lebensgestaltung der jungen Generation und die geringe Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland.

Die Berufsschulen im Land Bremen dürfen nicht länger als Bildungseinrichtungen zweiter Klasse behandelt werden. Notwendig sind eine vorausschauende Standortplanung, eine ausreichende Stundenzuweisung, moderne Lehr- und Lernmittel sowie eine zeitgemäße technische Ausstattung der Ausbildungswerkstätten, die jeweils an dem entsprechenden Bedarf auszurichten sind. Unterricht durch fachfremdes Personal lehnen wir ab. Der Beruf des Berufsschullehrers muss wieder attraktiver werden, auch im Wettbewerb zum niedersächsischen Umland. Die von Rot-Grün geplante Absenkung von Ausbildungsstandards, um die Statistik zu schönen, lehnen wir ab. Das Land Bremen und seine beiden Kommunen müssen gegenüber den Berufsschulen ihrer Verantwortung gerecht werden. Dies gilt auch für die Zuschüsse des Landes zur überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung (ÜLU), die es kleineren Unternehmen im Handwerk ermöglicht, eine betriebsübergreifende, praxisbezogene Ausbildung anzubieten.

Angebot und Nachfrage nach betrieblichen Ausbildungsplätzen passen in Bremen und Bremerhaven nicht zusammen. Während hierzulande im Jahr 2013 200 Bewerberinnen und Bewerber keinen Ausbildungsplatz fanden, blieben 261 Ausbildungsplätze unbesetzt. Zu viele junge Menschen (im Schuljahr 2012/2013 waren es über 3.000), die eigentlich eine betriebliche Ausbildung suchen, nehmen an Maßnahmen des Übergangssystems teil, die nicht zu einem Berufsabschluss führen und die Chancen auf einen Ausbildungsplatz und den Berufseinstieg häufig nicht erhöhen. Um den Übergang von der Schule in eine Berufsausbildung zu verbessern, setzen wir auf Ausbildungs- und Lehrstellenbörsen sowie den verstärkten Einsatz von Berufseinstiegsbegleitern an Schulen.

Einige Absolventen, die das bremische Schulsystem verlassen, gelten als noch nicht ausbildungsreif. Die berufsvorbereitenden Maßnahmen für diese Jugendlichen müssen stärker an das duale System und die betriebliche Realität angebunden werden. Gerade vollschulische Angebote sind auf das notwendige Minimum zu beschränken; stattdessen muss das Instrument der praxisnahen Einstiegsqualifizierung stärker genutzt werden. Damit keine Jugendlichen mehr zwischen den verschiedenen Systemen (Schule, Jugendhilfe, Arbeitsförderung, Sozialhilfe) verloren gehen, wollen wir eine Jugendberufsagentur als „One Stop“ Anlaufstelle für Jugendliche ohne Berufsabschluss einrichten, in der die beteiligten Akteure kooperieren. Um die Zahl der Ausbildungsabbrüche zu verringern, bedarf es niedrigschwelliger Beratungs- und Konfliktschlichtungsangebote.

Mangelnde Sprachkenntnisse verringern die Chancen auf einen Ausbildungsplatz erheblich. Rund drei Viertel der Arbeitslosen mit Migrationshintergrund im Land Bremen haben keine abgeschlossene Berufsausbildung. Die Angebote zum allgemeinen und berufsbezogenen Spracherwerb müssen daher deutlich ausgebaut werden. Die beruflichen Bildungsträger sollen verstärkt begleitenden Deutschunterricht anbieten.

Arbeitsmarktchancen verbessern

Arbeit bedeutet für die meisten Menschen mehr als eine Tätigkeit, um Geld zu verdienen. Sie bietet zugleich Sinnstiftung und gesellschaftliche Teilhabe. Arbeitslosigkeit ist die häufigste Ursache von Armut und vieler damit zusammenhängender sozialer Probleme. Daher gehören die Schaffung neuer Jobs und der Abbau der Arbeitslosigkeit zu den wichtigsten Zielen in der nächsten Legislaturperiode. Mit einer klugen Wirtschaftspolitik sowie durch Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur schaffen wir die Voraussetzungen dafür. Insbesondere in der Industrie, in wissens- und forschungsintensiven Branchen sowie in den unternehmensnahen Dienstleistungen entstehen sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze. Deswegen müssen diese Betriebe am Standort gehalten werden.

Der Ausbau von „Coworking Spaces“ mit Büros, in denen Berufstätige gegen eine Nutzungsgebühr stundenweise pro Tag einchecken und arbeiten können, ist dafür eine Möglichkeit, die wir von der Kreativwirtschaft auf andere Bereiche ausdehnen wollen. Dazu wollen wir als Pilotprojekt ein „Smart Working Center“ mit dezentralen Büros, Besprechungsräumen, einem Rückzugsraum sowie einem Raum zur Kinderbetreuung realisieren.

Die Beschäftigung in Deutschland legt seit Jahren kräftig zu, auf dem bremischen Arbeitsmarkt kommt diese Entwicklung aber nur teilweise an. Bei den meisten neuen Stellen handelt es sich um unbefristete, sozialversicherungspflichtige Normalarbeitsverhältnisse. Gleichwohl üben flexible Beschäftigungsformen, wie Zeitarbeit, Minijobs und befristete Verträge eine wichtige Funktion als Sprungbrett in den Ersten Arbeitsmarkt aus. Fast zwei Dritteln der Arbeitslosen, die eine Stelle gefunden haben, ist das auf diesem Weg gelungen. Wer fordert, diese Beschäftigungsformen zurückzudrängen oder sogar ganz abzuschaffen, erweist vielen Arbeitssuchenden daher einen Bärendienst. Unser Ziel ist eine existenzsichernde Beschäftigung. Deswegen müssen „Aufstocker“ dabei unterstützt werden, über die Ausweitung ihrer Arbeitszeit oder die Erhöhung ihres Stundenlohns ihr Einkommen zu verbessern. Der Mindestlohn auf Bundesebene leistet dazu einen Beitrag. Die Regelungen für einen eigenen Bremischen Mindestlohn sind damit entbehrlich geworden.

Bremen weist von allen Bundesländern die höchste Arbeitslosenquote auf – ein Armutszeugnis für die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik von Rot-Grün. Selbst Berlin, das die Statistik über einen langen Zeitraum angeführt hat, verzeichnete zuletzt eine bessere Arbeitsmarktentwicklung und eine geringere Arbeitslosigkeit. Auch die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit ist im Land Bremen am höchsten, ebenso wie der Anteil der Langzeitarbeitslosen. Nötig ist daher neben Verbesserungen im bremischen Bildungssystem aus Sicht der CDU Bremen zweierlei: Abschlussbezogene, am Bedarf orientierte Qualifizierungsmaßnahmen sowie Beschäftigungsmöglichkeiten auch für Geringqualifizierte und Menschen mit Vermittlungshemmnissen.

Immer mehr bremische Betriebe finden keine passenden Bewerber für ihre freien Stellen. Durch eine passgenaue Qualifizierung von Arbeitslosen, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Anerkennung ausländischer Abschlüsse wollen wir insbesondere die Erwerbschancen von Frauen, älteren Menschen und Menschen mit Zuwanderungsgeschichte erhöhen. Die Bremer Vereinbarung für Ausbildung und Fachkräftesicherung werden wir diesbezüglich schärfen und weiterentwickeln. Wir wollen den nachträglichen Erwerb eines Berufsabschlusses über Teilqualifikationen, Ausbildung oder Umschulung forcieren. Die Zusammenarbeit zwischen den arbeitsmarktpolitischen Akteuren (Arbeitsagentur, Jobcenter, Tarifpartner, Kammern, Kommune, Träger) bei der Bildungszielplanung und der Ausgestaltung von Weiterbildungsmaßnahmen muss verbessert werden.

Doppelstrukturen bei Beschäftigungs- und Qualifizierungsträgern werden wir abbauen und die Maßnahmen regelmäßig auf ihren Erfolg kontrollieren. Maßstab soll in erster Linie sein, inwiefern sie die Beschäftigungschancen der Teilnehmer erhöhen. Mit dem eingesetzten Budget muss eine möglichst hohe Wirkung erzielt werden. Wir halten an dem Grundsatz des „Forderns und Förderns“ fest. Die Teilnahme an einer langfristigen Umschulung oder Weiterbildung wollen wir stärker honorieren, z. B. in Form einer Prämie. Gerade alleinerziehende Frauen benötigen außerdem mehr Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote in Teilzeit.

Angesichts der Probleme auf dem bremischen Arbeitsmarkt ist es unverständlich, dass die Jobcenter in Bremen und Bremerhaven dieses Jahr 4,5 Mio. Euro an Eingliederungsmitteln ungenutzt an den Bund zurückgeben. Diese Mittel stellt die Agentur für Arbeit für die Qualifizierung und Beschäftigungsförderung von Arbeitslosen aus dem Bereich SGB II zur Verfügung. Wir wollen, dass die Gelder vollständig zu diesem Zweck eingesetzt werden. Damit die Jobcenter längerfristig planen können, setzen wir uns dafür ein, dass nicht verbrauchte Eingliederungsmittel auf das Folgejahr übertragen werden können. Neben einem auskömmlichen Verwaltungskostenbudget halten wir es für notwendig, den Verwaltungsaufwand bei den Jobcentern zu reduzieren, um den Kostenanstieg zu bremsen. Dafür sollen das Arbeitslosengeld II sowie die kommunalen Leistungen für Unterkunft, Bildung und Teilhabe so weit wie möglich pauschaliert werden.

Das Arbeitskräftepotenzial von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte muss noch stärker genutzt werden. Den Zugang von Flüchtlingen und Asylbewerbern zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt wollen wir verbessern und das Anerkennungsverfahren für ausländische Berufsabschlüsse beschleunigen. Zu diesem Zweck soll das Projekt Nachqualifizierung zur Vorbereitung auf eine Externenprüfung fortgesetzt werden. Für arbeitssuchende Menschen mit Migrationshintergrund bilden Kompetenzfeststellung, Sprachstandserhebung und Beratung den Ausgangspunkt für weitere Maßnahmen, wie Förderung des Spracherwerbs und berufliche Orientierung. In Zusammenarbeit mit den Kammern wollen wir aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) ein Mentorenprogramm für Zuwanderer auflegen, die planen, sich als Unternehmer zu betätigen.

Verbraucher stärken

Verbraucherpolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Lebensbereiche betrifft: Von der Lebensmittelsicherheit und der finanziellen Lebensplanung über den Schutz persönlicher Daten bis hin zu Konsumentenrechten. Leitbild der CDU Bremen ist der informierte und eigenverantwortlich handelnde Verbraucher. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher zu starken Marktteilnehmern werden, die auf Augenhöhe mit den Anbietern agieren. Bevormundungen lehnen wir ab. Wir treten für eine moderne Verbraucherpolitik ein, die Sicherheit vor gesundheitlichen Gefahren und Täuschung bietet und ein größtmögliches Maß an Selbstbestimmung gewährleistet. Durch die Verbraucherministerkonferenz der Länder, die Stärkung der Stiftung Warentest und der Verbraucherzentralen sowie die Einrichtung des Wissenschaftlichen Beirates für Verbraucher- und Ernährungspolitik bei der Bundesregierung hat der Verbraucherschutz strategisch bereits deutlich an Gewicht gewonnen. Da der Verbraucherschutz jedoch im Wesentlichen Ländersache ist, müssen diese ebenfalls aktiv werden.

Die Verbraucherpolitik im Land Bremen ist in verschiedenen Fachressorts verankert. So ist der Gesundheitssenator für die Lebensmittelsicherheit und die Gewerbeaufsicht, der Wirtschaftssenator für den finanziellen Verbraucherschutz und die Landesbeauftragte für Da-

tenschutz für ebendiesen zuständig. Wir wollen den Verbraucherschutz in der nächsten Legislaturperiode in einem Ressort bündeln, um Widersprüche und Abstimmungsprobleme zu vermeiden und eine Verbraucherschutzpolitik „aus einem Guss“ zu ermöglichen. Die Koordinierung zwischen den Ländern muss verstärkt werden, damit diese in den wichtigsten Fragen zu einheitlichen Regeln kommen.

Verbraucherbildung und Alltagskompetenzen gehören zum Lehrauftrag der bremischen Schulen. Dafür bedarf es klarer Bildungsstandards in den Bereichen Gesundheit und Ernährung, Finanzen und Vorsorge, Recht, Energie und Konsum. Diese Themen müssen lebensnah vermittelt werden. Jugendliche sollen die Fähigkeit entwickeln, die Folgen ihres Konsumverhaltens für sich, die Gesellschaft und die Umwelt abzuschätzen. Schon in Kindergärten und Kindertagesstätten sollen Kinder erfahren und erleben, wie gesundes Essen schmeckt und wie es zubereitet wird. Für Erwachsene bedarf es zielgruppenorientierter Bildungsangebote an den Volkshochschulen in Bremen und Bremerhaven.

Die Lebensmittelkontrolle liegt in der Zuständigkeit der Länder. Wir wollen den zuständigen Lebensmittelüberwachungs-, Tierschutz- und Veterinärdienst des Landes Bremen personell so ausstatten, dass er Produktionsbetriebe, Verkaufsstellen, Großküchen und Restaurants regelmäßig kontrollieren kann. Der Abstand zwischen zwei Routinekontrollen darf nicht über dem Bundesdurchschnitt liegen.

Informationen sind der Schlüssel zu eigenständigen Entscheidungen. Im Lebensmittelbereich bedeutet dies, dass Produkte klar gekennzeichnet sein müssen und keine falschen Erwartungen wecken dürfen. Im Zuge der Novelle der Europäischen Lebensmittel-Informationsverordnung setzen wir uns dafür ein, dass aromatisierte Lebensmittel deutlich als „aromatisiert“ gekennzeichnet werden müssen. Für Stoffe, die nur ihrer Funktion wegen (z. B. als Geschmackverstärker) verwendet werden, sollen bei Zulassung und Deklaration die gleichen Regeln wie für Lebensmittelzusatzstoffe gelten.

Sicherheit gewährleisten - Null Toleranz für Kriminelle

Elementar für ein gutes Zusammenleben in unseren Städten und ein wesentlicher Standortfaktor ist die Gewährleistung der inneren Sicherheit und der öffentlichen Ordnung. Die CDU Bremen tritt als Partei der inneren Sicherheit allen Kriminalitätsformen konsequent entgegen. Rechtsfreie Räume oder jedwedem Verharmlosen von Straftaten dürfen nicht geduldet werden. Wir treten daher für eine konsequente Bekämpfung der Gewalt- und Alltagskriminalität ebenso ein wie für ein Einschreiten gegen politischen und religiösen Extremismus, Umweltstraftaten, Wirtschaftskriminalität, Steuerstraftaten und Korruption. Ein besonderer Schwerpunkt unserer Arbeit wird die nachhaltige Bekämpfung der Jugendgewalt sein.

Arbeit der Sicherheitskräfte unterstützen und wertschätzen

Die innere Sicherheit beruht in erster Linie auf guter Polizeiarbeit. Neben standortnahen Dienststellen ist insbesondere eine Präsenz auf den Straßen entscheidend, um das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen und Straftaten zuverlässig vorzubeugen. Durchführbar ist dies nur mit einer adäquaten personellen Ausstattung. Die CDU Bremen tritt für eine Zielzahl von 2.600 Polizeibeamten in Bremen und 480 in Bremerhaven ein. Gleichzeitig ist eine angemessene und aufgabengerechte materielle Ausstattung der Polizei unerlässlich. Daneben sind aus unserer Sicht die Arbeit der Feuerwehr, der Rettungsdienste, des Katastrophenschutzes und des Landesamtes für Verfassungsschutz von zentraler Bedeutung. Diese leisten einen wichtigen Beitrag zur Gewährleistung der inneren Sicherheit - auch bei ihnen ist eine aufgabengerechte personelle und materielle Ausstattung sicherzustellen. Die CDU Bremen sieht sich als Partner und Fürsprecher der Bediensteten bei Polizei, Feuerwehr, Rettungsdiensten, Katastrophenschutz und den übrigen Sicherheitsbehörden. Ihr Schutz vor Gewalt und Beleidigungen im Einsatz ist für die CDU Bremen ein essenzielles Anliegen. Ihre tagtägliche, aufopferungsvolle Arbeit ist maßgeblich für ein gutes Zusammenleben in unserer Gesellschaft und muss besonders geschützt und wertgeschätzt werden.

Kriminalität bekämpfen – Prävention und Zivilcourage fördern

Für die CDU Bremen ist das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger ebenso entscheidend wie die objektiv messbare Kriminalitätsbelastung. Statistisch gesehen geht die erfasste Kriminalität im Land Bremen zwar zurück, dennoch sind Bremen und Bremerhaven weiterhin zwei der am stärksten belasteten Großstädte in Deutschland. Dies bekommen die Menschen in unserem Land viel zu oft zu spüren. Die Aufklärungsquote bleibt im direkten Länder- und Großstädtevergleich deutlich unter dem Durchschnitt. Die CDU Bremen will die Kriminalitätsbelastung weiter senken.

Jugendkriminalität in den Griff bekommen

Kernanliegen der CDU Bremen ist die Bekämpfung von Jugendkriminalität. Auch in diesem Bereich muss es in erster Linie um Prävention gehen. So sind insbesondere vorbeugende Angebote in Schulen, Vereinen und Jugendeinrichtungen zu stärken. Wesentlich ist die engere Vernetzung der beteiligten Behörden, wenn es zu Auffälligkeiten oder zu einer Straftat kommt. Insbesondere im Alter des Heranwachsens ist es wichtig, dass erzieheri-

sche Maßnahmen und die eventuelle Bestrafung zeitnah nach der Tat vollzogen werden, um den Jugendlichen einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen Tat und deren Konsequenzen zu verdeutlichen. Bei Ersttätern reicht in aller Regel eine erzieherische Maßnahme in Verbindung mit einem Gespräch, um ihnen ihr Fehlverhalten deutlich zu machen und sie zur Einsicht zu bringen. Das Jugendstrafrecht bietet grundsätzlich ausreichende und angemessene Möglichkeiten, um individuell mit verschiedenen Straftaten und verschiedenen Tätertypen umzugehen.

Ein besonderes Augenmerk muss auf die jugendlichen und heranwachsenden Intensiv- und Schwellentäter gelegt werden. Also diejenigen, welche schon eine ausgeprägte kriminelle Karriere hinter sich haben oder auf dem Weg dorthin sind. Hierbei ist es leider meist nicht mehr mit einer einfachen erzieherischen Maßnahme getan. Nur durch ein ressortübergreifendes Handeln von Polizei, Justiz, Schule und den sozialen Diensten ist diesen Tätern beizukommen. Die CDU Bremen begrüßt die Einführung des sogenannten „Warnschussarrests“, welcher als Brücke zwischen Bewährungs- und Arreststrafe zum Einsatz kommen kann. Damit kann stark auffälligen Jugendlichen ein intensiverer Einblick in die Folgen ihrer Straftaten gezeigt werden, als dies bei einer Bewährungsstrafe möglich wäre. Bei bereits volljährigen Jugendlichen muss entschiedener die Anwendung des Erwachsenenstrafrechts erfolgen, um eventuellen Mehrfachtätern keinen dauerhaften Schutz durch das Jugendstrafrecht zu gewähren.

Häufig zeigt sich, dass jugendliche und heranwachsende Straftäter Schulverweigerer sind. Ziel muss daher eine konsequente Durchsetzung der Schulpflicht und eine breit ausgelegte Lehrstellenoffensive sein. Die CDU Bremen setzt sich für die Fortführung der sehr erfolgreichen Schulvermeiderprojekte, wie z. B. Strickleiter-Süd über 2014 hinaus ein. Notfalls müssen auch eine polizeiliche Begleitung von Schulschwänzern zur Schule und eine Sanktionierung von unwilligen Erziehungsberechtigten erfolgen, sofern keine Besserung wahrnehmbar ist.

Ältere Menschen vor Kriminalität schützen

Einhergehend mit der steigenden Lebenserwartung der Bürgerinnen und Bürgern nimmt die Kriminalität gegenüber älteren Menschen zu. Zu diesen Straftaten zum Nachteil älterer Menschen (SÄM) gehören vor allem verschiedene Arten des Trickbetruges. Ziel der CDU Bremen ist es, die Gesellschaft und insbesondere ältere Menschen für diesen Bereich durch Aufklärung zu sensibilisieren und damit etwaige Straftaten zu verhindern. Oftmals in großem Rahmen agierende Verbrecherbanden müssen konsequent verfolgt werden.

Präventionsarbeit ausbauen

Um Kriminalität gar nicht erst entstehen zu lassen, kommt der Prävention eine tragende Rolle zu. Die CDU Bremen sieht in der Prävention eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nicht allein durch behördliche Maßnahmen erfolgen kann. Eine Kultur der Zivilcourage muss gefördert werden, es darf sich keine „Kultur des Wegsehens“ manifestieren. Oftmals verhindert ein funktionierendes nachbarschaftliches Umfeld schon die Entstehung von neuen Straftaten. Die Bürgerinnen und Bürger unsere Städte müssen sensibilisiert werden, aufmerksamer zu sein. Neue Sicherheitstechnologien können Straftaten verhindern. Die vermehrte Nutzung von diversen Schutztechniken bei Gebäuden muss weiterhin ausgebaut werden, hierzu gehört für uns auch der flächendeckende Einsatz von künstlicher DNA zur Markierung von Gegenständen in gefährdeten Bereichen. Entscheidend ist zudem

oftmals die Hilfe vor Ort. Erfolgen muss dies durch eine aktive Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern, Präventionsräten und Kontaktbeamten. Nur ein enger Kontakt zwischen der Bevölkerung und der Polizei schafft Vertrauen. Die Polizei steht den Bürgerinnen und Bürgern auch im Vorfeld von Straftaten aufklärend und beratend beim Schutz ihres Eigentums zur Seite.

Kriminalitätsbrennpunkte und Angsträume entschärfen

Die CDU Bremen spricht sich für eine Ausweitung der Videoüberwachung an Kriminalitätsbrennpunkten aus. Die Videoüberwachung schafft mehr Sicherheit. Zum einen können Straftaten besser aufgeklärt und Täter leichter identifiziert werden und zum anderen wirkt Videoüberwachung abschreckend und damit präventiv. Überwachungsräume wie die Bremer Discomeile und der Bahnhofsvorplatz sind beizubehalten. Ziel ist es, dass Angstbereiche, wie z. B. Haltestellen, Unterführungen und der öffentliche Personennahverkehr, vermehrt durch Videotechnik, Beleuchtung und Präsenz von Sicherheitskräften abgebaut werden und das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger gestärkt wird.

Tatort Internet

Durch die fortschreitende Digitalisierung gibt es zahlreiche neue Bedrohungen. Eine moderne und effektive Bekämpfung von Cyberkriminalität ist unabdingbar. Die Fallzahlen in diesem Bereich steigen jährlich und auch die Art und Weise der Tatbegehung ändert sich ständig. Die Polizei muss für die Herausforderung der Cyberkriminalität technisch und personell gut aufgestellt sein, um diese Gefahren frühzeitig zu erkennen und wirkungsvoll zu bekämpfen. Entscheidend hierbei ist auch eine wirkungsvolle Vernetzung von Polizei und Justiz auf lokaler, nationaler, europäischer und internationaler Ebene. Dabei hat ein effektives Vorgangsbearbeitungssystem für die Polizei im Land Bremen eine besonders wichtige Rolle, um einen schnellen und wirkungsvollen Datenaustausch mit anderen Bundesländern und dem Bund zu ermöglichen. Auf europäischer und internationaler Ebene setzen wir uns für eine Ausweitung der Rechtshilfe ein, damit auch in Zeiten der Globalisierung eine effiziente Strafverfolgung gewährleistet wird.

Als unabdingbares Mittel zur effektiven Bekämpfung von schwersten Straftaten, setzt sich die CDU Bremen für gesetzliche Mindestspeicherfristen für Verbindungsdaten der Telekommunikation ein. Dabei müssen die Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes und des Bundesverfassungsgerichtes berücksichtigt werden. Kommunikationsinhalte dürfen weiterhin nicht abgehört, mitgeschnitten oder auf andere Weise erfasst werden. Nur mit Mindestspeicherfristen lassen sich schwerste Straftaten effektiv verfolgen und aufklären. Schwerstkriminelle dürfen keinen Vorsprung gegenüber den Strafverfolgungsbehörden haben.

Extremismus bekämpfen

Eine Gefahr für unser friedliches und demokratisches Zusammenleben bildet der politisch und religiös motivierte Extremismus. Sei es durch Rechtsextremismus, wie durch die erschreckenden Taten der NSU-Terrorzelle geschehen, durch Linksextremismus oder den religiösen Extremismus. Jegliche Form des Extremismus muss konsequent und mit aller Härte geahndet werden. Um der Radikalisierung und Gefahren vorzubeugen, setzt sich die CDU Bremen für geeignete Programme und Aufklärung ein. Die Arbeit der Vereine und

Verbände, wie im Sport, bei Feuerwehren, Wohlfahrtspflege, Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften, bestärken ein extremismusfreies Zusammenleben. Aussteigerprogramme aus extremistischen Kreisen müssen weiterhin bereit gestellt werden. Sie können die Grundlage bieten, um einen Übergang in das extremismusfreie Leben zu ermöglichen. Ein besonderes Augenmerk legt die CDU Bremen auf die Bekämpfung des internationalen Terrorismus, insbesondere des islamistisch geprägten. So gibt es in Bremen zahlreiche Islamisten, die hier um neue Unterstützung für ihre menschenverachtende Ideologie werben. Die CDU Bremen stellt sich diesen Strömungen entschlossen entgegen und fordert, jeglichen Anzeichen solcher Tätigkeiten mit allen rechtlichen Mitteln konsequent zu begegnen. Hierbei ist eine stärkere Kooperation und Vernetzung zwischen Bund und Ländern entscheidend. Bei verurteilten Extremisten aus dem Ausland muss eine schnelle Zurückführung in ihre Heimatländer erfolgen. Deutsche Extremisten, die im Ausland Straftaten begehen, müssen bei ihrer Rückkehr konsequent strafrechtlich belangt werden. Wer religiösen Hass predigt oder Gewalt zur Durchsetzung seiner Ziele begrüßt oder anwendet, der missachtet unsere freiheitlich demokratische Grundordnung.

Unabdingbar für eine wehrhafte Demokratie sind ein personell und materiell ausreichend ausgestatteter Verfassungsschutz und eine institutionalisierte Zusammenarbeit der Verfassungsschutzbehörden. Auch die Zusammenarbeit mit anderen Sicherheitsbehörden muss stärker ausgebaut werden. Wichtige Mittel sind hierbei die Rechtsextremismus-Datei und die Anti-Terror-Datei. Es muss eine gemeinsame Verbunddatei für die Bekämpfung von Links- und für Ausländerextremismus geschaffen werden.

Strategie gegen organisierte Kriminalität und Drogenkriminalität

Ein wichtiges Anliegen der CDU Bremen ist die konsequente Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Egal, ob sie von kriminellen ethnischen Clans, Rockerbanden oder anderen Gruppierungen verübt wird, sie beeinträchtigt das Sicherheitsgefühl der Menschen, vor allem durch das martialische Auftreten, in unserem Land stark. Eine Ansiedlung von kriminellen Gruppen und Clans in Bremen und Bremerhaven muss konsequent mit allen möglichen rechtlichen Mitteln verhindert werden. Die teilweise vorhandenen rechtsfreien Räume und der organisierten Kriminalität muss mit einer Null-Toleranz-Strategie begegnet werden.

Ein besonderes Augenmerk erfordert weiterhin die Rauschgiftkriminalität, auch aufgrund der damit einhergehenden Beschaffungskriminalität. Die CDU Bremen setzt sich in Bremen und Bremerhaven für die Einrichtung von drogenfreien Bereichen ein. Bisher gilt in Bremen und Bremerhaven, dass der Besitz von Betäubungsmitteln zum Eigenbedarf strafrechtlich nicht verfolgt wird. Zum Schutz von Kindern und Jugendlichen und als Beitrag zur Erhöhung der Sicherheit sollen insbesondere vor Schulen, Kindergärten und an Kriminalitätsschwerpunkten diese Eigenbedarfsausnahmen bei der Strafverfolgung nicht mehr gelten und jedweder Besitz von Betäubungsmitteln strafrechtlich verfolgt werden. Den Strafverfolgungsbehörden werden durch die Einrichtung der drogenfreien Bereiche mehr Instrumente an die Hand gegeben, um die Drogenkriminalität an besonders sensiblen Orten bekämpfen zu können. Die Dealer können sich nicht mehr hinter den Eigenbedarfsgrenzen verstecken.

Drogenabhängige sind krank und sie bedürfen medizinischer und therapeutischer Hilfe. Die Legalisierung geringer Mengen für den Eigengebrauch, eine staatliche Abgabe von illegalen Drogen oder die Bereitstellung von Drogenkonsumräumen lehnt die CDU Bremen ab, da dadurch keine Verringerung der Abhängigkeit und der Beschaffungskriminalität

erfolgt. Eine Duldung von offenen und bekannten Drogenszenepunkten wird entschieden abgelehnt. Eine Verharmlosung von jeglichen Rauschgiftarten ist nicht zu akzeptieren. Es müssen insbesondere Kinder und Jugendliche über die Gefahren von Drogen aufgeklärt und vor den damit einhergehenden Gefahren geschützt werden.

Opferschutz vor Täterschutz

Nach dem Prinzip Opferschutz vor Täterschutz fordert die CDU Bremen einen Opferschutzbeauftragten, welcher gefährdete Zeugen und minderjährige Opfer unterstützt und Maßnahmen zur psychosozialen Betreuung für Verbrechenopfer koordiniert. Oftmals für das Opfer belastende Mehrfachvernehmungen sollten, wenn möglich, vermieden werden. Es müssen Standards für eine Verbesserung des Opferschutzes im Strafverfahren geschaffen werden. Insbesondere müssen Geschädigte besser als bisher bei der Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen und Schmerzensgeld unterstützt werden. Einen wichtigen Beitrag können hierbei Opferhilfeeinrichtungen erbringen. Dazu ist deren Finanzierung sicherzustellen und auch die Koordinierung zwischen den diversen Einrichtungen ist notwendig. Des Weiteren muss der Opferschutz einen stärkeren Stellenwert in der Aus- und Fortbildung von Polizeibeamten und Bediensteten des Justizsystems bekommen. Förderlich ist hierbei die Erstellung eines Opferhilfeleitfadens.

Bürgernehe Justizdienstleistungen

Die CDU Bremen setzt sich für eine bürgernahe und leistungsstarke Justiz ein. Wir setzen uns für kürzere Verfahrensdauern in allen Gerichtsbarkeiten ein. Entscheidend ist hierfür eine angemessene personelle Ausstattung der Justiz. Eine Verbesserung der Aus- und Weiterbildung von Juristen ist anzustreben.

Für eine gut und zügig arbeitende Justiz ist Effizienz von zentraler Bedeutung. Unnötige Bürokratie ist deshalb zu vermeiden. Die CDU Bremen fordert daher, dass regelmäßig auch im Land Bremen die Justiz auf unnötige Bürokratie überprüft wird. Insgesamt muss die Verfahrensdauer auf allen Ebenen gesenkt werden. Dies ist nicht nur für Geschädigte wichtig, sondern führt auch zu einer stärkeren kognitiven Verknüpfung zwischen Tat und eventueller Bestrafung bei den Tätern. Verfahrensdauern sind neben dem Strafrecht ebenfalls im Privatrecht zu verkürzen. So sind Schiedsverfahren und Mediation grundsätzlich bei privaten Rechtsstreitigkeiten zu begrüßen, denn sie können die Justiz entlasten. Die Arbeit des äußerst erfolgreichen Täter-Opfer-Ausgleichs und dessen angeschlossenen Stalking-Kriseninterventionsteams ist weiterhin zu unterstützen und abzusichern. Neben der bereits stattfindenden engen Kooperation einzelner Gerichte mit dem Bremer Umland muss auch eine Zusammenlegung von weiteren Obergerichten und der Generalstaatsanwaltschaft geprüft werden. Hierdurch kann es durch Synergieeffekte zu Effizienzsteigerungen und zu Kosteneinsparungen kommen.

Strafvollzug

Kernziele des Strafvollzugs müssen weiterhin die Resozialisierung und der Schutz der Bevölkerung vor Straftätern sein. Insbesondere muss der Schutz vor nicht resozialisierbaren Schwerstkriminellen sichergestellt werden. Bei ausländischen Straftätern muss auch die Ausweisung als Mittel angewendet werden, sofern dieses rechtlich möglich ist. Zur Resozialisierung ist die Arbeit der sozialen Dienste in der Justiz zu stärken und die Zusammen-

arbeit mit externen Hilfsorganisationen auszubauen. Ein Schulabschluss und eine Ausbildung während der Inhaftierung sind hierbei die besten Möglichkeiten, um Straftätern auch in Zukunft eine Perspektive im zivilen straffreien Leben zu bieten. Des Weiteren ist die Arbeitspflicht von Strafgefangenen wichtig, weil durch Aneignung von Fähigkeiten und Fertigkeiten eine schnellere Eingliederung in das Leben nach der Entlassung ermöglicht wird. Die Ausweitung des Arbeits- und Bildungsangebots in Kombination mit therapeutischen Maßnahmen im Strafvollzug ist hierbei notwendig. Verknüpft werden muss dies mit systematischen Wirksamkeits- und Erfolgskontrollen.

Sexuellen Missbrauch konsequent verfolgen

Die CDU Bremen setzt sich für die konsequente Verfolgung von Sexualstraftaten ein. Vor dem Hintergrund stetig steigender Einstellungsquoten und noch dazu sinkender Verurteilungsquoten sind gesetzliche Änderungen im Sexualstrafrecht erforderlich, um die Opfer besser zu schützen und Strafbarkeitslücken zu schließen.

Die CDU Bremen setzt sich dafür ein, dass der sexuelle Missbrauch Widerstandsunfähiger (§ 179 Abs. 1 StGB) wie bereits die sexuelle Nötigung zum Verbrechen mit einer Mindeststrafandrohung von einem Jahr Freiheitsstrafe und einer Höchststrafe von 15 Jahren wird. Die CDU Bremen tritt darüber hinaus für das Schließen von Strafbarkeitslücken bei sexueller Nötigung/Vergewaltigung ein. Diese Tatbestände wollen wir auch auf überraschende Angriffe bzw. auf Fälle ausweiten, bei denen aufgrund der Gesamtumstände mit einer Zustimmung des Opfers zu sexuellen Handlungen nicht zu rechnen ist.

Wir wollen die Einlagerung von Spurenmaterial von Opfern sexueller Übergriffe, die sich zunächst für eine anonyme Spurensicherung entschieden haben, an die gesetzliche Verjährungsfrist von Sexualdelikten anpassen. So wollen wir die Möglichkeit für Opfer erweitern, auch zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen einer Anzeigeerstattung auf das in Krankenhäusern gelagerte Spurenmaterial zurückzugreifen.

Gerade bei Sexualdelikten ist die Unterstützung der Opfer von besonderer Bedeutung, um eine Retraumatisierung durch das Strafverfahren zu vermeiden. Deshalb setzen wir uns für eine gesetzliche Verankerung der psychosozialen Prozessbegleitung ein.

Leistungsfähige Feuerwehren und Rettungsdienste

Eine wichtige Aufgabe zur Sicherung der Bevölkerung trägt die Feuerwehr in Bremen und Bremerhaven bei. Nur durch das Engagement der Feuerwehrbeamten und deren Bereitschaft, Überstunden zu leisten, kann der Brandschutz überhaupt gewährleistet werden. Die CDU Bremen setzt sich für eine schnelle Aufstockung der Feuerwehrbeamten ein und lehnt weitere Kürzungen in diesem Bereich ab. Daneben ist eine zeitgemäße, technische Ausstattung erforderlich, um effizient Gefahren abzuwehren und Einsatzkräfte zu schützen. Um den Brandschutz im gesamten Bremer Gebiet zu gewährleisten, wollen wir eine weitere Feuerwehrwache im Nordosten der Stadt. Es darf beim Brandschutz keine Unterschiede zwischen verschiedenen Wohnlagen geben.

Einen wichtigen Dienst erbringen, neben der Berufsfeuerwehr, die Freiwillige Feuerwehren im Land Bremen. Die zahlreichen ehrenamtlichen Kräfte sind eine unverzichtbare Größe als Unterstützung und Ergänzung der Berufsfeuerwehr und als Helfer im Zivil- und Katast-

rophenschutz. Auch die ausgezeichnete Arbeit der Jugendfeuerwehren muss weiter unterstützt werden. Sie bildet nicht nur den Nachwuchs für die spätere Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr aus, sondern sie gibt den Jugendlichen auch wichtige Werte mit auf den Weg.

Neben den Feuerwehren vollbringen die zahlreichen Mitglieder in den Rettungsdiensten, dem Technischen Hilfswerk und in anderen Hilfsorganisationen einen ebenso wertvollen Dienst. Gezeigt hat sich das ehrenamtliche Engagement beispielsweise bei der Flutkatastrophe 2013 in Ostdeutschland, wo auch viele Helfer aus Bremen zugegen waren. Das Anliegen der CDU Bremen ist es, dass all diese Organisationen, samt ihrer Helferinnen und Helfer, weiterhin unterstützt werden.

Ehrenamt

Gerade in Zeiten des demographischen Wandels nimmt die Bedeutung des Ehrenamts immer weiter zu, und tatsächlich betätigen sich viele Menschen ehrenamtlich, sei es in den Bereichen Soziales, Kultur, Sport oder auch in der Kommunalpolitik. Ehrenamtlich Tätige stärken den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und verdienen daher Unterstützung. Ohne ihre aufopferungsvolle Arbeit wäre vieles in Bremen und Bremerhaven nicht möglich. Wir wollen das Ehrenamt stärken und engagierte Menschen von Bürokratie und anderen Hürden befreien. Die CDU Bremen setzt sich insbesondere dafür ein, dass auch ältere Menschen in bestehende Freiwilligendienste eingebunden werden. Das Erfolgsmodell Bundesfreiwilligendienst wollen wir weiterführen. Auch die Gewinnung von jungen Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund für ein Ehrenamt halten wir für zukunftsweisend.

Die CDU Bremen spricht sich für eine bessere Anerkennung und Förderung des bürgerschaftlichen Engagements aus. Insbesondere muss das Ehrenamt durch steuerliche Vergünstigungen, versicherungstechnische Absicherungen und Fortbildungsangebote gestärkt werden. Wesentlich ist beispielsweise der Erhalt der Übungsleiterpauschale, mit der auch Ehrenamtliche in verschiedensten Bereichen einen kleinen Obolus für ihre Dienste als Aufwandsentschädigung erhalten können. Zu überprüfen ist, wie das Zusammenspiel zwischen Beruf und Ehrenamt für die Menschen in der Realität ausfällt und ob es nicht auch hier Verbesserungsinitiativen zur Stärkung des Ehrenamts geben kann. Auch die Arbeit von Freiwilligenagenturen und Bürgerstiftungen sind von zentraler Bedeutung. Die Verwaltung im Land Bremen hat das ehrenamtliche Engagement zu unterstützen. Wichtig ist hier eine schnelle und unbürokratische Hilfe bei konkreten Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen und Verbänden.

Sport

In den rund 450 Sportvereinen im Lande Bremen engagieren sich ungefähr 160.000 Mitglieder. Die CDU Bremen setzt sich für den Erhalt des vielfältigen Sportangebots ein, sei es der Breitensport, der Leistungssport oder auch der Individualsport. Die Vereine und Verbände des Sportes sind essenziell für die Bremer Sportkultur.

Bei den Bremer Bädern gibt es einen Sanierungsstau von über 35 Mio. Euro. Wir setzen uns für einen dauerhaften Betrieb der Bäder ein. Dies kann nur gelingen, wenn die Bäder ordnungsgemäß gewartet, saniert und stetig modernisiert werden. Investitionen dürfen nicht

in eine unabsehbare Zukunft geschoben werden, sondern müssen, eingebettet in ein wirkliches Bäderkonzept, mit einem realistischen Zeitplan versehen werden.

Für die CDU Bremen darf es - trotz der kritischen Haushaltslage im Lande Bremen - zu keinen Einbußen in der Sportförderung kommen. Insbesondere die Gewährung von Zuschüssen an Sportvereine durch staatliche Glücksspieleinnahmen ist weiterhin aufrechtzuerhalten. Eine Auflösung des staatlichen Glücksspielmonopols darf neben dem Suchtschutz auch aus diesem Grunde nicht vorgenommen werden. Die meisten Sporthallen im Land Bremen müssen dringend saniert werden. Vor allem durch eine energetische Sanierung können die laufenden Betriebsausgaben zukunfts fest verringert werden. Wir setzen uns deswegen mit Nachdruck für ein Sanierungsprogramm für die Sporthallen im Land Bremen ein, welches insbesondere die energetischen Anforderungen an den wirtschaftlichen Betrieb der Sporthallen berücksichtigt.

Wir wollen die Möglichkeit verbessern, dass Menschen mit und ohne Behinderungen gemeinsam Sport treiben können. Entscheidend ist hierbei auch der Bau von barrierefreien Sportstätten; dies wollen wir bei der Sanierung und dem Neubau von Sportstätten stärker berücksichtigen.

Neben dem Breitensport ist der Leistungs- und Profisport eine wesentliche Säule des Sports in Bremen und Bremerhaven. Wir wollen diesen Bereich weiter fördern und verlässliche Rahmenbedingungen für Sportler, Vereine und Veranstalter schaffen.

Moderne bürgernahe Verwaltung - langfristig denken, solide Haushalten

Haushalte konsolidieren und Finanzen in Ordnung bringen

Die Städte Bremen und Bremerhaven haben eine lange geschichtliche Tradition. Um auch weiterhin Bremens Eigenständigkeit bewahren zu können, bedarf es einer soliden Finanzpolitik. Der finanzielle Handlungsspielraum ist arg begrenzt und benötigt eine richtige Schwerpunktsetzung. Die CDU Bremen steht für eine seriöse, kompetente und nachhaltige Finanzpolitik, die sich an die vorhandenen Verhältnisse anpasst und zukünftige Generationen nicht überfordert.

Die Gesamtverschuldung des Landes Bremen ist mit über 20 Mrd. Euro immens. Umgerechnet auf die Bevölkerung ist dies eine Verschuldung von rund 30.500 Euro pro Kopf, mit welcher das Land Bremen mit großem Abstand Spitzenreiter in Deutschland ist. Allein durch die Zinszahlungen für die Altschulden entstehen unserem Land und den beiden Gemeinden jährlich Kosten von rund 650 Mio. Euro. Der immer größer werdende Schuldenberg begrenzt den Handlungsspielraum zukünftiger Generationen. Dabei ist sich die CDU Bremen bewusst, dass dies die schwierigste Aufgabe der Zukunft ist.

Ziel der CDU Bremen ist eine auskömmliche, dauerhafte und verlässliche Finanzausstattung des Landes Bremen und seiner beiden Gemeinden. Nur wenn es dem Land Bremen gelingt, die ab 2020 für die Länder verbindlich geltenden Schuldenbremse einzuhalten, ist es möglich, dass das Land Bremen auch langfristig seine Handlungsfähigkeit und Eigenständigkeit bewahrt. Die bisherige rot-grüne Politik des Schuldenmachens ist gescheitert und das Problem wächst von Tag zu Tag. Wichtige Zukunftsinvestitionen wurden von Rot-Grün nicht getätigt, sodass das Potenzial Bremens in Zukunft nicht vollständig genutzt wird. Erst auf Bestreben der CDU Bremen wurde eine zuverlässige Schuldenbremse in die bremische Landesverfassung aufgenommen, denn aktuelle Lasten dürfen nicht unbegrenzt in die Zukunft verschoben werden. Um den immer weiter wachsenden Ausgaben zu begegnen, erfordert es einer richtigen Schwerpunktsetzung und einer konsequenten Aufgabenkritik. Dabei muss jede Aufgabe und etwaige Ausgabe strikt auf ihre Notwendigkeit und ihre Wirksamkeit hin überprüft werden. Wichtige Investitionen in unsere Infrastrukturen dürfen nicht vernachlässigt werden. Eine falsche Schwerpunktsetzung darf nicht zu einer Gefährdung der Entwicklung der beiden Städte Bremen und Bremerhaven führen. Kernpunkte der CDU Bremen sind Sparsamkeit, Ausschöpfen der Einnahmemöglichkeiten, der effektive Umgang mit Haushaltsmitteln und eine Stärkung der Bremer Wirtschaftskraft.

Steuererhöhung schließt die CDU Bremen aus. Die Steuereinnahmen sind bundesweit seit 2005 um 40 Prozent gestiegen. Diese Entwicklung verdeutlicht, dass es trotz der Finanz- und Wirtschaftskrise kein Einnahmeproblem für die Länder gibt. Zur Sicherung der Steuerbasis der Freien Hansestadt Bremen setzt die CDU Bremen auf eine Politik für Wachstum, Einwohnergewinnung und Beschäftigung.

Der für Bremen wichtige Länderfinanzausgleich (LFA) und der Solidarpakt II laufen Ende 2019 aus. Dennoch bedarf das Land Bremen auch über 2020 hinaus der finanziellen Unterstützung durch die anderen Länder und den Bund. Die CDU Bremen setzt sich für eine Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ab 2020 ein. Die im Grundgesetz verankerten Grundsätze der „Deckung der notwendigen Ausgaben“ und der „Herstellung und Wahrung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ müssen auch weiterhin Rechnung getragen werden. Ziel muss es sein, eine dauerhafte, verlässliche und auskömmliche Finanzausstat-

tung der Länder sicherzustellen. Fehlanreize für die Länder müssen beseitigt werden. Einnahmeerhöhungen dürfen durch den LFA nicht an anderer Stelle durch ein kompliziertes System fast vollständig nivelliert werden.

Auch die Altschuldenproblematik lässt sich nur im gesamten Kontext der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen lösen. Die CDU Bremen setzt sich für einen Altschuldentilgungsfonds ein. Der Bund übernimmt dabei die Zinszahlungen für die Altschulden der Länder. Zur Finanzierung der Zinszahlungen erhebt und verwendet der Bund den bisherigen Solidaritätszuschlag über 2019 in Form einer Ergänzungsabgabe weiter. Die Länder sollen im Gegenzug ab 2020 mit der Tilgung ihrer Altschulden beginnen.

Die CDU Bremen setzt sich bei der Zerlegung der Lohn- und Einkommensteuer dafür ein, dass sie je zur Hälfte an der Arbeitsstätte und am Wohnort zerlegt wird. Dies würde einen Anreiz für die Länder und Gemeinden zur Stärkung ihrer Wirtschaftskraft setzen und die vornehmlich am Wohnort genutzten Infrastrukturen können weiterhin erhalten und in angemessenem Umfang finanziert werden.

Verwaltung modernisieren - Mitarbeiter motivieren

Die CDU Bremen setzt sich für eine leistungsfähige und effiziente Verwaltung ein. Ein großes Potenzial liegt im Abbau von Doppelstrukturen und der Zentralisierung von Stabs- und Serviceaufgaben in den Ressorts. Neben Kosteneinsparungen kann dies auch zu einer Effizienzsteigerung führen. Auch die Zusammenlegung von Institutionen mit dem Bremer Umland darf hierbei kein Tabu sein. Eine engere Kooperation der Länder Bremen und Niedersachsen ist von Vorteil. Als Beispiel kann die 2002 vorgenommene Zusammenlegung der oberen Gerichte in der Sozialgerichtsbarkeit zum Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen genannt werden. Weitere Zusammenlegungen von Oberlandesgerichten und Generalstaatsanwaltschaften und beispielsweise der statistischen Landesämter müssen daher geprüft werden. Ein besonderes Augenmerk legen wir auf das Stadtamt als zentrale Anlaufstelle für bürgernahe Verwaltungsdienstleistungen. Das Stadtamt wollen wir personell und materiell so ausstatten, dass es seine Aufgaben vollumfänglich wahrnehmen kann. Insbesondere das Amt für Integration und Zuwanderung (Ausländeramt) gilt es angesichts der stark steigenden Flüchtlingszahlen personell besser auszustatten.

Ein Konsolidierungskurs, der einseitig zu Lasten der Beschäftigten im öffentlichen Dienst durchgeführt wird, wird durch die CDU Bremen nicht akzeptiert. Das Senken der Personalkosten darf nicht länger durch eine einseitige „Rasenmähermethode“ erfolgen. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst müssen wieder gewertschätzt, ihre berufliche Entwicklung bestmöglich gefördert und ihre Leistung gerecht, konkurrenzfähig und angemessen besoldet und entlohnt werden; willkürliche Ungleichbehandlungen lehnen wir ab. Nur gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im öffentlichen Dienst können die Herausforderungen der Zukunft gemeistert werden. Die Anpassung der Versorgungsleistungen der Beamten an die der Rentenversicherung ist zu prüfen. Neben finanzpolitischen Gründen ist dies eine Frage der Gerechtigkeit. Insgesamt muss der Staat vermehrt Rücklagen für die Altersversorgung seiner Beschäftigten bilden, um nicht alle Lasten in die Zukunft zu verschieben. Die Attraktivität des öffentlichen Dienstes muss auch in Zukunft für junge, qualifizierte und insbesondere für Menschen mit Migrationshintergrund gewahrt bleiben.

Die zahlreichen bremischen Gesellschaften und Eigenbetriebe sind einer regelmäßigen Wirtschaftlichkeitsprüfung zu unterziehen und auf ihre Form der Beteiligung zu überprüfen. Die von den Städten und vom Land entsendeten Aufsichtsräte müssen zusätzlich auf

ihre Eignung untersucht werden. Mahnende Beispiele finden sich zahlreich in anderen Ländern, in welchen Aufsichtsräte nicht das nötige fachliche Rüstzeug für die verantwortungsvollen Tätigkeiten mitbringen. Die CDU Bremen fordert, dass die Qualifikation der Aufsichtsräte und weitere Fortbildungen auch während der Aufsichtsrats­tätigkeit im Zentrum stehen müssen. Steuergelder müssen auch hier mit hoher Qualifikation verwaltet werden.

Eine effiziente Verwaltung setzt eine handlungsfähige Regierung und kurze Entscheidungswege voraus. Deshalb setzen wir uns für eine Richtlinienkompetenz des Präsidenten des Senats ein.

Politik und Verwaltung nahe am Bürger

Unumgänglich ist die Modernisierung des öffentlichen Dienstes hin zu mehr Bürgernähe, einem effizienten Nutzen von Ressourcen und der Konzentration auf die Kernaufgaben des Staates. Wir wollen die Eigenverwaltungsquote der Bremischen Verwaltung und der Eigenbetriebe durch die Verbesserung von Arbeitsabläufen und eine verbesserte Steuerung des Personaleinsatzes senken. Auch die Chancen, die uns die zunehmende Digitalisierung bietet, dürfen nicht ungenutzt bleiben. Anfallende Kosten und aufgebrauchte Zeit für die Übermittlung von Mitteilungen könnten auf ein Minimum reduziert werden, wenn vermehrt moderne Kommunikationsmittel genutzt würden. Zudem birgt eine zeitlich und räumlich flexible Verwaltung immense Vorteile. Flexible Arbeitszeitmodelle wie Lebenszeitkonten, Teilzeitmodelle, Home-Office, Altersteilzeit, Familienpflegezeit und doppelte 30 Stunden Woche für Eltern, sollten auch im öffentlichen Dienst verstärkt angeboten werden.

Im Zuge der Digitalisierung nimmt der Bereich des E-Governments unweigerlich zu. Gemeint ist hierbei die Nutzung von digitalen Informations- und Kommunikationstechniken zwischen verschiedenen Behörden sowie zwischen Behörden und Unternehmen und dem normalen Bürger. Die Vereinfachung von Kommunikation, Information und Transaktionen steht hierbei im Mittelpunkt. Mit weitestgehend standardisierten Abläufen über das Internet lässt sich beispielsweise der zeitaufwendige Gang zur zuständigen Behörde vermeiden. Öffnungszeiten von Behörden könnten zunehmend an Bedeutung verlieren, welches für ein neues Maß an Flexibilität sorgen würde. Eine Ausweitung des Online-Angebots und der weiteren Automatisierung der Abläufe der Behörden ist zwingend erforderlich. Neben dem Bürger würde insbesondere auch die Wirtschaft von einem beschleunigten Abarbeiten von Anträgen und der schnellen Suche nach Informationen profitieren. Für einen verantwortungsbewussten Umgang mit elektronischen Medien sind Datensicherheit und Datenschutz unerlässlich und müssen konsequent den neuesten Entwicklungen und Erfordernissen angepasst werden. Andere Städte zeigen bisher, welches Potenzial E-Government besitzt. Die CDU Bremen fordert, dass sich das Land Bremen mit an die Spitze in Sachen elektronischer Verwaltung stellt. Um kleinen und mittleren Unternehmen die Bewerbung um öffentliche Aufträge zu erleichtern und das Verfahren transparent und nutzerfreundlich zu gestalten, werden wir eine zentrale Servicestelle für öffentliche Vergaben einrichten. Diese bündelt und vereinheitlicht die unterschiedlichen Regelwerke und Formulare der über 80 bremischen Vergabestellen und stellt alle öffentlichen Vergabe- und Auftragsverfahren für Werk- und Dienstleistungen auf eine elektronische Vergabepattform ein. Die zentrale Vergabestelle fungiert auch als Beratungs- und Servicestelle für Unternehmen.

Bürgerbeteiligung und Beiräte stärken

Entscheidend für eine christdemokratische Politik im Land Bremen ist die aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Zahlreiche Bremerinnen und Bremer übernehmen schon jetzt Verantwortung, indem sie sich kommunal in den Beiräten, in Betriebsräten, als Eltern- oder Schülervertreter, in Bürgerinitiativen oder in politischen Parteien engagieren. Nur durch den engen Kontakt der Menschen in unserer Gesellschaft lässt sich Demokratie leben.

Wichtige Entscheidungen werden in Bremen auf unterschiedlichsten Ebenen getroffen. Sei es in der Bremischen Bürgerschaft, der Stadtbürgerschaft, der Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven oder in den Beiräten. Wichtig ist, dass Entscheidungen möglichst nahe bei den betroffenen Menschen beschlossen werden. Eine zentrale Rolle im politischen System des Landes Bremen fällt auch den zahlreichen Deputationen zu, in denen sachkundige Bürgerinnen und Bürger mitwirken.

Die CDU Bremen setzt sich auch weiterhin im Sinne der Subsidiarität für eine lebendige Stadtteildemokratie ein. Die Beiräte in der Stadtgemeinde Bremen wissen am besten über die aktuellen Bedürfnisse der Menschen in den einzelnen Stadtteilen Bescheid. Aufgrund ihrer Verwurzelung in den jeweiligen Stadtteilen sind sie oftmals die ersten direkten Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Ziel der CDU Bremen ist es, die Beiräte weiter zu stärken, beispielsweise durch die Erweiterung der Beiratsrechte, der Durchführung von Planungskonferenzen und dem vermehrt zu nutzendem Rederecht der Beiratssprecher in der Stadtbürgerschaft. Zusätzlich ließe sich insbesondere durch die Einführung eines Stadtteilbudgets die Gestaltung vor Ort durch die Beiräte verbessern. Weiterhin müssen auch gezielt Jugendliche und junge Menschen in das politische Geschehen im Land Bremen einbezogen werden. Dies kann unter anderem durch Jugendbeiräte geschehen.

Die regelmäßig tagende Konferenz der Beiratssprecher aus den 22 Stadtteilen dient dem Austausch der verschiedenen Beiräte. Neben dem Erfahrungsaustausch können auch durch Koordination und Kooperation stadtteilübergreifende Projekte zusammen realisiert werden. Ziel ist es, auch weiterhin die beiratsübergreifende Zusammenarbeit zu stärken. Der ständige Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte hat sich in der Vergangenheit jedoch nicht bewährt. Eine Stärkung der Beiräte ist hierbei nicht zu erkennen, da sie selbst über kein Stimmrecht verfügen. Im Sinne des Verwaltungs- und Bürokratieabbaus fordert die CDU Bremen die Abschaffung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte. Die Arbeit dieses Ausschusses kann auf anderer bereits bestehender Ebene weitaus besser fortgeführt werden.

Die CDU Bremen setzt sich für verbesserte Rahmenbedingungen für Volksbegehren und Volksabstimmungen ein. Der Bürger muss einfach und unkompliziert seine Rechte in Anspruch nehmen können. So wurden in der Vergangenheit bereits auf Initiative der CDU Bremen die Quoren für Bürgeranträge und Volksbegehren sowie von Volksentscheidungen im Lande Bremen gesenkt.

Insbesondere bei Großvorhaben ist eine starke Bürgerbeteiligung sinnvoll und notwendig. Negative Beispiele im Bereich von großen Infrastrukturprojekten aus anderen deutschen Großstädten zeigen, dass insbesondere die frühzeitige Einbindung von Bürgern und Bürgerzusammenschlüssen elementar ist. Großvorhaben lassen sich nur gemeinsam und auf Augenhöhe mit den Menschen vollbringen, nicht gegen sie. Ziel der CDU Bremen ist die frühzeitige und die dauerhafte Einbindung der Bürger in für Bürger relevante Projekte.

Eine größere Transparenz, sowie die frühzeitige Einbindung der Öffentlichkeit müssen schon in den frühesten Verfahrens- und Planungsphasen gewährleistet sein. Über den Sinn und Zweck von Vorhaben muss es vor endgültigen Entscheidungen eine öffentliche Debatte geben. Neben parlamentarischen Beschlüssen können hierbei auch Volksentscheide zur Entscheidungsfindung herangezogen werden. Bürgerversammlungen, offene Foren oder Mediationsverfahren können hierbei einen wichtigen Dienst erbringen, um zwischen verschiedenen Interessen zu vermitteln. Alle Vorschläge, auch Alternativlösungen, müssen im Genehmigungsverfahren untersucht werden. Eine frühzeitliche Veröffentlichung von wichtigen Unterlagen im Netz muss dauerhaft gewährleistet sein.

Durch Bürgerbeteiligung wird neben eventuellen Bedenken auch möglichen Klagen im Vorfeld begegnet. Auch für die Investoren schafft dies verlässliche Bedingungen. Längere Verwirklichungszeiten von größeren Vorhaben lassen sich schlussendlich vermeiden und auch die Kosten lassen sich besser überblicken. Ziel der CDU Bremen ist der Ausbau der Bürgerbeteiligung, um Probleme und Gegensätze frühzeitig zu erkennen und um bessere Lösungen für alle zu erreichen.

Vorbildhaft sind für die CDU Bremen die in Bremerhaven bereits bestehenden Stadtteilkonferenzen sowie die Stadtteilmanager, die mit den unterschiedlichsten Institutionen und Bürgern erfolgreich zusammenarbeiten. Dies wäre auch ein probates Mittel für die Stadt Bremen. Dies würde neben der stärkeren Bürgerbeteiligung auch eine Stärkung der Beiräte und der Ortsamtsleiter bedeuten, welches weiterhin die Entscheidungsfindung vor Ort stärken würde.

Datenschutz und Informationsfreiheit

Die vielen Skandale der letzten Jahre haben gezeigt, welche allgegenwärtige Gefahr unsere Daten ausgesetzt sind. Datenschutz darf deswegen keine „lästige Pflicht“, sondern muss eine Selbstverständlichkeit sein.

Deutschland hat bereits heute hohe Standards in Sachen Datenschutz, doch technische Entwicklung und kriminelle Kräfte schlafen nicht. Deswegen müssen Regeln und Instrumente des Datenschutzes einer ständigen Evaluation unterliegen und permanent weiterentwickelt werden. Datenschutz darf dabei nicht an der Landesgrenze aufhören. Bei internationalen Verhandlungen sind keine Ergebnisse unterhalb unserer geltenden Datenschutzstandards zu akzeptieren. Das kürzlich eingeführte Recht auf ein „digitales Radiergummi“ ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Der Staat muss mit gutem Beispiel vorangehen. Deswegen soll bei allen öffentlichen Vorgängen das Prinzip der Datenvermeidung zugrunde liegen. Einmal erhobene Daten müssen gelöscht werden, sobald sie nicht mehr benötigt werden.

Die besten Datenschutzbestimmungen nützen nichts, wenn das Bewusstsein dafür fehlt. Deswegen muss die Vermittlung von Medien- und Datenschutzkompetenzen ein für alle verbindlicher Bestandteil der schulischen Ausbildung werden.

Neben dem Recht auf Schutz ihrer Daten haben die Bürgerinnen und Bürger auch ein Recht auf Transparenz. Das Informationsfreiheitsgesetz hat sich in unseren Augen bewährt und soll stetig weiterentwickelt werden.

Zusammenhalt der Gesellschaft

Bremerhaven und Bremen familienfreundlich gestalten

Die Förderung von Familien in Bremerhaven und Bremen ist ein Schwerpunkt unserer Politik. Familien bilden das Rückgrat unserer Zivilgesellschaft. Die wachsende Anzahl von Alleinerziehenden und so genannten Patchworkfamilien erfordert neue und flexiblere Lösungen, insbesondere zur Sicherstellung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Immer mehr Mütter wollen nach der Geburt eines Kindes früher in den Beruf zurückkehren. Eine wachsende Anzahl von Vätern will mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen. Mit Elterngeld Plus und der flexibleren Elternzeit hat sich die Wahlfreiheit von Familien und die partnerschaftliche Teilhabe bei der Kindererziehung verbessert. Die CDU Bremen wirbt bei Eltern und Arbeitgebern dafür, noch stärker als bisher von diesen Möglichkeiten Gebrauch zu machen.

Wir wollen vor allem, dass Familien mehr Zeit füreinander haben: Familienfreundliche Arbeitszeitmodelle, für die wir uns auch im öffentlichen Dienst einsetzen, können das ermöglichen. Daher unterstützen wir flexible Arbeitszeiten, Teilzeitmodelle und Telearbeit.

Die CDU hat zum 1. August 2013 auf Bundesebene den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für unter dreijährige Kinder (U3) geschaffen. Der Ausbau dieser Betreuungsplätze muss in Bremen und Bremerhaven fortgesetzt werden, damit Eltern Familie und Beruf besser vereinbaren können. Wir setzen uns für wohnortnahe und zeitlich flexible Kinderbetreuungseinrichtungen ein. In den Quartieren müssen deshalb zusätzliche Betreuungsplätze geschaffen werden: Wir wollen die Betreuungsquote im U3 Bereich in allen Stadtteilen auf mindestens 50 Prozent erhöhen. Für die 3- bis 6-Jährigen streben wir eine stadtweite Versorgungsquote von 98 Prozent an. Der stetige Zuzug von Flüchtlingen ist dabei ausreichend zu berücksichtigen. Ein Einstieg muss für Eltern und Kinder zu jedem Zeitpunkt im Kindergartenjahr möglich sein. Auch der tägliche Betreuungsumfang muss jederzeit angepasst werden können.

Wenn Eltern sich entscheiden, ihre Kinder in eine Kindertagesbetreuung zu geben, müssen sie sich darauf verlassen können, dass sie dort nicht nur betreut werden. Vielmehr muss es dort qualitativ hochwertige frühkindliche Bildungsangebote geben. Dazu sind die Rahmenbedingungen, wie der Betreuungsschlüssel, Vor- und Nachbereitungszeiten oder spezielle Förderangebote zu verbessern. Zur Qualitätssicherung fordern wir, anhand vorher festgelegter verbindlicher Kriterien in Zusammenarbeit mit allen Trägern, die Einführung eines unabhängigen und externen KiTa-TÜVs in Bremen und Bremerhaven.

Die CDU Bremen steht für mehr Wettbewerb und Wahlfreiheit der Eltern bei der Kita-Betreuung. Angebote müssen vor allem dort geschaffen werden, wo eine hohe Nachfrage besteht. In sozial benachteiligten Quartieren sind die spezifischen Bedürfnisse besonders zu berücksichtigen. Die Eltern brauchen die Wahlfreiheit, eine Betreuungsform und ein Angebot auswählen zu können. Wir fordern deshalb eine Umstellung der Finanzierung des Betreuungssystems von Zuwendungen auf Entgelte.

Bei dem weiteren Kita-Ausbau in Bremen und Bremerhaven ist uns jedes Kind gleich wert. Die freien Träger, die Elternvereine und auch die Tagesmütter und -väter leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Kindertagesbetreuung in den Städten Bremen und Bremerhaven. Ohne sie wäre es den Kommunen nicht möglich, den Rechtsanspruch auf Kindesbetreuung zu erfüllen. Auch qualitativ stehen sie staatlichen Angeboten in nichts nach. Die CDU Bremen strebt deshalb die Schaffung gleicher finanzieller Rahmenbedingungen

für alle Kindertageseinrichtungen an. Das Vergütungsmodell für Tagespflegepersonen muss so weiter entwickelt werden, dass ab einer Betreuung von drei Kindern in Vollzeit ein Einkommen erzielt wird, das dem Mindestlohn entspricht.

Familien brauchen darüber hinaus eine gute Infrastruktur, um sich in Bremerhaven und Bremen wohlfühlen. Dazu gehören Freiräume und -flächen zum Spielen und Lärmen für Kinder und Jugendliche, saubere und sichere Spielplätze und ein verlässlich ausfinanziertes Anpassungskonzept, das Angebote der offenen Kinder- und Jugendhilfe in jedem Stadtteil ebenso wie allgemeine Beratungs- und konkrete Hilfsangebote für Familien ermöglicht.

Kindeswohlgefährdung durch Drogen oder soziale Vernachlässigung ist für uns nicht akzeptabel. Wir unterstützen das auf Bundesebene erlassene Bundeskinderschutzgesetz, sehen aber deutliche Ausführungsprobleme in Bremen und Bremerhaven. An den meisten staatlichen Stellen, die in den Kommunen für das Kindeswohl Sorge tragen, bestehen ein eklatanter Personalmangel und eine hohe Arbeitsbelastung. Das gilt sowohl für die Case-Manager in den Jugendämtern, die Familienhebammen, die rund um die Geburt Hilfestellungen leisten, und auch für die Amtsvormünder. Hinzu kommen Mängel bei der Vernetzung und im Informationsaustausch zwischen betroffenen Instanzen. Die CDU Bremen strebt deshalb eine personelle Aufstockung in diesen Bereichen an. Eine Gefährdung von Leib und Leben von Kindern können wir nicht hinnehmen. Zusätzlich möchten wir überprüfen, ob eine Kindergartenpflicht für Kinder aus dem Drogenumfeld umgesetzt werden kann.

Armut entschlossen bekämpfen

Für uns ist das Thema Armut das zentrale sozialpolitische Thema in Bremen und Bremerhaven. Im Land Bremen sind 23 Prozent der Menschen von Armut gefährdet. Bremen ist damit Spitzenreiter im Bundesvergleich. Knapp 14 Prozent aller Bremerinnen und Bremer sind überschuldet: Das sind so viele, wie nirgendwo sonst in Deutschland. Auch die Zahl der Transferleistungsempfänger ist mit knapp 18 Prozent seit Jahren die höchste im Bundesgebiet. Gleichzeitig gab Bremen 2013 mit 488 Euro pro Kopf soviel wie kein anderes Bundesland für Sozialhilfe aus. Im Bundesdurchschnitt waren es nur 311 Euro.

Die Menschen in Bremen und Bremerhaven, für die Armut eine traurige Lebensrealität ist, sind dabei nicht nur von finanzieller Armut betroffen: Armut im Sinne sozialer Isolation führt oft zum Verlust persönlicher Entwicklungschancen, zu einer Einschränkung der gleichberechtigten Teilhabe in der Gesellschaft und zu einem Absinken des persönlichen Selbstwertgefühls. Auch gesundheitliche Probleme können die Folge sein.

Besonders besorgniserregend ist aus unserer Sicht, dass in Bremen und Bremerhaven rund 34 Prozent der Kinder und Jugendlichen in Armut leben. Diese Armut hat sich unter Rot-Grün weiter verfestigt.

Für Kinder und Jugendliche, die in finanzieller Armut leben, bedeutet dies erfahrungsgemäß auch einen ungleich schlechteren Zugang zu frühkindlichen Bildungsangeboten, zum System Schule und zu außerschulischen Bildungsmaßnahmen. Wir sind davon überzeugt, dass von Armut betroffene Kinder am besten über die Teilhabe an Bildung aus der Armutsspirale ausbrechen können. Gute Bildung führt zu guten Schulabschlüssen, zu besseren Chancen auf Berufsausbildung oder Studium und letztendlich zu einem Beruf, der dauerhaft ein auskömmliches Einkommen sichert.

Auch deshalb wollen wir diejenigen Kinder, denen absehbar die Fähigkeit dem Unterricht zu folgen nach Abschluss des dritten Kindergartenjahres fehlen wird, in einem verpflicht-

tenden Vorschuljahr fit machen für den Beginn der Schullaufbahn und die Teilhabe an Bildung.

Trotz positiver Arbeitsmarktentwicklung gibt es auch in Bremen und Bremerhaven noch viele junge Menschen, die es schwer haben, ohne Hilfe und Unterstützung einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu finden. Die Gründe hierfür sind vielfältig: ein fehlender Schul- oder Ausbildungsabschluss, mangelhafte Deutschkenntnisse, Probleme im sozialen Umfeld oder schlicht unzureichende Orientierung oder Motivation.

Die CDU Bremen unterstützt deshalb die geplante Errichtung von Jugendberufsagenturen in Bremen und Bremerhaven. Dort wird jungen Menschen an der Schwelle zwischen Schule und Erwerbsleben durch eine rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit zwischen JobCentern, Arbeitsagenturen und Jugendhilfeträgern beim Übergang in Ausbildung oder Arbeit Betreuung und Hilfe aus einer Hand geboten. Durch die Koordination von Angeboten und die Vernetzung der Akteure bieten Jugendberufsagenturen die Chance, für eine frühzeitige und umfassende Betreuung unterstützungsbedürftiger Jugendlicher und junger Erwachsener. Sie können somit dazu beitragen, den Zeitraum zwischen Schulabschluss und Ausbildungs- bzw. Studienbeginn deutlich zu verkürzen und damit dem sich abzeichnenden Fachkräftemangel entgegen wirken. Die Betreuung von Kindern darf, insbesondere für Alleinerziehende, kein Hindernis für die Aufnahme einer Ausbildung oder Beschäftigung sein.

Immer mehr Menschen in Bremen und in Bremerhaven lassen sich dauerhaft nicht mehr in ein Beschäftigungsverhältnis auf dem ersten Arbeitsmarkt integrieren. Viele von ihnen haben mehrfache Vermittlungshemmnisse. Für die Betroffenen bedeutet die langjährige Arbeitslosigkeit oft einen Verlust des eigenen Selbstwertgefühls und das Auftreten von Perspektivlosigkeit. Teilhabe am gesellschaftlichen Leben unterbleibt. Wir wollen deshalb für Langzeitarbeitslose mit besonderen Vermittlungshemmnissen einen „sozialen Arbeitsmarkt“ mit gemeinwohlorientierten Beschäftigungsverhältnissen etablieren. Zur Finanzierung sollen die passiven und aktiven Leistungen von Jobcenter, Land und Kommune zusammengefasst werden. Wir sind davon überzeugt, dass es lohnenswerter ist, die Aufnahme einer Tätigkeit zu finanzieren, als die Arbeitslosigkeit.

Von Armut betroffen sind auch die Menschen, die als Bürgerkriegsflüchtlinge nach Bremen kommen. In den letzten Monaten hat der Zuzug aus den Krisengebieten stark zugenommen. Täglich kommen neue Flüchtlinge und ihre Familien in Bremen an. Zu ihnen gehören auch unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, die ohne ihre Eltern oder Erziehungsberechtigte einreisen. Für diese Menschen ist eine möglichst schnelle Integration der einzige Weg zum sozialen Aufstieg. Die CDU Bremen unterstützt deshalb den frühzeitigen Spracherwerb von Flüchtlingen und ihren unbürokratischen Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Das gilt insbesondere für Kinder und Jugendliche. Nur so eröffnet sich Flüchtlingen die Chance, sich vollständig in unsere Gesellschaft zu integrieren. Hohe Folgekosten für die Sozialsysteme und gesellschaftlicher Unfrieden werden vermieden.

Inklusion voran bringen

Eine inklusive Gesellschaft ist ein zentrales Ziel der Bremer CDU. Wir werden uns hierbei weiter für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Bremen und Bremerhaven einsetzen. Ein entsprechender Landesaktionsplan wurde auf unseren Vorschlag bereits erarbeitet. Wir arbeiten dafür, dass Menschen mit Behinderung und gesundheitlichen Beeinträchtigungen ihren Alltag möglichst selbstbestimmt meistern und gestalten können.

Wir wollen, dass Menschen mit und ohne Behinderung selbstverständlich zusammen leben, lernen, arbeiten, feiern und gemeinsam unser Land gestalten.

Selbstbestimmt im Alter

Noch nie waren die Aussichten auf ein langes, gesundes und erfülltes Leben so groß wie heute. Die Lebenserwartung steigt auch in Bremen und Bremerhaven stetig an. Immer mehr Menschen sind bis ins hohe Alter fit und aktiv und möchten möglichst lange selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Für die CDU Bremen steht fest, dass wir dem demographischen Wandel nur durch ein Miteinander der Generationen begegnen können. Wir wollen die Erfahrung und das Können älterer Menschen in unserer Gesellschaft nutzen.

Die CDU Bremen setzt sich dafür ein, dass in den Stadtteilen nach dem jeweiligen Bedarf seniorengerechte Wohnungen geschaffen werden. Viele ältere Menschen möchten ihre gewohnte Umgebung nicht verlassen. Dafür gilt es die geeigneten Rahmenbedingungen zu schaffen. Wir fördern deshalb auch die Schaffung von barrierefreien Wohnungen. Auch für alternative Wohnformen, wie Mehrgenerationenhäuser oder Wohn- und Hausgemeinschaften, in denen sich die Bewohner gegenseitig unterstützen, treten wir ein.

Eine Folge der wachsenden Mobilität und der Auflösung der klassischen Familienverbände ist, dass immer häufiger alte Menschen alleine und auf sich gestellt zurück bleiben. Sie fühlen sich einsam und ihnen fehlen Angebote, die das tägliche Leben erleichtern. Wir setzen uns deshalb für die Ausweitung des Projektes „Aufsuchende Altenarbeit“ in den Quartieren ein. Auch fachspezifische Freizeit- und Kulturangebote müssen erhalten und ausgebaut werden.

Würdevolle Pflege ermöglichen

Ein besonderes Augenmerk setzen wir auf die häusliche Pflege und die aufopferungsvolle Tätigkeit pflegender Angehöriger. Wir wollen die häusliche Pflege und die Hilfe zur Selbsthilfe aufwerten und stärken. Im Land Bremen existiert schon heute mit den Pflegestützpunkten, den Dienstleistungszentren sowie einer Vielzahl von staatlichen und privaten Beratungs- und Hilfseinrichtungen und Selbsthilfegruppen ein dichtes Netzwerk zur gesundheitlichen und allgemeinen Vorsorge und Beratung im Alter. Dieses Netzwerk muss im Interesse der Seniorinnen und Senioren in Bremen und Bremerhaven weiter verdichtet und spezialisiert werden.

Wenn aber immer mehr Menschen im Alter alleine oder weit entfernt von ihren Verwandten leben, werden immer mehr Menschen am Ende ihres Lebens auf professionelle Pflege angewiesen sein. Auch mit dieser Lebenswirklichkeit müssen wir uns auseinandersetzen und professionelle Pflege flächendeckend ermöglichen. Schon heute leidet die Pflegewirtschaft allerdings an einem spürbaren Mangel an Pflegekräften. Für die CDU Bremen ist es deshalb unerlässlich, die Attraktivität der Pflegeberufe zu stärken und mehr Selbstbestimmung der Pflegenden zu ermöglichen. Dazu gehört für uns, wenn sich die Pflegenden dafür aussprechen, auch die Einrichtung einer Pflegekammer und ein ehrenamtlicher Landes-Pflegebeauftragter, der Pflegenden und Pflegebedürftigen eine Stimme gibt.

Im Land Bremen stehen darüber hinaus zu wenig vom Land geförderte Schulplätze im Bereich Altenpflege zur Verfügung. Jedes Jahr müssen qualifizierte Bewerber für den Beruf des Altenpflegers abgewiesen werden. Das muss sich dringend ändern. Wir treten deshalb

für eine bedarfsgerechte Erhöhung der geförderten Schulplätze im Bereich Altenpflege ein.

Besonders am Herzen liegt uns als CDU Bremen auch der bedarfsgerechte Ausbau der Hospiz- und palliativmedizinischen Versorgung. Die meisten Menschen wünschen sich heute zu Hause oder in einem Hospiz zu sterben. Tatsächlich sterben 80 Prozent aller Deutschen heute in Krankenhäusern. Das wollen wir ändern! Das Thema Sterben gehört für uns in die Mitte der Gesellschaft.

Zuwanderer und Flüchtlinge integrieren

Deutschland ist ein erfolgreiches Einwanderungsland. Inzwischen haben gut ein Viertel aller Bremer und Bremerinnen Migrationshintergrund. Ihre Integration in unsere Gesellschaft ist eine Aufgabe, der wir uns gemeinsam mit den Zuwanderinnen und Zuwanderern stellen wollen.

Aktuell verlassen zudem immer mehr Menschen aufgrund von Gewalt und Bürgerkriegen ihre Heimat und suchen Zuflucht in Deutschland. Im Jahr 2014 wurden rund 2.400 Flüchtlinge im Land Bremen neu aufgenommen, für 2015 rechnen wir mit 3.000 neuen Flüchtlingen. Die Aufnahme von Flüchtlingen ist unsere humanitäre Verpflichtung, der wir uns selbstverständlich stellen wollen. Realistischer Weise wird ein Großteil der jetzt als Flüchtlinge zu uns kommenden Menschen dauerhaft hier leben. Insofern wollen wir allen Zuwanderern und Flüchtlingen die Chancen zu sozialem Aufstieg, zur Teilhabe und zur Mitgestaltung unseres Landes aufzeigen.

Wir setzen uns dafür ein, Flüchtlinge unter Beteiligung der Anwohner und der zuständigen Ortsbeiräte zeitnah in den Quartieren unterzubringen. Eine Unterbringung in Wohnungen ist dabei anzustreben. Kinder und Jugendliche, die alleine oder mit ihren Familien zu uns kommen, müssen so früh wie möglich ins deutsche Bildungssystem und in Sprachförderungsmaßnahmen aufgenommen werden. Die CDU Bremen fordert, dass für Kinder und Jugendliche keine Wartezeiten auf eine Beschulung mehr entstehen.

Wir sagen aber auch: Diejenigen, die aus sicheren Herkunftsländern zu uns kommen und diejenigen, die unser Rechtssystem missachten und erheblich straffällig werden, müssen schneller und konsequenter als bisher in ihre Herkunftsländer zurückgeführt werden.

Ein Schlüssel für das nachhaltige Gelingen von Integration liegt für uns im Erlernen der deutschen Sprache. Gute Deutschkenntnisse ermöglichen eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und vor allem auch Chancen zum sozialen Aufstieg durch Bildung und persönlichen Einsatz. Die CDU Bremen fordert deshalb den Ausbau von verbindlichen Sprachkursen für Zuwanderer und Flüchtlinge, die frühkindliche Sprachförderung bereits vor dem Eintritt in die Schulen und die Fortsetzung besonderer Programme für Mütter mit Migrationshintergrund, wie das ESF-Projekt „Mama lernt Deutsch“.

Zuwanderern und Flüchtlingen muss vor allem der Einstieg in den Alltag und das berufliche Leben in Bremen und Bremerhaven erleichtert werden. Dazu gehört für uns ein „Willkommen aus einer Hand“. Die kommunalen Ausländerämter möchten wir zu „Willkommensbehörden“ weiterentwickeln, die ausländer- und melderechtliche Fragen, Migrationsberatung und soziale Dienstleistungen effektiv und kundenfreundlich zusammenfassen. Zugänge zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt wollen wir vereinfachen, auch durch eine schnellere Klärung der aufenthaltsrechtlichen Situation und einer Vermeidung jahrelanger Unsicherheiten durch sogenannte Kettenduldungen.

Viele Menschen, die zu uns kommen, verfügen über eine abgeschlossene Berufsausbildung oder haben ein Studium absolviert. Diese Qualifikationen zugewanderter Fachleute dürfen wir nicht verschwenden. Die CDU Bremen tritt deshalb auch weiterhin für die Erleichterung und Beschleunigung der Anerkennung von ausländischen Abschlüssen ein. Das Anerkennungsgesetz der Bundesregierung und seine Ergänzungen für die Berufe in der Zuständigkeit der Länder sehen wir als richtigen Schritt an.

Gleichberechtigte Teilhabe von Männern und Frauen

Gleichstellung bleibt für uns in Bremen solange ein Thema, bis die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in allen gesellschaftlichen Bereichen eine Selbstverständlichkeit ist. Wir halten das Amt der Gleichstellungsbeauftragten in Bremen deshalb auch weiterhin für notwendig.

Im Land Bremen ist der Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen so hoch, wie nirgendwo sonst im Bundesgebiet. Frauen verdienen trotz höherer und besserer Bildungsabschlüsse deutlich schlechter. Wir sind überzeugt, dass Frauen und Männer für gleiche Arbeit den gleichen Lohn bekommen müssen. Deshalb unterstützen wir, dass sich die CDU auf Bundesebene für die Durchsetzung des Anspruchs von Frauen auf gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit und die Einführung einer gesetzlichen Transparenzpflicht gegen die Entgeltungleichheit von Frauen und Männern einsetzt.

Bei jungen Frauen und Mädchen, die gerade eine Ausbildung oder ein Studium beginnen, wollen wir für Berufe werben, die bislang als typische „Männerberufe“ gelten. Grundsteine dafür müssen schon in Kindergärten und Schulen gelegt werden. Dort sind Mädchen besonders in den sogenannten MINT-Fächern (**M**athematik, **I**nformatik, **N**aturwissenschaft und **T**echnik) zu fördern. Gleichzeitig brauchen Kinder auch männliche Vorbilder. Das gilt insbesondere, wenn sie, wie etwa 30 Prozent aller Kinder in Bremen, bei ihrer alleinerziehenden Mutter leben. Die CDU Bremen fordert deshalb, mehr Männer als Erzieher in den Kindertagesstätten und als Grundschullehrer einzusetzen.

Häusliche Gewalt, Zwangsprostitution oder die Verheiratung von Frauen und Mädchen gegen ihren Willen sind für uns völlig inakzeptabel. Wir treten für eine konsequente Strafverfolgung und für eine gesellschaftliche Ächtung sowie für Präventions- und Hilfsangebote ein. Als CDU Bremen fordern wir die Einführung eines Mindestalters für Prostituierte, eine Kondompflicht für Freier und die schärfere Kontrolle von Bordellen und Modellwohnungen. Wir setzen uns für bedarfsgerechte- und auskömmlich finanzierte Beratungsangebote in Bremen und Bremerhaven ein. Opfer von körperlicher oder psychischer Gewalt müssen in Bremen jederzeit ein offenes Ohr und Behandlungsmöglichkeiten finden.

Gesund leben in Bremerhaven und Bremen

Bremen und Bremerhaven haben sich zu Oberzentren der Gesundheitswirtschaft in Nordwestdeutschland entwickelt. Fast 160.000 Menschen arbeiten inzwischen in unterschiedlichen Zweigen der medizinischen und gesundheitlichen Versorgung, Forschung, Prävention und Wirtschaft. Wir wollen dieses Potential nutzen, um damit große Teile der Versorgung des niedersächsischen Umlandes mit zu übernehmen. Dazu setzen wir uns auch für eine bedarfsgerechte ambulante medizinische Versorgung in Bremen und Bremerhaven ein.

Die Bereiche medizinische und pflegerische Versorgung werden in Bremen nicht allein vom Staat organisiert. Freigemeinnützige und privatwirtschaftliche Träger leisten einen wichtigen Beitrag zur medizinischen und pflegerischen Versorgung der Bremerinnen und Bremer. Durch die Wettbewerbssituation profitieren Patientinnen und Patienten von medizinischen Fortschritten und die Versorgungsqualität steigt an. Wir wollen deshalb im Rahmen der Landeskrankenhausplanung faire Wettbewerbsbedingungen für alle Einrichtungen schaffen.

Wir setzen uns für die Sanierung und den Erhalt des kommunalen Klinikverbundes Gesundheit Nord (GeNo) und seiner vier Standorte in der Stadtgemeinde Bremen ein. Die Sanierung wurde vom rot-grünen Senat bisher weder mit der notwendigen Konsequenz noch mit dem notwendigen Tempo vorangetrieben und wir sehen aktuell hohe Risiken für den Erhalt der Arbeitsplätze in den Krankenhäusern. Der Klinikkonzern Gesundheit Nord hat ein Kostenproblem. Wir halten die Sachkosten und insbesondere die Personalkosten im patientenfernen Bereich für zu hoch.

Bei der Planung des Teilersatzneubaus (TEN) am Klinikum Bremen-Mitte sind dem rot-grünen Senat von Anfang an schwere Fehler unterlaufen. Schon jetzt steht fest, dass das ineffiziente Management des Gesundheitsressorts zu Kostensteigerung in Millionenhöhe und zeitlichen Verzögerungen geführt hat. Das Missmanagement beim TEN belastet den Klinikverbund (GeNo) und letztendlich auch den Bremer Steuerzahler schwer. Die CDU Bremen setzt sich für eine transparente Aufarbeitung der Fehler im Planungs- und Bauprozess ein. Der TEN muss in den nächsten Jahren mit großer Sorgfalt und ohne weitere Kostensteigerungen fertig gestellt werden. Mögliche Schadenersatzforderungen bei den für Planungsfehler und Verzögerungen Verantwortlichen sind umgehend geltend zu machen.

Die gesetzlich vorgeschriebenen Vorsorgeuntersuchungen für Kleinkinder halten wird für eine gute Regelung. Darüber hinaus möchten wir auch ältere Kinder in das Erinnerungssystem für Vorsorgeuntersuchungen einbeziehen. Auch zahnärztliche Vorsorgeuntersuchungen für Kinder und Jugendliche müssen mittelfristig flächendeckend eingeführt werden. Für den Besuch des Kindergartens möchten wir Schutzimpfungen zu einer Pflicht machen.

Die Legalisierung illegaler Rauschmittel lehnt die CDU Bremen ab. Die Abhängigkeit von Suchtmitteln ist in unseren Augen eine Krankheit, die therapiert werden muss. Wir setzen uns deshalb für den Erhalt von Beratungsstellen in Bremen und Bremerhaven ein. Wir werden außerdem strengere Kontrollen bei der Abgabe von Ersatzdrogen durchführen, um Beikonsum besser feststellen zu können. Dies gilt insbesondere dann, wenn Kinder und Jugendliche im gleichen Haushalt leben.

Der Verkauf und Konsum von Alkohol, Tabakprodukten, und E-Shishas durch Kinder und Jugendliche wollen wir weiterhin verbieten und die geltenden Verbote wirksamer durchsetzen.

Für eine nachhaltige Stadtentwicklung

Bremen und Bremerhaven sind lebenswerte Städte! Damit dies auch so bleibt, müssen jetzt die richtigen Weichen für die Zukunft gestellt werden. Denn in vielen Bereichen des Alltags verändern sich die Ansprüche. Zu nennen sind z. B. Mobilität, Wohnen, Freizeit, Umweltschutz oder Energieversorgung. Die CDU Bremen will eine zukunftsgerichtete Stadtentwicklung, die sich an den unterschiedlichen Lebensverhältnissen und Erwartungen der Bremerinnen und Bremer orientiert. Um unsere beiden Städte weiterhin lebenswert zu erhalten, ist Wachstum eine Grundvoraussetzung! Aus dem Wunsch nach mehr Lebensqualität und gleichzeitig dem Bestreben nach wirtschaftlichem Wachstum ergeben sich zahlreiche Konflikte, für die die Politik Lösungen finden muss. Dieser Verantwortung ist sich die Bremer CDU bewusst und stellt sich dieser Herausforderung in den kommenden Jahren.

Gute Infrastruktur für alle Verkehrsteilnehmer

Eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und bringt neues Wachstum nach Bremen und in die Regionen. Bremen und Bremerhaven sind daher auf eine leistungsfähige Infrastruktur angewiesen. Ebenso wie der Wirtschafts-, ist der Individualverkehr zu fördern. Moderne Verkehrswege garantieren Mobilität und Erreichbarkeit und bedeuten mehr Lebensqualität. Modern ist die Verkehrsinfrastruktur nach unserem Verständnis dann, wenn sie bedarfsgerecht für die unterschiedlichen Verkehrsträger ausgebaut ist. Bedarfsgerecht wird sie in dem Moment, wenn sie überregional zu spürbaren Verbesserungen für Unternehmen, Kunden, Beschäftigte und Pendler führt. Anders als die aktuelle rot-grüne Regierung will die CDU Bremen nicht nur über den autofreien „StadTraum“ philosophieren, sondern für alle Verkehrsteilnehmer eine zukunftsgerichtete Verkehrspolitik machen.

Sanierungsstau auflösen - Verkehrsprojekte abschließen

Bremens öffentliche Infrastruktur ist geprägt von einem Dauer-Sanierungsstau. Unsere Wirtschaft und unser tägliches Leben sind jedoch auf funktionstüchtige Straßen, Wege und Brücken angewiesen. Derzeit beziffert der Rechnungshof den Sanierungsstau unserer Verkehrsinfrastruktur auf ca. 240 Mio. Euro. Bremen investiert jährlich allerdings nur etwas über 10 Mio. Euro in die Infrastruktur. Dieses Geld reicht meist nur, um die entstandenen Winterschäden zu beheben. Das ist eindeutig zu wenig! Die CDU Bremen ist der Ansicht, dass der Werterhalt unserer Infrastruktur nur gesichert werden kann, indem zum einen der Etat erhöht und zum anderen auf prestigeträchtige Neubauprojekte verzichtet und in den Bestand investiert wird. Für uns steht fest: Erhalt muss vor Neubau stehen.

In den nächsten Jahren gilt es die bereits begonnenen oder in Planung befindlichen Projekte abzuschließen. Einen auf die Bremse tretenden Verkehrssenator kann Bremen sich nicht mehr leisten. Das wichtigste Infrastrukturprojekt für Bremen ist der Ringschluss der Autobahn 281. Die Fertigstellung ist prioritär zu behandeln. Weitere Zeitverschwendung werden wir nicht hinnehmen. Das Güterverkehrszentrum (GVZ), die Bremer Wirtschaft und die Anwohner warten schon viel zu lange auf die Realisierung. Nach der Erteilung des Gesehenvermerks für den Bauabschnitt 2.2 im Oktober 2014 sind nun zügig die weiteren Schritte einzuleiten, um rasch mit dem Bau beginnen zu können. Pannen, wie es sie bei der Realisierung des Bauabschnitts immer wieder gegeben hat, dürfen dem Verkehrssenator

nicht mehr unterlaufen. Gleiches gilt für die Weserquerung bei Seehausen und die B 6 n nach Brinkum – auch hier müssen Fortschritte erzielt werden. Auch bei dem Bau der B 212 n muss es voran gehen. Nur mit der B 212 n kann eine vernünftige Verkehrsanbindung in den Nord-Westen erreicht und die Anwohner an der Stromer Landstraße entlastet werden. Ebenfalls erwarten wir die zügige Fertigstellung der Cherbourger Straße in Bremerhaven.

Da eine gute überregionale Verkehrsanbindung ein zentrales Entscheidungskriterium für ansiedlungswillige Unternehmen ist, setzt sich die CDU Bremen für die Realisierung der A 20 ein. Die Küstenautobahn wird die Bedeutung des Nordens als Logistikstandort stärken und die Hinterlandanbindung der Seehäfen verbessern. Da es unser Ziel ist, möglichst viel Verkehr von der Straße auf die Schiene zu verlegen, ist auch die Anbindung Bremens und Bremerhavens mit der Bahn zu verbessern. Der Seehafenhinterlandverkehr muss optimiert werden. Insbesondere die Planungen um die ehemals so genannte Y-Trasse sind zügig voranzutreiben.

Mobilität erhalten - Verkehrsteilnehmer nicht gegeneinander ausspielen

Nach der Halbzeit des Feldversuchs mit Lang-Lkws kann eine positive Zwischenbilanz gezogen werden: Fahrten konnten eingespart werden und zu erheblichen verkehrlichen Zwischenfällen ist es nicht gekommen. Die CDU Bremen wird nach Auslaufen der Testphase eine generelle Zulassung von Lang-Lkws auf den Autobahnen des Landes einführen. Das Thema Schwertransporte ist für die ansässige Industrie in Bremen und Bremerhaven von großer Bedeutung. Mehrere Hundert Transporte werden jede Woche in Bremen durchgeführt. Immer wieder kommt es allerdings bei den Genehmigungsverfahren zu Verzögerungen, weil die Behörde personell chronisch unterbesetzt ist. Die CDU Bremen wird dies ändern und das Personal aufstocken. Eine Refinanzierung ist durch die dann zu erwartende gestiegene Zahl von eingereichten Anträgen möglich. Die vom aktuellen rot-grünen Senat geplante Einführung von Mindestanforderungen an die Abgasstandards von Baumaschinen, die für Unternehmen des Baugewerbes kurzfristig nur schwer umzusetzen sind, lehnen wir ab. Solch ein Schnellschuss würde dem lokalen Handwerk schaden und damit Arbeitsplätze in Bremen und Bremerhaven gefährden.

Im Sommer 2014 hat die CDU Bremen dem Verkehrsentwicklungsplan 2025 zugestimmt. Diese Entscheidung ist uns nicht leicht gefallen. Es besteht die Befürchtung, dass unter dem derzeitigen grünen Verkehrssenator einseitig der Fahrradverkehr gefördert wird. Die Stadt Bremen braucht im Verkehrsbereich jedoch ein zukunftsfähiges und nachhaltiges Konzept, das von allen Fraktionen, Parteien, Verbänden und Einrichtungen mitgetragen wird. In Regierungsverantwortung werden wir uns für die Gleichbehandlung aller Verkehrsteilnehmer und –träger einsetzen. Maßnahmen müssen so ausgestaltet und umgesetzt werden, dass sie nicht einseitig auf Kosten anderer Verkehrsteilnehmer und –träger realisiert werden. Einen Handlungsschwerpunkt sehen wir im Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), denn nur mit einem nutzerfreundlichen und flächendeckenden Ausbau des Bahn- und Busnetzes können Menschen dazu bewegt werden, das Auto weniger zu nutzen. Dies hätte Vorteile für die gesamte Stadt: weniger Stau, weniger Lärm und weniger Schadstoffe. Wesentliche Projekte, die im ÖPNV angegangen werden müssen, sind: die Zugdurchbindung der Regio-S-Bahn vom Bremer Bahnhof nach Bremen-Farge, die Erhöhung der Taktfrequenzen der Regio-S-Bahn-Linien, die Verlängerungen der Straßenbahn Linie 1 nach Huchting und der Linie 8 nach Stuhr sowie der regelmäßige Anschluss Bremerhavens an das Fernbahnnetz.

Die Bremer Innenstadt muss auch in Zukunft unproblematisch für den motorisierten Individualverkehr erreichbar sein. Die Umweltzone werden wir umgehend abschaffen. Sie hat nachweislich keinen Nutzen. Im Gegenteil – sie schadet der Stadt Bremen, da sie Touristen den Zugang zur Innenstadt erschwert. Pendler müssen auf ihrem täglichen Weg ihre Arbeitsstätte möglichst störungsfrei erreichen. Fließender Verkehr, den wir durch eine Optimierung der Grünen Welle erreichen wollen, hilft, beide Städte von Lärm, Staub und Abgasen zu befreien. Die CDU Bremen verfolgt weiterhin das Ziel, den Concordia Tunnel vierspurig zu nutzen. Der Kompromiss, das Parken im Tunnel lediglich zu Stoßzeiten zu verbieten, kann nur ein erster Schritt sein. Angegangen werden muss außerdem die Parkplatzproblematik, die in den Stadtteilen teilweise herrscht. Wichtig ist uns auch, dass sich die Parkplatzsituation in der City nicht verschlechtert. Darüber hinaus muss das Park&Ride- und Bike&Ride-Angebot ausgebaut und qualitativ verbessert werden, um mehr Pendler für die Benutzung des ÖPNV zu gewinnen. Für die Erreichbarkeit der Innenstadt ist die Neustrukturierung des Zentralen Omnibusbahnhofs (ZOB) notwendig. Der Bustourismus und insbesondere der Fernbuslinienverkehr haben bundesweit stark zugenommen. Die infrastrukturellen Verhältnisse am Bremer ZOB sind jedoch nicht tragbar. Den aktuellen Vorschlag, den ZOB in die Nähe des Güterbahnhofs zu verlegen, bewerten wir positiv, solange das Projekt wirtschaftlich darstellbar ist.

Was auf den motorisierten Verkehr zutrifft, gilt leider auch für den Radverkehr: Das Radwegenetz befindet sich in einem desolaten Zustand. In der aktuellen rot-grünen Regierung werden prestigeträchtige Neubauprojekte oder andere Maßnahmen, wie Fahrradzahlstationen, Sanierungsmaßnahmen am Radwegenetz vorgezogen. Anstatt die Radwege in Schuss zu halten, plant der aktuelle Senat z. B. für 6 Mio. Euro ein Team Nahmobilität zu schaffen, das weitere Visionen für den Fahrradverkehr entwickeln soll. Das wird es mit der CDU Bremen nicht geben. Der Radverkehr muss gefördert werden, aber nicht durch Klientelpolitik, sondern durch Sanierung der Wege. Um mehr Akzeptanz für den Radverkehr zu schaffen, wollen wir gegen so genannte „Kampfradler“ vorgehen. Es kann nicht sein, dass einige Radfahrer die Straßenverkehrsordnung regelmäßig ignorieren und dadurch andere Menschen gefährden. Hier müssen die Kontrollen erhöht und die Strafen verschärft werden.

Viele Wegstrecken werden in Bremen und Bremerhaven zu Fuß zurückgelegt. Dies gilt es zu fördern. Wo es möglich ist, müssen Ampelschaltungen optimiert und Fußgängerwege verbreitert werden. Das Blindenleitsystem muss erweitert und Bordsteine vermehrt abgesenkt werden, um Stolperfallen zu reduzieren und größtmögliche Barrierefreiheit zu erreichen.

In Zukunft wird es immer wichtiger, die unterschiedlichen Verkehrsmittel und -träger besser miteinander zu verknüpfen. Niemand ist nur Autofahrer oder nur Fußgänger. Daher wollen wir im Rahmen unserer „Smart City“-Strategie eine verkehrsträgerübergreifende Mobilitätsplattform im Internet einrichten. Mithilfe einer „Smart City App“ können sich die Nutzerinnen und Nutzer online über die verschiedenen Möglichkeiten informieren, um von A nach B zu kommen und anschließend die gewählten Mobilitätsangebote buchen und bezahlen. Parkplatzsuchverkehre, die 30 % des innerstädtischen Verkehrs ausmachen, können reduziert werden, indem die App freie Parkplätze in Echtzeit anzeigt. Eine „Smart Card“ soll als zentrales Zugangs- und Zahlungsmittel für Busse und Bahnen, Car-Sharing und Parkhäuser dienen.

Die CDU Bremen wird sich dafür einsetzen, dass sich die Rahmenbedingungen für Elektromobilität verbessern. Die Ladeinfrastruktur muss ausgebaut und der öffentliche Fuhrpark schrittweise umgerüstet werden. Außerdem werden wir Nutzern von E-Autos kosten-

lose Parkplätze in den Innenstädten zur Verfügung stellen. Um das Thema Elektromobilität stärker voran zu bringen, muss ein ganzheitliches Konzept entwickelt werden, das E-Autos, Elektrofahrräder und Car-Sharing berücksichtigt. Dies soll auch ein wichtiges Thema des Innovationsclusters Mobilität werden, das wir gemeinsam mit Niedersachsen entwickeln wollen.

Lärmschutz verbessern

Verkehr ist leider eine große Quelle von Lärm: die Bahn, der Flughafen, die Autobahnen, die Stadtstraßen und die Straßenbahnen verursachen Lärm, der die Anwohner teilweise schwer belastet. Insbesondere in den Nachtstunden sind Maßnahmen zu ergreifen, den Lärmpegel in den Städten möglichst gering zu halten. Bei dem Thema Lärmschutz setzt sich die CDU Bremen ausdrücklich für den aktiven Lärmschutz ein, also der Verhinderung des Lärms an der Quelle (Sanierung der Bremssysteme, Einführung von lärmabhängigen Trassenpreisen und Streichung des „Schienenbonus“). Diese von der Bundesregierung eingeleiteten Maßnahmen des aktiven Lärmschutzes greifen nicht sofort; in der Zwischenzeit muss der passive Lärmschutz in Bremen voran gebracht werden. Es ist Aufgabe der Landesregierung, den bestehenden Flickenteppich aus Lärmschutzwänden zu beseitigen.

Neuer Schwung für den Wohnungsbau

Die CDU Bremen möchte erreichen, dass Bremen und Bremerhaven wieder verstärkt wachsen. Wir wollen den Menschen attraktiven, energetisch optimierten und bezahlbaren Wohnraum bieten. Das Ziel der Wohnungsbaupolitik muss es sein, junge Menschen und Familien zu gewinnen. In den Stadtteilen müssen stabile Bevölkerungsstrukturen entstehen. Dies kann nicht erreicht werden, indem einseitig der soziale Wohnungsbau gefördert wird. Vielmehr kann die Stabilisierung von Stadtteilen nur gelingen, wenn speziell die Ansiedlung von Familien mit Kindern gefördert wird. Denn Familien bilden, wie keine andere Bevölkerungsgruppe, das Fundament eines jeden Stadtteils: Sie beleben die Gemeinden und engagieren sich in Schulen, Kindergärten und Sportvereinen. Deshalb muss verhindert werden, dass immer mehr Familien in das niedersächsische Umland abwandern. Die Bildung von Wohneigentum durch Neubau oder Erwerb eines Hauses bzw. einer Wohnung muss daher für Familien verstärkt ermöglicht werden. Dies gilt selbstverständlich für alle Formen urbanen Wohnens – ausdrücklich auch für hochwertiges Wohnen, da wir es uns aus fiskalischen Gründen nicht leisten können, dass viele gut ausgebildete und gut verdienende Beschäftigte in die Umlandgemeinden abwandern. In der bremischen Wohnungsbaupolitik werden Familien derzeit jedoch vernachlässigt! Sozialer Wohnungsbau ist äußerst wichtig und notwendig, er darf jedoch nicht der ausschließliche Gegenstand der Wohnraumförderung sein. Daher wollen wir eine Wohnraumförderung schaffen, die speziell Familien die Ansiedelung in Bremen ermöglicht. Dabei wollen wir eine Quote von 25 Prozent für Familien, ähnlich der Quote für den sozialen Wohnungsbau, erreichen.

Zunehmend möchten Menschen wieder in innerstädtischen Lagen wohnen, in unmittelbarer Nähe zu ihrem Arbeitsplatz, zu Kultur- und Bildungseinrichtungen sowie guter Infrastrukturanbindung. Durch das Schließen von Baulücken ist dies zu erreichen. Innenverdichtung als einziges Instrument der Wohnungsbaupolitik, wie es der neue Flächennutzungsplan vorsieht, hält die CDU Bremen jedoch für den falschen Weg: Vom Stadtzentrum entfernt liegende Wohnbaugebiete, wie Brokhuchting, müssen auch weiterhin als Bebauungsflächen erhalten bleiben und dürfen nicht ersatzlos gestrichen werden. Um Familien

mit mittleren Einkommen in Bremen zu halten, besteht erheblicher Bedarf an Baugebieten in bezahlbaren Lagen. Zu diesem Zweck muss auch die Sanierung und die Umnutzung von bestehenden Immobilien verstärkte Aufmerksamkeit erhalten.

Barrierefreiheit wird in einer alternden Gesellschaft zu einem immer wichtigeren Thema in der Wohnungsbaupolitik. Altersgerechtes und behindertengerechtes Wohnen muss daher stärker gefördert werden. Weiterhin sind Wohnungen speziell für Singles und Studenten zu schaffen. In den letzten vier Jahren ist hier nahezu nichts passiert. Das muss sich dringend ändern.

Um mehr Wohnraum in Bremen zu schaffen, wollen wir die Servicequalität des Bauressorts und der Bauämter verbessern. Insbesondere beim Bauamt Bremen-Nord sehen wir Verbesserungsbedarf, vor allem was die Bereiche Zuverlässigkeit und Service anbetrifft. Die CDU Bremen wird alles daran setzen, Bauträger zum Bauen zu motivieren. Das heißt für uns: Auflagen, um an Förderung zu kommen, dürfen nicht zu hoch sein. Genehmigungsverfahren müssen massiv beschleunigt werden. Es muss stärker kundenorientiert gearbeitet werden. Attraktives Bauland muss ausgewiesen werden. Wir brauchen eine Angebotspolitik und keine Nachfragepolitik wie bisher. Darunter verstehen wir, dass Interessenten geeignete Flächen serviceorientiert angeboten bekommen. Unrealistische Forderungen z. B. an energetische Standards lehnen wir ab. Dies alles wollen wir anpacken, damit wir konkurrenzfähig gegenüber dem niedersächsischen Umland werden und in Bremen mehr Wohnraum entsteht.

Stadtteile entwickeln

Das 2009 verabschiedete kommunale Zentren- und Nahversorgungskonzept für Bremen mag in der Theorie richtig erscheinen. Schließlich ist das erklärte Ziel, die Stabilisierung und Weiterentwicklung der Stadtteilzentren und der Innenstadt sowie die Sicherung der Nahversorgung in den Quartieren. In der Praxis hat es sich jedoch nicht bewährt. Immer wieder kommt es mit Verweis auf das Zentrenkonzept zu absurden Entscheidungen. Das Zentrenkonzept schafft damit Probleme in den Stadtteilen, die dem Ursprungsgedanken zuwiderlaufen. Eine Überarbeitung des Konzeptes ist daher notwendig.

Sauberkeit ist für viele Menschen ein bedeutender Wohlfühlfaktor. Verwahrlosungstendenzen muss frühzeitig entgegen gewirkt werden. Wir fordern daher eine Bestandsanalyse für Schrottimmobilien und ein Konzept, wie mit solchen Immobilien umgegangen werden kann. Ziel muss es sein, Angsträume abzubauen. Das Sicherheitsgefühl der Menschen in Bremen und Bremerhaven kann auch durch infrastrukturelle Maßnahmen erhöht werden.

Die Bremer Innenstadt wollen wir als Dienstleistungs- und Einzelhandelsstandort attraktiver gestalten und gegenüber den Mitbewerbern am Stadtrand, im Umland und im Internet stärken. Hierzu wollen wir mit Hilfe privater Investoren die Wegebeziehungen verbessern und massiv mehr Verkaufsfläche in attraktiver Lage schaffen. Ein weiteres Abwarten kann sich die Innenstadt nicht leisten. In der Vergangenheit wurden genug Fehler begangen – wir wollen endlich Fortschritt sehen.

Andere Stadtteile haben ein besonderes Entwicklungspotenzial oder bedürfen einer besonderen Beachtung. Die Überseestadt und das Hulsberg-Viertel sind Stadtteile, in denen aufgrund der zur Verfügung stehenden Flächen viel Potenzial steckt. Andere Stadtteile bedürfen hingegen unserer besonderen Aufmerksamkeit, weil sie von einer überproportionalen Arbeitslosenquote und einer hohen Zuwanderungsrate geprägt sind, wie etwa

Gröpelingen oder die Grohner Düne in Bremen-Nord. Hier wollen wir ein ganzheitliches Konzept entwickeln, das aufzeigt, wie die Probleme vor Ort gelöst werden können.

Energieversorgung sichern

Die Energieversorgung ist eine der zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Die CDU Bremen fordert, dass Energie auch in Zukunft verlässlich, bezahlbar und umweltverträglich erzeugt wird. Derzeit ist dies nur mit einem breiten Mix aus unterschiedlichen Energieträgern und -technologien möglich. Perspektivisch sollen dabei die erneuerbaren Energien den Hauptanteil übernehmen. Ideologie ist bei dem Thema Energie nicht hilfreich. Die CDU Bremen setzt daher auf einen Ansatz, der sich an den realistischen Gegebenheiten anpasst und für die Bürger sowie die Wirtschaft praktikabel ist. Für uns sind und bleiben Bremerhaven und Bremen attraktive Standorte für Energieproduktionen.

Energie einsparen – CO₂-Ziele erreichen

Besonderen Handlungsbedarf sehen wir im Bereich Energieeffizienz: Je weniger Energie verbraucht wird, desto weniger muss produziert werden. Die CDU Bremen will Anreize schaffen, dass alte Elektrogeräte, Leuchtmittel und Heizungsanlagen durch neue, effizientere ersetzt werden. Dafür setzen wir jedoch nicht wie die Grünen auf eine Energiesparpolizei – Kontrolle und Verbote schrecken Sanierungswillige nur ab. Vielmehr wollen wir ein gutes Förderangebot schaffen, das den Bremerinnen und Bremern genug Handlungsspielraum lässt. Auch wenn viel mehr Energie eingespart werden muss, wollen wir die Menschen finanziell nicht überfordern. Sanierungen oder Anschaffungen müssen sich für den Bürger lohnen.

Die energetische Gebäudesanierung ist aus unserer Sicht der zentrale Schlüssel zum Erreichen der Klimaschutzziele, denn auf den Gebäudebereich entfallen rund 40 % des Endenergieverbrauchs und etwa ein Drittel der CO₂-Emissionen. Gleichzeitig sind die Potentiale zur Energie- und CO₂-Einsparung in diesem Bereich gewaltig. Viele ältere Gebäude sind oft gar nicht oder kaum energetisch saniert und die überwiegende Mehrheit der Heizungssysteme entspricht nicht dem aktuellen Stand der Technik. Die CDU Bremen möchte daher die derzeitige Sanierungsrate verdoppeln. Hierfür wollen wir ein steuerliches Anreizsystem einführen. Bisher wird dieses Konzept jedoch von der aktuellen Bremer Landesregierung aus ideologischen Gründen im Bundesrat blockiert.

Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern werden wir im Rahmen unserer „Smart City“-Strategie Maßnahmen entwickeln, um Energieeinsparpotenziale besser auszuschöpfen sowie Umwelt und Klima zu schützen. Unsere Vision sind energieneutrale Häuser, die selbst Strom produzieren, Mülltonnen, die der Stadtreinigung Bescheid geben, wenn sie voll sind und Straßenlaternen, die sich dimmen, wenn niemand in der Nähe ist. Im Rahmen eines Pilotprojekts wollen wir 1.000 Haushalte und Gewerbebetriebe mit intelligenten Stromzählern und Steuerungsgeräten ausrüsten, mit denen Verbraucher ihren Stromverbrauch besser kontrollieren und steuern können. Weitere Straßen sollen mit energiesparenden LED-Leuchten ausgestattet und an geeigneten Straßenzügen eine intelligente Beleuchtung installiert werden.

In der Bevölkerung bestehen häufig noch Vorbehalte gegenüber energieeffizienten Maßnahmen. Die CDU Bremen verfolgt daher das Ziel, das Wissen über die Energieeinsparpotenziale im privaten, öffentlichen und unternehmerischen Bereich zu vergrößern. Aufklä-

rung und Beratung können hier helfen. Die Bremer Klimaschutzagentur „energiekonsens“ leistet in dieser Hinsicht eine herausragende Leistung. Die finanzielle Absicherung dieser Einrichtung werden wir daher auch in zukünftigen Haushalten sicherstellen. Wichtig ist auch, dass die öffentliche Hand bei dem Thema energieeffiziente Maßnahmen mit gutem Beispiel voran geht. Die Sanierungsrate der öffentlichen Gebäude muss daher stark erhöht werden.

Umwelt und Klimaschutz voranbringen

Der Schutz unserer Umwelt ist für uns von zentraler Bedeutung. Uns ist bewusst, dass wir nicht nur Verantwortung für die heutige Generation tragen, sondern auch dafür, dass unsere Kinder und Enkel in einer guten und gesunden Umwelt aufwachsen können. Eine intakte Umwelt mit sauberem Wasser, reiner Luft, unbelasteten Böden und störungsfreien Naturräumen sichern uns eine hohe Lebensqualität. Es steht außer Frage, dass nachhaltiges Wachstum nur im Einklang mit unserer Umwelt möglich ist. Dennoch ist der CDU Bremen wichtig, dass Umweltschutz zusammen mit den Menschen vorangebracht wird und nicht gegen sie. Klimaschutz darf nicht eine Ansammlung von staatlichen Verboten und Regulierungen werden. Als Hightech-Standort hat das Land Bremen gleichzeitig die Chance und die Verantwortung, Strategien und zukunftsfähige Produkte zu entwickeln, die helfen, die Umwelt zu schützen.

Klimaschutz ist eine der großen Herausforderungen der Menschheit. Die Erderwärmung hat weltweit Folgen, die wir auch in Bremen spüren. Gegenmaßnahmen müssen daher gemeinsam mit allen Akteuren auf Landes-, Bundes- und internationaler Ebene eingeleitet werden. Bremen und Bremerhaven sind eng mit dem Meer verbunden. Küstenschutz ist daher zur Sicherheit unserer beiden Städte unausweichlich. Den Generalplan Küstenschutz wollen wir gemeinsam mit unseren niedersächsischen Nachbarn konsequent weiterführen. Der weiteren Bebauung von Überschwemmungsgebieten stehen wir kritisch gegenüber.

Der Schutz der biologischen Vielfalt liegt uns am Herzen. Um bedrohte Tierarten zu schützen, ist die CDU Bremen der Auffassung, dass auch regulierend eingegriffen werden muss. Manche Tierarten haben heute keinen natürlichen Feind mehr und breiten sich daher überproportional aus. Dies bringt das Gleichgewicht der Natur ins Wanken, andere seltene Tierarten werden verdrängt. Um unsere artenreiche Kulturlandschaft zu bewahren, möchten wir daher, dass die Zusammenarbeit mit der Landesjägerschaft in diesen Fragen intensiviert wird. Der Schutz unserer natürlichen Lebensquelle – dem Wasser – kommt in Bremen eine besondere Bedeutung bei. Fracking lehnen wir daher ab. Für die vollständige und rasche Sanierung des Grundwassers rund um das Tanklager Farge sehen wir den Bund als Grundstückseigentümer in der Hauptverantwortung. Die zur Sanierung erforderlichen Genehmigungen wollen wir schnellstmöglich erteilen.

Umweltbewusstsein beginnt im Kopf. Eine entsprechende Erziehung und Bildung in Kindergärten und Schulen halten wir daher für sinnvoll. Das Gleiche gilt für die Vermittlung von Wissen über gute Ernährung. Die CDU Bremen möchte daher, dass das Thema Ernährung ein fester Bestandteil der Lehrpläne in den Bildungseinrichtungen wird. Dazu gehört die Vermittlung von Wissen über ausgewogene Ernährung und die Zubereitung von Nahrungsmitteln. Schon früh müssen Kinder den Wert und die Vielfalt von Lebensmitteln kennen und schätzen lernen. Es steht fest: Eine ausgewogene Ernährung ist das beste Rezept für eine gute Gesundheit!

Grünflächen, Parks und Friedhöfe erhalten

Bremen und Bremerhaven sind geprägt durch Parks, Grünflächen, Kleingärten, die Wallanlagen, den Bürgerpark und vieles mehr. Gleichzeitig hat Bremen einen wunderschönen Grünlandgürtel, der als Naherholungsgebiet dient. Dies macht unsere Städte lebenswert. Mit wachsender Besorgnis beobachten wir daher den Zustand der Grünanlagen, die oftmals von mangelnder Pflege gekennzeichnet sind. Der Sanierungsstau, der durch nicht vorhandene Pflege entstanden ist, ist erheblich und vor der nachkommenden Generation nicht zu rechtfertigen. Die CDU Bremen wird daher eine nachhaltige und regelmäßige Grünraumpflege einfordern. Die zahlreichen Kleingärten dienen vielen Bremerinnen und Bremern als Erholungs- und Rückzugsgebiet. Gleichzeitig sind sie gut für das Klima und die Biodiversität in unseren beiden Städten. Wir wollen das Kleingartenwesen fördern und besonders Familien Möglichkeiten eröffnen, um sich eigene kleine Oasen im Grünen zu schaffen.

Das Bild unserer Friedhöfe wird sich in den nächsten Jahren verändern. Immer mehr Menschen wollen eine Urnen- und nicht mehr die klassische Erdbestattung. Dadurch wird viel Fläche auf den Friedhöfen frei, aber auch verschiedene Friedhofserweiterungsflächen werden nicht mehr gebraucht und können für andere Zwecke verwendet werden. Die bestehenden Standorte der städtischen Friedhöfe wollen wir erhalten. In der Bevölkerung wächst außerdem der Wunsch nach einer stärkeren Individualität bei der Beisetzung. Diesen Wünschen sollte nach Auffassung der CDU Bremen Rechnung getragen werden, z. B. auch in der anonymen oder halbanonymen Bestattung auf zusätzlichen Friedhöfen. Der Wunsch nach Individualität hat jedoch seine Grenzen, wenn die Würde des Toten berührt wird und die Rechte Dritter gefährdet werden. Die CDU Bremen wird daher die Aufhebung des Friedhofszwangs in Hinblick auf das Verstreuen von Totenasche auf privaten Flächen rückgängig machen.

Müllgebühren stabil halten

Ressourcenschutz ist wichtiger Bestandteil des Umweltschutzes. Dazu zählt insbesondere die Aufarbeitung von Müll. Hier gilt der Grundsatz: Vermeiden, Verwerten, Beseitigen. Wir setzen uns für eine effiziente Abfallentsorgung ein, die sich an moderner Technik orientiert. Nur so können wertvolle Rohstoffe nachhaltig genutzt werden. Die derzeit diskutierte hundertprozentige Rekommunalisierung der Abfallwirtschaft lehnen wir ab. Neben der Sicherung aller vorhandenen Arbeitsplätze lässt sich die CDU Bremen von Gebührenstabilität und einer verlässlichen Entsorgung in dieser Frage leiten. Auch fehlt es der Stadt an Know-how und den finanziellen Mitteln, um die Abfallentsorgung effizient zu gestalten. Einem Beteiligungsmodell verschließen wir uns hingegen nicht, wenn es die Arbeitsplätze sichert und die Gebühren dabei stabil bleiben.

Tierschutz entwickeln

Tierschutz ist für die CDU Bremen eine Selbstverständlichkeit. Wer ein Tier hält, muss das Tier seinen Bedürfnissen entsprechend ernähren, pflegen, verhaltensgerecht unterbringen und für ausreichend Bewegung sorgen. Zum Schutz der Tiere ist das Land Bremen verpflichtet, die dafür notwendigen Kontrollen durchzuführen. Außerdem müssen die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit die Halter ihren Pflichten nachkommen können. Hierzu wollen wir erreichen, dass endlich Hundenausläufflächen ausgewiesen werden, damit sich die Hunde in der Stadt artgerecht bewegen können. Außerdem fordern wir

die Einführung einer Chippflicht für Hunde. Denn eine generelle Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht erschwert das Aussetzen von Tieren und den illegalen Handel mit gestohlenen Hunden erheblich. Weiterhin setzen wir uns für eine verpflichtende Hundehaftpflichtversicherung ein. Eine dahingehende Novellierung des Gesetzes ist sinnvoll, damit Geschädigte Ansprüche gegenüber dem Halter durchsetzen können. Von Vorteil bei einer Hundehaftpflichtversicherung ist auch, dass die Halter im Schadensfall finanziell nicht überfordert werden und die Versicherung auch bei zahlungsunfähigen Haltern greifen würde.

Regionale Landwirtschaft in Bremen und Bremerhaven ermöglichen

Die Landwirte sind das Fundament des ländlichen Raums und eine Stütze für das soziale Gefüge. Darüber hinaus pflegen und erhalten unsere Landwirte den grünen Ring, der vielen Bremerinnen und Bremern als Naherholungsgebiet dient. Sie tragen zur Wertschöpfung bei, sorgen für sichere und faire Einkommen in den ländlichen Randgebieten und versorgen die Menschen mit regionalen, gesunden und klimafreundlichen Produkten. Die CDU Bremen wird daher Rahmenbedingungen schaffen, die den Landwirten ein vernünftiges Wirtschaften ermöglicht. Zu diesem Zweck fordern wir ein Programm, das die mittel- und langfristige Entwicklung der Landwirtschaft aufzeigt und unseren Landwirten Planungssicherheit verschafft.

Bedingt unter anderem durch die Ausweitung von Naturschutzgebieten und durch gestiegene Pachtpreise leiden die Bremer Landwirte stark unter Flächenknappheit. Um die Existenz der landwirtschaftlichen Betriebe langfristig zu sichern, müssen daher Lösungen gefunden werden. Die CDU Bremen sieht eine Möglichkeit darin, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen nicht weiterhin auf neuen, sondern auf bestehenden Flächen auszuweisen. Naturschutz ist zwar wichtig, er sollte jedoch im Einklang mit den Ansprüchen der Landwirte stehen. Der jetzige überproportionale Anteil der Naturschutzflächen darf daher nicht weiter erhöht werden. Maßnahmen aus dem Landschaftsprogramm und Flächennutzungsplan, die der Landwirtschaft schaden, werden wir wieder rückgängig machen.

Der CDU Bremen ist es ein Anliegen, die Weidehaltung von Rindern, trotz der problematischen Rahmenbedingungen, zu fördern. Dazu wollen wir ein Förder- und Anreizkonzept schaffen, das wie in Bayern über die zweite Säule finanziert wird. In der Frage des Tierwohls herrscht eine erhebliche Diskrepanz zwischen der Realität auf den Höfen und der oftmals verkündeten, romantischen Vorstellungen der Verbraucher. Das Ziel der CDU Bremen ist es daher, die Tierwohldebatte zu versachlichen.

Gesunde Ernährung ist Grundlage für ein gesundes Leben. Regionale und saisonale Produkte spielen dabei eine wesentliche Rolle. Die CDU Bremen möchte daher die Kampagne „Bremer essen regional“ starten, durch die zum einen dem Verbraucher die Vorzüge regionalen Essens aufgezeigt werden und zum anderen dem Erzeuger Hilfestellungen angeboten werden, um die Selbstvermarktung zu verbessern. Der Kauf regionaler Produkte ist außerdem gut für das Klima und das Tierwohl, weil lange Transporte der Ware vermieden werden. Wir wollen, dass Lebensmittel wieder die Wertschätzung erhalten, die sie verdienen. Eine „Geiz-ist-geil“-Mentalität darf dabei nicht Leitmotiv sein. Auch muss die Lebensmittelkennzeichnung sowohl in Hinblick auf die Herkunft des Produkts als auch auf die Inhaltsstoffe verbessert werden. Ein Regionalsiegel wäre zum Beispiel denkbar. Im herrschenden Preiskampf fordern wir außerdem stärkere Kontrollen, damit Discounter nicht regelmäßig unter dem Einstandspreis verkaufen und damit die Landwirte in ihrer Existenz bedrohen.

Wissen schafft Exzellenz

Unser Land gehört zu den besten Wissenschaftsregionen der Bundesrepublik Deutschland. Dies ist das Ergebnis eines jahrzehntelangen Prozesses und enormer gemeinsamer Anstrengungen von Hochschulen, Forschern und ihren Partnern. Wissenschaft berührt und überschneidet sich mit zahlreichen anderen gesellschaftlichen Themenfeldern und deswegen sehen wir Wissenschaft nicht als isoliertes Politikfeld, sondern verfolgen einen interdisziplinären Ansatz. Wir wollen Studium, Forschung, Wirtschaft und Gesellschaft noch besser miteinander verzahnen, helfen Grenzen in den Strukturen oder Köpfen der Menschen abzubauen und Impulse für Neues anzuregen.

Für uns bilden die Hochschulen das Herz unseres Wissens-Systems, denn sie bilden die Leistungs- und Bildungselite von Morgen aus, versorgen die regionale Wirtschaft mit Fach- und Führungskräftenachwuchs, initiieren gesellschaftliche Debatten und sind Innovationsgeber für die Wirtschaft. Wir als CDU Bremen sehen in jeder einzelnen unserer vier öffentlichen Hochschulen eine Bereicherung für unser Land und werden sie auch weiterhin tatkräftig unterstützen.

Hochschulen profilieren

Um den erfolgreichen Weg fortzusetzen, sprechen wir uns dafür aus, dass sich die Hochschulen weiter auf ihre Profile und Kernthemen konzentrieren und dabei auch solche Bereiche einbeziehen, die bislang eher isoliert standen. Wir streben nach einer Wissenschaft, die nicht an Campusgrenzen aufhört und wollen deswegen die Zusammenarbeit der Bremischen Hochschulen untereinander sowie mit Hochschulen der Region – in Forschung wie Lehre – stärken. Nicht jede Hochschule muss alles anbieten, doch ein kluges Netzwerk von Hochschulen und Forschungseinrichtungen kann dafür sorgen, dass jede Hochschule darauf zurückgreifen kann. Der Universität Bremen schreiben wir in diesem System eine besondere Bedeutung zu. So wollen wir die vorhandenen Ressourcen besser, gerechter und effizienter einsetzen, ohne erfolgreiche Strukturen zu gefährden. Die CDU Bremen unterstützt die Forderungen zum weiteren qualitativen und quantitativen Ausbau der Hochschule Bremerhaven.

Wir sehen in privaten Einrichtungen wie der Jacobs University (JUB) eine gute Ergänzung unserer Wissenschaftslandschaft. Zwar wird die Hochschule mittelfristig auf eigenen Beinen stehen müssen, dabei wollen wir die JUB aber nach besten Kräften unterstützen und den eingeschlagenen Konsolidierungsweg fortsetzen.

Hochschulautonomie gewährleisten – Lehre stärken

Es ist unsere Überzeugung, dass freie Entscheidungen die besten Resultate bringen. Wir sprechen uns deswegen klar für die Hochschulautonomie aus, interpretieren diese jedoch nicht so, dass Hochschulen keinerlei politische Steuerung benötigen. Insbesondere angesichts der schwierigen Haushaltslage, muss sich Politik diesem Spagat stellen. Dafür wollen wir den Hochschulen mit einer fortlaufenden Wissenschaftsplanung transparente, verlässliche und langfristige Rahmenbedingungen geben, die wir gemeinsam und im Dialog entwickeln. Klar ist: Die Hochschulen dürfen nicht allein gelassen werden.

Strukturen sind das Eine – sie mit Leben zu füllen das Andere. Während wir in der Forschung schon exzellent sind, fällt die Bilanz in der Lehre ambivalenter aus. Durch den Bolognaprozess hat sich die Studienwelt radikal geändert. Wir stehen nach wie vor zu den

Zielen der Reform und unterstützen ausdrücklich die Anstrengungen der Hochschulen zu ihrer Verbesserung. Speziell der Bachelor als berufsqualifizierender Abschluss findet noch nicht die einst erhoffte Anerkennung. Zusammen mit den Hochschulen und Vertretern der Wirtschaft werden wir deswegen in den Dialog eintreten, um bestehende Defizite zu analysieren und abzubauen. Darüber hinaus sehen wir insbesondere noch Probleme in der Raum- und Betreuungssituation, die wir mit einem „Landesqualitätspakt Lehre“ angehen werden. Auch die Förderung studentischen Wohnraums werden wir weiter vorantreiben. Zu diesem Zweck sollen jährlich hundert neue Wohnungen für Studierende entstehen. Bei der Errichtung soll auf Erreichbarkeit mit dem ÖPNV und örtliche Nähe zu den Hochschulen geachtet werden.

Neben fachlichen Kenntnissen gehört der Blick über den Tellerrand zu den wichtigsten Bestandteilen einer akademischen Ausbildung. Diese werden aber noch zu oft durch bürokratische Anrechnungsprozeduren im In- wie Ausland erschwert. Zusammen werden wir uns auf der Bundesebene für eine deutliche Vereinfachung der Verfahren einsetzen und bestehende Programme an den Hochschulen im Lande Bremen unterstützen. Besonders förderungswürdig sind solche Studiengänge, die derzeit kein oder nur ein geringes Angebot an Auslandsaufenthalten besitzen.

Wir sprechen uns gegen allgemeine Studiengebühren während des Erststudiums in Regelform aus. Das von der Bundesregierung erfolgreich etablierte Deutschlandstipendium soll zügig weiter ausgebaut werden, dabei ist die regionale Stärkung und Verankerung des Programms von zentraler Bedeutung. Den Stipendiaten soll ein breites Angebot zur fachlichen und persönlichen Weiterentwicklung gegeben werden.

Wissenschaftliches Personal genießt hohes gesellschaftliches Ansehen, doch gerade der akademische Mittelbau hat oftmals mit schwierigen bis gar prekären Rahmenbedingungen zu kämpfen. Exzellente Arbeit benötigt aber exzellente Bedingungen. Zwar unterliegt der Wissenschaftsbereich gesonderten Regelungen, weswegen wir nicht generell das Instrument der Befristung infrage stellen. Wir werden uns aber dennoch dafür einsetzen, dass Stellen mit einem dauerhaften Aufgabenbereich im akademischen Mittelbau nur noch unbefristet besetzt und befristete Verträge an die Dauer ihrer Projekte gekoppelt werden. Des Weiteren muss die Vereinbarkeit von Familie und Wissenschaft verbessert werden. Nur so können wir sicherstellen, dass junge Menschen auch nach ihrer Ausbildung im Lande Bremen bleiben und sich hier dauerhaft niederlassen.

Forschung ist die Grundlage von Innovation

Bremen beheimatet zahlreiche außeruniversitäre Forschungsinstitute sowie forschungsnahe Unternehmen, die schon heute eng mit den Hochschulen zusammenarbeiten. Diese erfolgreichen Kooperationen wollen wir erhalten und ausbauen. Für den sich langsam entwickelnden Forschungs-Mittelstand in Deutschland wollen wir eine Öffnung der Bundesförderertöpfe anregen.

Bremens Wissenschaftsakteure haben viel geleistet und wir möchten unser Möglichstes tun, dass diese Erfolge noch lange anhalten. Alleine wird dies jedoch nicht möglich sein. Daher begrüßen wir ausdrücklich die Einigung auf Bundesebene zur Aufhebung des Kooperationsverbots. Für die Bremer CDU muss eine finanzielle Beteiligung des Bundes an den Grundhaushalten möglich sein. Die durch die BAföG-Übernahme frei werdenden Mittel sollen ausschließlich für Bildung und Wissenschaft und nicht zur Stopfung von Haushaltslöchern verwendet werden. Diese Investition in die Bildung muss in jedem Haushalt aufs Neue deutlich werden. Außerdem werden wir uns weiterhin für eine Fortsetzung der

Exzellenzinitiative einsetzen, damit auch die Universität die Chance auf eine zweite Förderperiode bekommt.

Die Freiheit der Wissenschaft ist für uns ein hohes Gut. Wir stehen verbindlichen Zivilklauseln, die eine jegliche Behandlung mit militärisch relevanten Themen verbieten, daher ablehnend gegenüber und sprechen uns stattdessen dafür aus, die Vergabeverfahren hochschulintern und -extern transparenter zu gestalten. Die Entscheidung über die Annahme und Durchführung über wissenschaftliche Forschung obliegt aber allein in der Verantwortung der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

Den Hochschulen kommt bei der Entwicklung einer aktiven Gründerszene in unseren beiden Städten eine zentrale Bedeutung zu. Von hier stammen Innovationen und die Bereitschaft, diese auch umzusetzen. Bremen profitiert wie kein zweites Bundesland von den kurzen Wegen zwischen Entwicklung, Produktion und Logistik. Im Austausch mit der Wirtschaft dürfen wir diese Chance und den Gestaltungswillen der jungen Generation nicht ignorieren. Wir setzen uns daher für die Entwicklung eines "Start-Up"-Konzepts an den Hochschulen in Bremen und Bremerhaven ein. Als CDU wollen wir Mittler zwischen der Wirtschaft und den Bildungseinrichtungen sein und den gegenseitigen Austausch als dauerhaften Dialog etablieren, um eine aktive Gründerszene zu beleben.

Kultur, Werte und Religion

Radio Bremen erhalten

Wir sind davon überzeugt, dass das Bundesland Bremen eine eigene, attraktive und unabhängige Rundfunkanstalt braucht und begrüßen deshalb die Einigung der ARD-Rundfunkanstalten zur Neuordnung ihrer Finanzbeziehungen. Politik muss jedoch auch die kritischen Stimmen in der Bevölkerung wahrnehmen und deswegen werden wir mehr Anstrengungen unternehmen, um stärker für die Bedeutung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bei den Menschen zu werben und sehen hierbei auch die Rundfunkanstalten selbst in der Pflicht, durch ein attraktives und qualitativ hochwertiges Programm die Menschen für sich zu begeistern.

Alte und neue Medien sind kein Widerspruch, sondern sollen sich im Idealfall ergänzen. Die 7-Tage-Regel, wonach Beiträge des öffentlichen Rundfunks nach einer Woche aus dem Internet entfernt werden müssen, erscheint uns nicht zeitgemäß und gehört überdacht.

Neue Medien nutzen

Auch wenn die Bedeutung von klassischen Medien wie Zeitungen und Fernsehen nach wie vor sehr hoch ist und wir diesen Mix auch ausdrücklich wollen und fördern, muss der Staat mit seinen Informations- und Dienstleistungsangeboten auch in den neuen Medien – unter Wahrung des Datenschutzes – präsent sein.

Öffentliches WLAN ausbauen

Die Digitale Agenda der Bundesregierung benennt zukunftsweisende Schritte. Der Zugang zu schnellem Internet gehört heute zum Lebens- und Wirtschaftsalltag. Bestehende Versorgungslücken sollen geschlossen und die bestehenden Leitungsgeschwindigkeiten den modernen Anforderungen angepasst werden. Wir unterstützen den Vorstoß zum Ausbau des öffentlichen WLAN und werden Rechtssicherheit für die Anbieter herstellen. Zudem setzen wir uns dafür ein, öffentliches WLAN auch in den Bussen, Straßenbahnen und Regio-S-Bahnen des ÖPNV bereit zu stellen.

Kulturstadt Bremen stärken

Bremen darf zu Recht stolz auf seine Kulturlandschaft sein. Unser Zwei-Städte-Staat bietet eine Breite und Fülle an Kulturangeboten wie nur wenig andere Städte vergleichbarer Größe. Ob Stadtteilkultur oder Hochkultur, ob Theater, Musik oder Gestaltung, ob öffentliche Institution, privates Engagement oder regelmäßige Festivals: Kulturfreunde fühlen sich hier wohl.

Für uns ist Kultur kein Luxus, sondern ein essentieller Bestandteil des öffentlichen Lebens. Kultur schafft Identität, Lebensfreude und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie trägt zur Bildung der Persönlichkeit und der Interessen bei, sie unterhält, informiert, kritisiert und regt an, ist Standort- und Wirtschaftsfaktor und kann Wegbereiter des späteren Bildungswegs sein.

Politik hat dabei nicht den Auftrag, Kultur zu machen. Politik nach unserem Verständnis muss die Rahmenbedingungen für eine lebendige und sich entwickelnde Kultur schaffen.

Vor gerade einmal zehn Jahren bewarb Bremen sich um den Titel als Kulturhauptstadt Europas. Damals waren Kulturszene wie auch die gesamte Stadt von einer Begeisterung umfasst, die man heute oftmals leider vergeblich sucht. Wir glauben, dass auch in Zeiten der schwierigen und notwendigen Haushaltskonsolidierung eine solche Begeisterung für Kultur und von Kultur möglich ist und wollen als Politik einen Beitrag dazu leisten.

Wir werden mit den Kulturschaffenden dieser beiden Städte gemeinsam ein Kulturleitbild für Bremen entwickeln, damit durch Schwerpunktsetzungen, gezielten Förderungen und einer besseren Vernetzung sowohl die heutige Breite als auch die Leuchttürme nachhaltig gesichert werden.

Neben der Grundsicherung der verschiedenen Häuser und Einrichtungen muss der Staat aber eben auch Anreize und Möglichkeiten zur (Weiter-)Entwicklung von Neuem geben. Denn Kultur darf sich nicht nur auf das Bewahren beschränken. Wir werden deswegen die Kulturförderung ausbauen, um so vor allem der freien Szene einen dauerhaften Raum zu bieten.

Es ist ein großer Glücksfall für Bremen, dass neben dem Staat zahlreiche Bürgerinnen und Bürger privat Verantwortung für die Gemeinschaft und die Kultur übernehmen. Wir möchten dieses Engagement zum einen stärker ins öffentliche Bewusstsein bringen und werden verdiente Persönlichkeiten und ihre Arbeit stärker würdigen. Zum anderen aber werden wir die Vernetzung und Kooperation von privaten und öffentlichen Kultureinrichtungen weiter vorantreiben.

Um auch zukünftig Kultur in der Fläche präsent zu haben, werden wir lokale Kulturangebote stärker ins Blickfeld staatlichen Handelns rücken und lokalen Projekten, z. B. bei der Raumsuche, mehr Unterstützung zukommen lassen. Wir sehen in der Arbeit der Bürgerhäuser einen wertvollen Beitrag und möchten diese mittels einer Evaluation weiter optimieren, um den Bürgerinnen und Bürgern ein passgenaues, flächendeckendes und effizientes Angebot machen zu können.

Kultur muss nicht immer nur ein Kostenfaktor sein. Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist in den letzten Jahren rasant gewachsen und weist millionenschwere Umsätze vor. Oft fehlt es aber insbesondere zu Beginn einer wirtschaftlichen Unternehmung an den nötigen Ressourcen. Mittels gezielter Beratung, Vernetzung und Förderung werden wir dieser Zukunftsbranche tatkräftig unter die Arme greifen, damit die einzelne Unternehmen schnellstmöglich erfolgreich am Markt bestehen können.

Kulturelle Bildung stärken

Es ist unsere Überzeugung, dass der Grundstein eines kulturellen Interesses schon im Kindesalter gelegt werden muss. Verpasst man die Chance, Kinder an Kunst und Musik heranzuführen, droht, dass diese Kinder auch im Erwachsenenalter nie einen eigenen Zugang zu Kultur entwickeln werden. Kulturelle Bildung soll deswegen Schwerpunkt unserer Arbeit sein.

Dafür wollen wir Kultur und Kulturpolitik aus einer ganzheitlichen Sicht betrachten und aus dem engen Korsett des ressortgesteuerten Denkens ausbrechen. Wir werden einen übergeordneten Rahmenplan für kulturelle Bildung von der Kita bis zur Oberstufe entwickeln, der verpflichtend für alle Schülerinnen und Schüler ein altersgemäßes, breites Angebot aufzeigt, angefangen von regelmäßigen Museums- und Theaterbesuchen bis hin zum Erlernen eines Musikinstrumentes. Bestehende Projekte und Kooperationen zwischen Kulturschaffenden und einzelnen Schulen sollen so bekannter und transparenter gestaltet

und unterstützt werden. Kulturelle Teilhabe darf nicht davon abhängen, auf welche Schule ein Kind geht!

Zur kulturellen Bildung gehört für uns auch die Pflege der „Platt-Deutschen“ Sprache, als Bestandteil des Schulunterrichts und im Alltag.

Das Pflichtstundenkontingent in den musischen und künstlerischen Fächern steht für uns nicht zur Disposition und darf nicht als „Steinbruch“ zur Kompensation von Unterrichtsausfall in den Hauptfächern missbraucht werden.

Insbesondere die Ganztagschule kann eine besondere Rolle in der kulturellen Bildung spielen, doch bleibt sie bislang oft hinter ihren Möglichkeiten zurück. Deswegen werden wir mit den verschiedenen Kooperationspartnern wie Musikschulen, Orchestern und Museen feste Zeiträume für ihre Kulturangebote vereinbaren, um so Kollisionen zu vermeiden.

Wir werden Hemmschwellen systematisch abbauen und Bremer Schülerinnen und Schülern freien Eintritt in allen öffentlichen Kultureinrichtungen des Landes ermöglichen. In Anlehnung an die Kulturtickets in verschiedenen Hochschulstädten, werden wir in Zusammenarbeit mit der verfassten Studierendenschaft auch hier die Einführung einer solchen Ermäßigungskarte prüfen.

Kulturelle Bildung hört aber keineswegs nach der Schulzeit auf! Wir werden die öffentlichen Strukturen der Musikschule, der Volkshochschule und der Stadtbibliothek stärken, damit sie auch weiterhin flächendeckend ein attraktives Angebot vorhalten können. Der sehr erfolgreiche Projektverlauf der Sonntagsöffnung der Bibliothek hat gezeigt, wie groß insbesondere bei jungen Familien und Berufstätigen der Wunsch danach ist. Deswegen werden wir uns auf Bundesebene für eine Änderung des Arbeitszeitgesetzes stark machen.

Wertefundament und Religion

Die CDU Bremen tritt für eine wertgebundene Politik ein, die sich vom christlichen Menschenbild und unseren jüdischen Wurzeln ableitet. Es ist unsere Überzeugung, dass jede moderne und pluralistische Gesellschaft ein ihr zugrunde liegendes Wertefundament braucht. Ohne diese allgemein akzeptierten und geteilten Wertvorstellungen drohen die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen auseinander zu driften. Wir unterstützen ein Gesellschaftsbild des Miteinanders statt des Nebeneinanders.

Auch heute äußern nicht nur viele Christen mit Migrationshintergrund, sondern auch Muslime und Angehörige anderer Religionen Sympathie für die Programmatik und den Wertekanon der CDU. Mit dem „C“ im Parteinamen sind Werte und eine Haltung verbunden. Diese Werte werden auch von anderen Religionsgemeinschaften geteilt. Unsere besondere historische Verantwortung gegenüber den jüdischen Gemeinden in unseren beiden Städten bleibt für uns unverhandelbar.

Als christliche Volkspartei ehren wir den starken, historisch gewachsenen Einfluss der christlichen Kirchen und fühlen uns ihnen in besonderer Weise verbunden. Die christlichen Religionsgemeinschaften gehören für uns als eine unserer Wurzeln zum Alltagsbild dazu, und wir blicken mit Sorge auf Entwicklungen, die aus rein ideologisch begründeten Motiven mehr und mehr die Kirchen, ihre Vertreter und Feiertage aus der Öffentlichkeit verbannen wollen. Für uns steht fest: Ohne das große soziale Engagement der beiden Kirchen wäre unsere Gesellschaft ärmer. Deswegen werden wir sie auch weiterhin tatkräftig unter-

stützen und ihre verschiedensten Einrichtungen und Institutionen in den Bereichen Seelsorge, Krankenhäuser, Kinderbetreuung, Seniorenheime, Hilfsdienste und Schulen fördern.

Wir suchen zu allen Religionsgemeinschaften unserer beiden Städte ein vertrauensvolles und konstruktives Verhältnis und sehen darin keinen Widerspruch, sondern vielmehr einen Ausdruck unseres christlich-geprägten Selbstverständnisses von Toleranz und Offenheit. Zwar gehören im Gegensatz zu manchen populären Wahrnehmungen die meisten Zuwanderinnen und Zuwanderer, die nach Deutschland kommen, einer christlichen Konfession an. Doch alle Religionen sind willkommen – seine Religion frei zu wählen, sie gemeinsam mit anderen zu bekennen, aber auch gar keine Religion zu haben – all das gehört zur Religionsfreiheit. Wir möchten jeden, der die Werte unseres Grundgesetzes teilt, hier in Bremen und Bremerhaven dabei unterstützen, ein eigenständiges und selbsterfülltes Leben führen zu können. Die freie Ausübung der Religion ist dabei für uns eine Selbstverständlichkeit.

Der Islam stellt nach den christlichen Kirchen die mit Abstand größte Religionsgemeinschaft dar. Wir wollen unseren seit Jahren bestehenden guten Dialog mit den muslimischen Gemeinden fortsetzen und ihre Integration und Arbeit vorantreiben. Dazu werden wir den Ausgestaltungsprozess der Vereinbarung zwischen der Freien Hansestadt und den islamischen Verbänden konstruktiv begleiten. Vor allem von der Einführung eines auf Deutsch und von in Deutschland ausgebildeten Lehrern durchgeführten Islamunterrichts erhoffen wir uns, dass Kinder muslimischen Glaubens leichter und besser in unsere Mitte hineinfinden.

Wir begrüßen grundsätzlich die kulturelle und religiöse Vielfalt in Bremen und Bremerhaven. Diese Vielfalt muss von jedem einzelnen mit Leben erfüllt werden. So entsteht neues Vertrauen in Bremen.